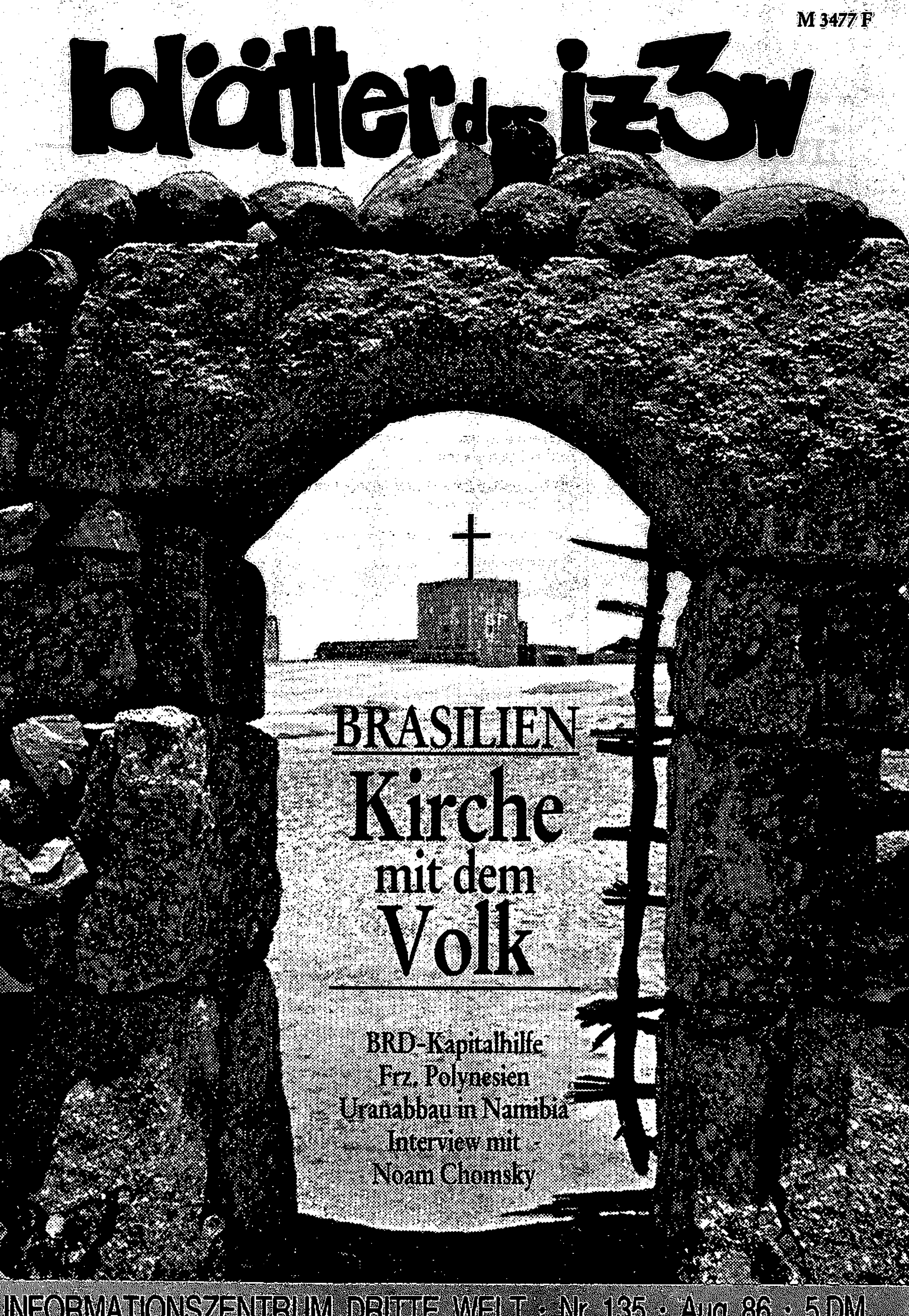
M 3477 F

blätter des iz3w



INFORMATIONSZENTRUM DRITTE WELT · Nr. 135 · Aug. 86 · 5 DM

★ impressum

blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 4003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Alf Baier, Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Andreas Beil, Gerhard Braun, Christiane Feller, Ferdos Forudastan, Wolf-Matthias Gall, Christine Grieshaber, Claudia Haid, Iris Harnischmacher, Daniela Heuberger, Peter Hübner, Christa Kembichl, Michael Knüfer, Werner Kobe, Claudia Koenig, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Gunhild Rauch, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Dietmar Saier, Peter Schmidt, Michael Schneider, Alexander Spermann, Wilfried Telkämper, Frieder Thomas, Susanne Vollmer, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 3261 87

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641) 77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 136:
26. August 1986

Anzeigenschluß für Nr. 136:
2. September 1986

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhalt

El Salvador — Napoleons Feldzüge gegen die Menschenrechte 3

Israel/Syrien — Friedensverhandlungen sind nicht in Sicht 7

Namibia — Zehn Jahre illegaler Uranabbau 10

Französisch-Polinesien — Frankreichs Kolonie im Südpazifik 16

Interview mit N. Chomsky 21

Brasilien — Interview mit Bischof D.J.S. Rodrigues 26

Brasilien — Das Volk von Itaparica will leben! 32

Neu-Kaledonien — Die Autonomie der Kanaken läßt auf sich warten 35

BRD-Kapitalhilfe — Entwicklungsländer sanieren den Bundeshaushalt 39

Filmpolitik — Staatliches oder privates Kino? 42

Rezensionen 44

Leserbrief 47

Kurz belichtet 48

Service 50

Napoleons Feldzug gegen die Menschenrechte

Der folgende Bericht geht auf Eindrücke, Erfahrungen und Informationen aus einer dreiwöchigen Salvador-Reise zurück. Der Autor ist Mitarbeiter im El Salvador-Komitee Bochum. Drei Mitglieder des Komitees waren im Juni 1986 in El Salvador. Schwerpunkt der Reise war die Menschenrechtssituation im Land.

Die Menschenrechtslage in El Salvador hat sich nach der starken Repressionswelle 1980—1983 zahlenmäßig verbessert. Socorro Juridico Christiano, ein unabhängiges Menschenrechts- und Rechtshilfebüro in San Salvador beziffert die Zahl der Todesopfer politischer Gewaltaten durch Heer, Sicherheitskräfte und paramilitärische Einheiten für 1985 auf 1655. Im Vergleich zu 1984 oder 1983 ist das eine bedeutend niedrigere Zahl. Aber vergessen wir nicht, daß seit 1984 der Christdemokrat Napoleon Duarte Präsident des Landes ist. Und seine wichtigste politische Aufgabe besteht darin, seinem Land ein scheinbar demokratisches Gesicht zu geben, während die sozialen Strukturen und Besitzverhältnisse unangetastet bleiben.

Die politische Kosmetik begann in der zweiten Jahreshälfte 1984 nach der Wahl Duartes zum Präsidenten, als die Zahl der Opfer von Gewalttaten durch Armee und Sicherheitskräfte sichtbar zurückging. In den Wintermonaten 1985 stiegen sie dann aber bereits wieder deutlich an.

Während Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre große Massaker und zahlreiche offene Morde der Todesschwadronen den Alltag in El Salvador bestimmten, hat die Repression in den Städten heute subtilere Formen angenommen. Auf dem Land bombardiert die Armee hingegen weiterhin die Zivilbevölkerung.

Während unseres Aufenthaltes in San Salvador konnten wir mit verschiedenen Vertretern aus Menschenrechtsorganisationen und mit Frauen aus dem Mütterkomitee COMADRES über die Formen der politischen Verfolgung und ihre Arbeit sprechen. Ganz gezielt werden heute einzelne, kritische Personen beispielsweise Gewerkschafter, Menschenrechtler, Studenten und Dozenten verhaftet, gefoltert und mit fadenscheinigen Anklagen ins Gefängnis gesteckt.



Laura Pinto alias Maria Teresa Tula, Mitglied von COMADRES

Todesopfer politischer Gewalttaten durch Armee, Sicherheitskräfte und paramilitärische Einheiten

	Ja	Fe	Mä	Ap	Mai	Jun	Jul	Au	Se	Ok	No	De	
1984	493	222	432	205	231	121	229	223	69	60	134	86	2507
1985	227	146	128	169	116	95	83	125	185	160	113	108	1655
1986	192	120	141	116									

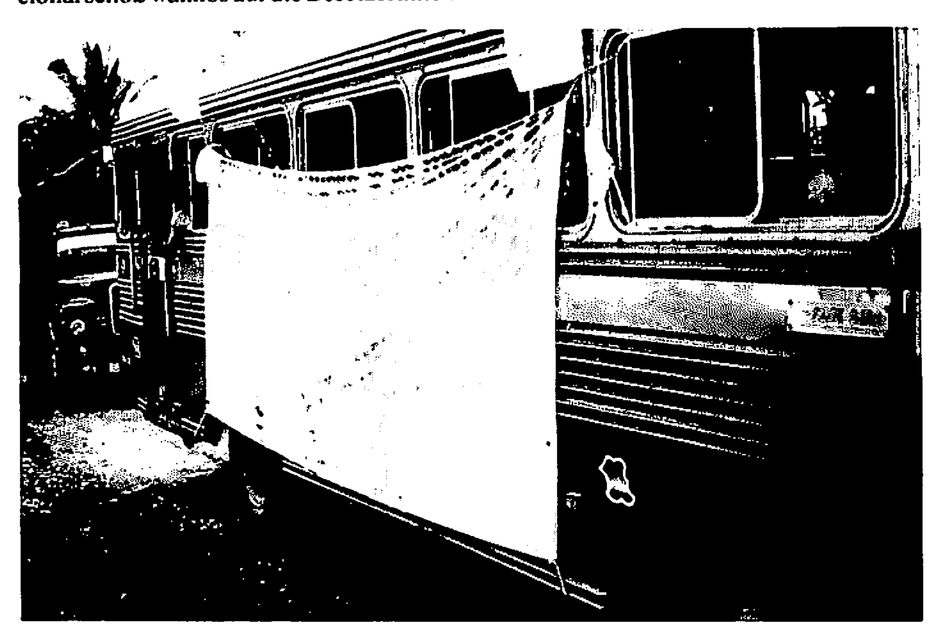
Quelle: Socorro Juridico Cristiano, San Salvador, El Salvador, 1986.

COMADRES (Mütter- und Angehörigenkomitee der politischen Gefangenen, Verschwundenen und Ermordeten) gründete sich 1977. Mütter und Frauen schlossen sich zusammen, weil sie Familienangehörige durch Mord, Verschwindenlassen, Folter und Entführung verloren hatten. Aufklärung des Schicksals ihrer Angehörigen ist ihr wichtigstes Anliegen. Das gemeinsame Leid vereinte sie. Zunächst suchten sie Hilfe beim Erzbischof Romero. Auf seinen Rat hin gründeten sie das Komitee und begannen mit der Menschenrechtsarbeit. In den letzten neun Jahren haben die Mütter viele Aktionen, Protestmärsche und Besetzungen durchgeführt. 1980 besetzten sie den Park „La Libertad" in San Salvador. Die Guardia Nacional schoß wahllos auf die Besetzerinnen und verwundete zahlreiche Frauen. Später besetzten sie das Justizministerium und forderten die Aufklärung des Verbleibs ihrer Angehörigen. 1986 nahmen sie am Friedensmarsch in Lateinamerika teil.

Ende Mai, kurz vor unserer Abfahrt erreichte uns eine schlimme Nachricht. Laura Pinto, Mitglied von COMADRES und im Januar 1986 noch auf Informationsreise in Europa und der BRD, war bereits zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit von Polizeikräften verhaftet und zum Verhör ins Hauptquartier der Policia de Hacienda verschleppt worden. Bereits Tage zuvor war das gleiche Schicksal einigen Mitgliedern der unabhängigen, nicht-staatlichen Menschenrechtskommission CDHES und Frauen aus Mütterkomitees widerfahren.

Vorausgegangen war die Verhaftung von Luz Yaneth Alfaro Peña Mitte Mai durch die Policia de hacienda. Luz war seit 1982 Mitarbeiterin im Sekretariat der CDHES. Bereits nach zwei Tagen Haft beschuldigte sie ihre Freunde und Mitarbeiter von der CDHES, Mitglieder der Guerilla zu sein und nannte den Polizeikräften zahlreiche Namen, darunter auch die von Frauen aus Mütter- und Flüchtlingskomitees. Das war für die Policia de Hacienda ein willkommener Anlaß, alle weiteren Sekretariatsmitglieder der CDHES, Laura Pinto von COMADRES und weitere Frauen aus Mütter- und Flüchtlingskomitees festzunehmen.

Gegenwärtig werden neben Luz Yaneth Alfaro auch ihre Schwester Ana Vilma und Dora Angelica Campos von COMADRES für eine geschickt eingefädelte Verleumdungskampagne gegen die unabhängigen Menschenrechtsorganisationen mißbraucht. Offiziell heißt es, sie haben um Schutz bei der Polizei nachgesucht. Sie treten im Fernsehen auf, werden der Presse und dem diplomatischen Korps vorgeführt und beschuldigen die Menschenrechtskomitees, sie seien Tarnorganisationen der Guerilla.



Bus des Rücksiedlungsprojektes der Flüchtlinge aus San Jose las Flores in Chalatenango

Nach diesem Schlag gegen die Menschenrechtsorganisationen fragt man sich in El Salvador gegen wen sich die staatliche Repression als nächstes richten wird. Tutela Legal, die Menschenrechtsorganisation der katholischen Erzdiozöse und Socorro Juridico, ihre Vorgängerin und von Erzbischof Rivera y Damas entmachtet, blieben bisher vom Zugriff der Sicherheitskräfte verschont. Die aufkeimende Gewerkschaftsbewegung oder die Hilfsorganisationen und Mitarbeiter in der Flüchtlingsarbeit könnten die nächsten Opfer werden.

Auch bei der jüngsten Verhaftungswelle bildet das „Regierungsdekret 50"[1] die gesetzliche Grundlage für die Festnahme der Mütter und Menschenrechtler und die Zerschlagung einer legalen Opposition. 1984 schaffte die Regierung Duarte den Sicherheitskräften mit der Verabschiedung des Dekrets einen legalen Rahmen für Verhöre und Folterungen. Das Dekret erlaubt den Polizeikräften der Subversion verdächtige Personen bis zu 15 Tage in Haft zu nehmen, ohne daß sie in dieser Zeit einem Richter vorgeführt werden müssen, ohne das Recht auf einen Anwaltsbesuch oder Kontaktmöglichkeiten zu Angehörigen. Subversiv ist schon der, der Propaganda verteilt oder Parolen an Wände sprüht. Praktisch jedermann kann aus den nichtigsten Gründen unter Subversionsverdacht geraten und festgenommen werden. Anwendbar ist das Dekret auf alle Personen über 16 Jahre.

Während der 15 Tage sind die Verhafteten den Polizei- und Sicherheitskräften schutzlos ausgeliefert. Die Sicherheitskräfte sind befugt, ein „freiwilliges" Geständnis der Beschuldigten aufzunehmen. Dieses Geständnis hat vor weiteren Indizien oder Zeugenaussagen im anschließenden Gerichtsverfahren erste Priorität (Artikel 29 des Dekrets 50). Praktisch ist das eine Aufforderung zur Folter, weil ohne ein Geständnis weiter ermittelt und der Verhaftete nach Ablauf der 15 Tage auf freien Fuß gesetzt werden müßte.[1]

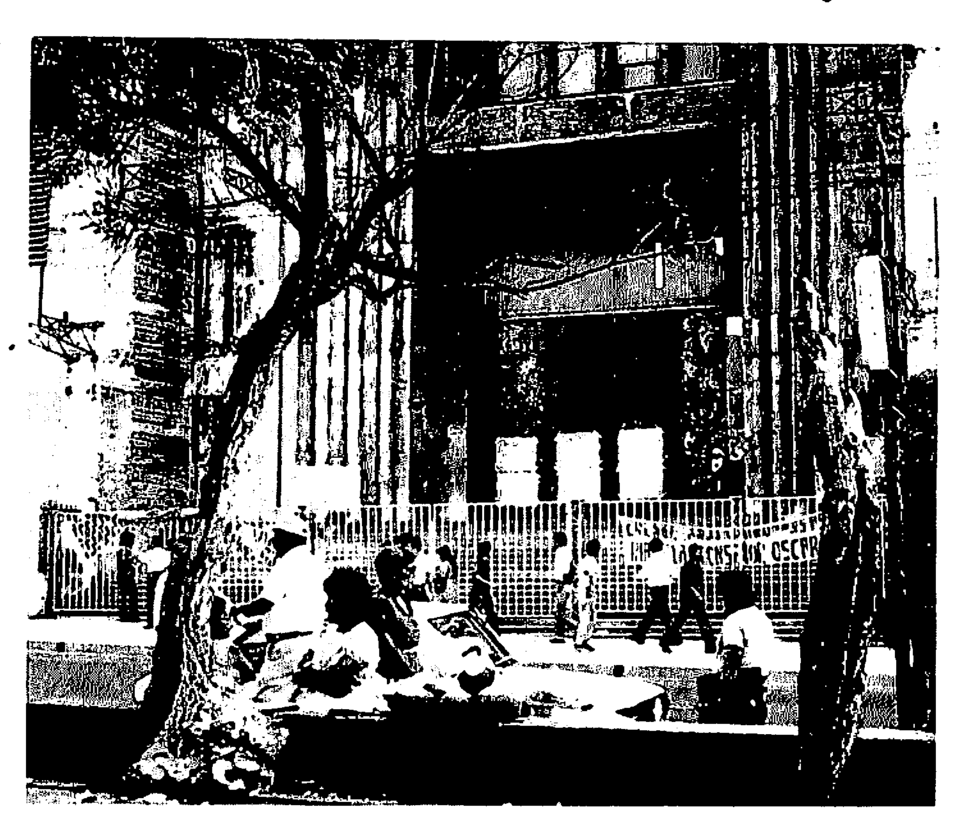
Liest man das Dekret sorgfältig und konfrontiert es mit der Verfassung des Landes aus dem Jahre 1983, kann man nur zu der Auffassung kommen, daß es in zahlreichen Fällen gegen Artikel der Verfassung verstößt. Socorro Juridico hat im April 86 beim Obersten Gerichtshof eine Petition zur Überprüfung der Verfassunsmäßigkeit des Dekrets eingereicht.[2]

In der Praxis werden Verhaftete vor allem in den ersten 8 Tagen ständig verhört und auch gefoltert. Übliche Foltermethoden neben pausenlosen Verhören, Einschüchterungen und Anschuldigungen sind Schlafentzug, Nahrungsentzug, Drohungen, daß man die Verwandten auch verhaften werde, Schläge mit der flachen Hand auf Ohren, Kopf und Oberkörper. Herbert Ernesto Anaya Sanabria, Mitarbeiter von CDHES und im Mai verhaftet, ließ man tagelang stehen, so daß er geschwolle Füße bekam. Man ließ ihn weder essen noch trinken und tagelang nicht schlafen. Nach einiger Zeit bekam er Halluzinationen, sah Menschen an der weißen Zellenwand und dachte, daß er verrückt werde. Pausenlos wurde er verhört und auf Kopf und Oberkörper geschlagen. Die Geschichte seiner Verhaftung, der Verhöre und Folterungen hat er uns später im Gefängnis erzählen können.

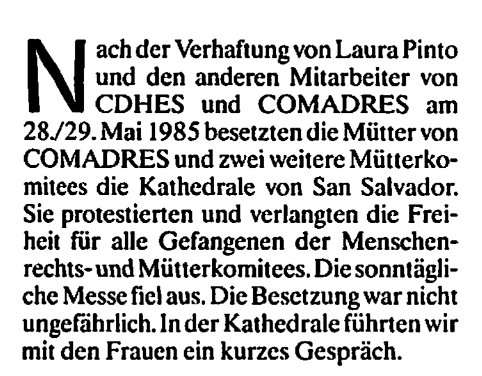
Alle diese Foltermethoden haben den „Vorteil", daß sie keine bleibenden Spuren und Zeichen hinterlassen. Nach 8 Tagen werden die Gefangenen dann dem Roten Kreuz vorgeführt. Das Rote Kreuz nimmt sie nur in Augenschein und stellt ihnen ein paar Fragen. CDH, die staatliche Menschenrechtskommission, läßt es sich in den meisten Fällen nicht nehmen, die Gefangenen zu begutachten. Trotz ausgefeilter Formulare über mögliche Folter und den Gesundheitszustand, die CDH entwickelt hat, füllen sie diese Fragebögen nur in den seltensten Fällen auch tatsächlich aus. Benjamin Cestoni, Leiter der CDH, auf Folter bei den Sicherheitskräften angesprochen, behauptete, bei den Sicherheitskräften gäbe es keine Folter, höchstens in Einzelfällen. Wenn einem Polizisten einmal die Hand

ausrutsche, dann kämen solche Leute vor ein Gericht.

Zum Schluß der langen Verhöre und Folterungen wird den Gefangenen die Unterschrift unter ein Dokument abgepresst, das sie nicht einmal lesen konnten. Es enthält ihr „freiwilliges Geständnis". Sie werden bezichtigt, Mitglied der Guerilla zu sein und zahlreiche Morde oder Verbrechen begangen zu haben. Zwei Mitarbeiter der Sicherheitskräfte bezeugen die „Freiwilligkeit" der Unterschrift. Während der Unterzeichnung werden sie für die mediengerechte Präsentation gefilmt oder fotografiert. Abschließend erfolgt eine ärztliche Untersuchung, die über eine kurze Fixierung des Gefangenen nicht hinausgeht. Der Gesundheitszustand wird immer für gut befunden. Auf Grund der außergerichtlichen Geständnisse werden die Gefangenen dann ins Männer- oder Frauengefängnis überführt. Hier warten sie z.T. jahrelang auf den Prozeß. Das anschließende Verfahren unterliegt der Militärgerichtsbarkeit. Zunächst entscheidet innerhalb von 60 Tagen der erste Militärrichter (Untersuchungsrichter) über Rechtmäßigkeit und Stichhaltigkeit des Geständnisses und der Anklagen und leitet den Fall an ein Militärgericht weiter.



Die besetzte Kathedrale von San Salvador (Hauptportal)



Nach der Verhaftung von Laura Pinto und den anderen Mitarbeiter von CDHES und COMADRES am 28./29. Mai 1985 besetzten die Mütter von COMADRES und zwei weitere Mütterkomitees die Kathedrale von San Salvador. Sie protestierten und verlangten die Freiheit für alle Gefangenen der Menschenrechts- und Mütterkomitees. Die sonntägliche Messe fiel aus. Die Besetzung war nicht ungefährlich. In der Kathedrale führten wir mit den Frauen ein kurzes Gespräch.

„Die Anschuldigungen gegen unsere Komitees sind nicht gerechtfertigt. Laura und die anderen haben rein humanitäre Arbeit geleistet. Die Wahrheit zu sagen, ist noch kein Verbrechen. Nach dem Verbleib unserer Angehörigen zu fragen, ist nicht subversiv. Unsere verhafteten Mitglieder sind unschuldig. Wir fordern ihre sofortige Freilassung." Während sie uns dies zwischen den Kirchenbänken erzählten, wurden Lautsprecherdurchsagen an die Menschen vor der Kathedrale und in der Innenstadt durchgegeben. Spitzel vor dem Haupttor und den Seiteneingängen überwachten die Besetzerinnen. Die Frauen blieben Tag und Nacht in der Kirche und wurden von Angehörigen mit Lebensmitteln versorgt.

In einem Gespräch ein paar Tage später sagte der Erzbischof Rivera y Damas seine Unterstützung zu und versprach mit Präsident Duarte über die Verhafteten zu sprechen. Konkrete Zugeständnisse machte er aber nicht. Freitags verließen die Mütter gemeinsam die Kathedrale, ohne die Freilassung der Gefangenen erreicht zu haben. In der sonntäglichen Messe zeigte Rivera y Damas sein wahres Gesicht. Durch die Besetzung sei die Kathedrale entweiht worden. Das verkündete er den Gläubigen von der Kanzel herab und zelebrierte anschließend die Wiedereinweihung der Kathedrale.

Im Büro von COMADRES erfahren wir nähere Einzelheiten über die Entführung von Laura Pinto. Sie wurde am 6. Mai schon einmal entführt. Gefoltert, vergewaltigt und mit einer Stichwunde im Bauch fand man sie zwei Tage später im Park wieder. Ihre Entführer wollten Auskünfte über die Arbeit des Komitees und Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wissen. Einige Frauen, die sich zu uns gesetzt haben, sind den Tränen nahe. Sie holten Rock und Bluse von Laura hervor und demonstrieren uns genau, wo die Einstiche waren. Alte Blutflecken und Einschnitte im Stoff sind deutlich zu erkennen. Bis heute weiß man nicht welche Polizeikräfte für die Entführung verantwortlich sind. Am 28. Mai wurde sie dann erneut verhaftet. Es war nachmittags gegen 16 Uhr ganz in der Nähe des Büros, als sie in Begleitung einer Freundin von Bewaffneten in Zivil mit vorgehaltenen Waffen in ein Auto gezerrt und zur Policia de Hacienda gebracht wurde. Danach war sie der 15tägige Folterhaft ausgesetzt. Zur Zeit befindet sie sich im Frauengefängnis in Ilopango. Sie wird beschuldigt, Mitglied der Guerilla zu sein und Medikamente für die Befreiungsbewegung FMLN ins Guazapa-Gebiet geschmuggelt zu haben.

Seit Anfang des Jahres versuchen die Militärs mit mehrwöchigen Operationen die Bauernfamilien und Landarbeiter aus solchen Landesteilen zu vertreiben, wo sie verstärkte Guerillapräsenz vermuten. „Dem Fisch das Wasser entziehen" heißt die Devise. Mit stundenlangen Bombardements und anschließender Menschenjagd auf flüchtende Campesinos geht die Armee gegen die eigene Bevölkerung vor. Die *Operation Phönix* am Guazapa-Vulkan etwa 25 Kilometer nördlich von San Salvador war eine der ersten großangelegten Aktionen. Praktisch jedes Haus, Felder, Wege und Hütten sind durch die Bomben zerstört worden. Was dann noch nicht zerstört war, steckten die Soldaten in Brand. Sie töteten das Vieh, zerstörten die Ernte und brachten einzeln fliehende Bauern um. Allein am Guazapa hat es 22 Tote und 2000 Vertriebene gegeben.[3]

Die Bauernfamilien gelangen dann nach tagelangen Irrwegen in die Flüchtlingslager an der Hauptstadt oder sie werden direkt von den Soldaten umzingelt, gefangen und mit Militärlastwagen in die Flüchtlingslager gebracht.

Die Erzdiozöse von San Salvador verwaltet und betreut zwei Lager in San Salvador. Die Lebensverhältnisse in den Lagern sind trotz Lebensmittelhilfe und anderer Unterstützung niederschmetternd. Auf engstem Raum leben etwa 500 Flüchtlinge in dem Lager im Stadtteil Mejicanos. Die Behausungen sind eng und mit Betten überbelegt. Die meisten Menschen haben keine Arbeit und sind den ganzen Tag im Lager festgesetzt. Wenn sie es verlassen werden, müßten sie mit ihrer Festnahme rechnen. Kinder laufen mit den typischen Symptomen einer Mangelernährung umher. Dicke Bäuche und dünne Arme sind alltäglich. Die Frauen scheinen mit ihrem Schicksal noch am besten umzugehen. Sie organisieren Kochdienste, Nähstuben und betreuen die Kinder.

Neben dem katholischen CRIPDES (Christliches Komitee für die Vertriebenen) arbeiten auch protestantische und nicht-staatliche Organisationen im Flüchtlingsbereich. Man schätzt die Zahl der Vertriebenen auf etwa eine Million. Siebenhunderttausend davon leben in Lagern oder an anderen Orten in El Salvador. Die anderen sind nach Honduras oder in andere Länder geflüchtet.

Der sehnlichste Wunsch der *desplazados* ist die Rückkehr in ihre Heimatdörfer. Die meisten sind Bauern und wollen in ihren Dörfern leben. 1985 hat es den ersten Versuch einer Wiederansiedlung von Vertriebenen in der Kleinstadt Tenancingo gegeben. Armee und Guerilla hatten sich auf eine Entmilitarisierung der Stadt geeinigt. Die vertriebenen Bewohner sind zurückgekehrt, aber es hat immer wieder Zwischenfälle gegeben, bei denen Militärs die Stadt betreten haben und einzelne Leute erschossen.[4]

Im Mai 1986 haben sich *desplazados* in Zusammenarbeit mit CRIPDES und anderen Flüchtlingsorganisationen zur Nationalen Wiederansiedlungskoordination (CNR) zusammengeschlossen und neue Wiederansiedlungsprojekte begonnen.

Ohne Garantien der Regierung oder der Armee für die Sicherheit und den Schutz des Lebens der *desplazados* begann am 20. Juni das Projekt der Wiederansiedlung der Bewohner von San Jose'las Flores in Chalatenango. In Begleitung amerikanischer, canadischer und deutscher Internationalisten erreichten die Menschen von San Jose'las Flores nach zahlreichen bürokratischen Schikanen der Armee ihr zerstörtes Dorf im Department Chalatenango.

Der Schein, daß Menschenrechts-, Mütterkomitees und Flüchtlingsorganisationen nur humanitäre Hilfe leisten und ausschließlich sozial und caritativ tätig sind, trügt. Duartes Versprechungen zerbröckeln unter den Anklagen und Forderungen der Komitees. Die Politik der Regierung wird entlarvt, wenn Menschenrechtsverletzungen benannt werden, wenn über Bombardierungen und das Schicksal der *desplazados* berichtet wird, wenn durch Rücksiedlungsprojekte die Politik der Vertreibung behindert wird.

Thomas Krieger

☆ ☆

Anmerkungen

1. Selbst die renommierte Menschenrechtsorganisation Americas Watch äußerte sich recht kritisch zum Dekret 50. Siehe: Settling into Routine. Human Rights Abuses in Duartes second Year. Eighth Supplement to the Report an Human Rights in El Salvador: May 1986.
2. Socorro Juridico Christiano: Peticion de declaratoria de inconstitucionalidad del decreto No. 50; San Salvador; 7. 4. 1986.
3. Diese Angaben machte das Menschenrechtsbüro der katholischen Universität von El Salvador (UCA). Die Zahlen schwanken. CRIPDES spricht von 245 Toten am Guazapa während der Operation Phönix.
4. siehe: Americas Watch: Eighth Supplement to the Report on Human Rights in El Salvador.

Zur Unterstützung der inhaftierten Menschenrechtler und der gefangenen Mütter ist eine Briefkampagne ins Leben gerufen worden.
Protestbriefe an: Presidente Napoleon Duarte, Casa Presidencial, San Salvador, El Salvador C. A.
und: Ministro de Defensa, Centro de Gobierno, San Salvador, El Salvador, C. A.
Weitere Informationen und finanzielle Unterstützung: Informationsstelle El Salvador e. V., Hofaue 51, 5600 Wuppertal, Tel. 02 02/4 93 63 05, Spendenkonto: Sparkasse Bonn, Kto.-Nr. 84 806 der Info-Stelle.

Friedensverhandlungen sind nicht in Sicht

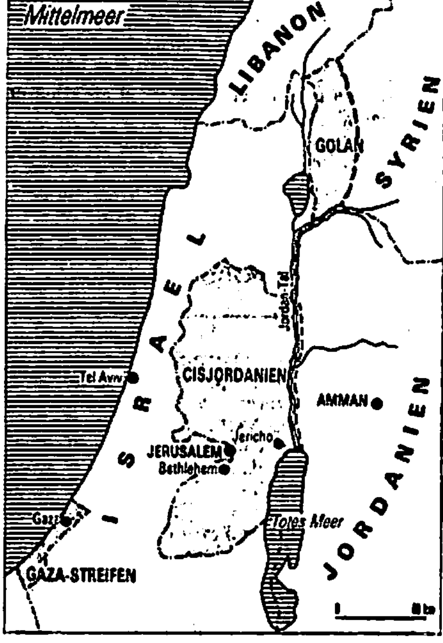
„Es gibt keine Hoffnung auf Friedensverhandlungen zwischen Israel und Syrien, solange Assad an der Macht ist" verkündete Israels Premier Shimon Peres am 12. Mai dieses Jahres in Tel Aviv.[1] Im Generalkommando der israelischen Armee drückt man sich noch deutlicher aus: Die Beziehungen zu Syrien könnten sich derartig verschlechtern, daß es noch im Laufe dieses Jahres zu einem Krieg kommt — ohne, daß beide Staaten es tatsächlich wollten.[2]

Es gehört einige Phantasie zu der Annahme, ein Krieg könne gegen den Willen beider Gegner ‚ausbrechen'. Die israelische Presse ist da viel realistischer: In einigen Zeitungen konnte man schon Ende letzten Jahres lesen, daß Israel einen Krieg mit Syrien will und ihn auch auslösen wird. Und wer würde daran zweifeln, daß es sich dabei um die Verteidigung der westlichen Zivilisation gegen den internationalen Terrorismus — gesteuert von Damaskus, Teheran und Tripolis — handelt? Aber auch die Motive eines möglichen Krieges werden in der israelischen Presse realistischer gesehen.

„Syrien wird immer stärker und deshalb muß Syrien angegriffen werden — so einfach ist das."[3] So sieht das Israel Shahak, Präsident der israelischen Liga für Menschen- und Bürgerrechte und einer der schärfsten Kritiker israelischer Politk, der regelmäßig Artikel aus der hebräischsprachigen Presse ins Englische übersetzt und kommentiert. Die ‚Balance of Power' des Nahen Ostens besteht in israelischen Augen in der unbedingten militärischen Überlegenheit des Landes über alle arabischen Staaten.

Syrien ist die Nummer 2 der Region und somit eine potentielle Bedrohung. Spätestens seit der Niederlage bei der israelischen Libanoninvasion 1982 hat Assad beschlossen, ‚strategische Parität' mit Israel anzustreben. Eine Bemühung, die sich in israelischen Szenarien niederschlägt, nach denen Syrien demnächst versuchen wird, die Golanhöhen zurückzuerobern. Weder israelische noch ausländische Experten zweifeln aber daran, daß Israel — vor allem dank seiner technologischen Überlegenheit — zur Zeit der Sieger bleiben würde.[4]

Syriens militärische Anstrengungen sind sicher ernst zu nehmen; es sind aber nicht sie alleine, die es für Israel zum „einzig ernst zu nehmenden Feind"[5] machen. Bislang ist Syrien der einzige Nachbarstaat, der sich konsequent gegen die Abschließung separater Friedensverträge mit Israel wendet. Das macht es zum größten Störenfried amerikanisch-israelischer Pazifisierungskonzepte für den Nahen Osten. Zudem hat Assad, dessen Feindschaft zu Ägypten und zu Irak schon Tradition hat, und dem auch die Golfstaaten mehr und mehr ihre Unterstützung entziehen, in letzter Zeit im arabischen Lager einige Erfolge verbuchen können.



Bei den jüngsten Kämpfen der Amal-Milizen gegen die Beiruter Palästinenserlager im Juni hat Assad die Amal massiv mit Waffen unterstützt. Ihr gemeinsames Interesse, eine sich anbahnende Wiedererstarkung von Arafats ‚Fatah' im Libanon zu verhindern, war ihnen blutige Kämpfe wert. Nachdem die Kämpfe zwischen Amal und Palästinensern sich auch auf andere Gruppen ausgeweitet hatten, kann sich Syrien nun als friedensstiftende Ordnungsmacht präsentieren: Erstmalig seit 1982 sind wieder syrische Soldaten im moslemischen Westbeirut, um die libanesische Armee bei der Überwachung des Waffenstillstandes zu unterstützen — ein Schritt, der von Sunniten, Drusen und Schiiten begrüßt wurde. Syrische Truppen hatten Beirut zusammen mit der PLO 1982 aufgrund eines Vertrages verlassen müssen, den die USA mit den bewaffneten Truppen in der von Israel belagerten Stadt ausgehandelt hatten.[6]

Wie lange der Waffenstillstand halten und Syrien seine Stellung wird behaupten können, ist fraglich. Aber alles, was auf eine Stabilisierung des Libanon unter syrischer Vorherrschaft hindeuten könnte, muß für Israel bedrohlich erscheinen.

Staatschef Assad hat berechtigte Hoffnungen, seine Beziehungen zu einem weiteren ‚Frontstaat' verbessern zu können. Nach zehn Jahren ohne offizielle Kontakte gibt es seit Ende letzten Jahres wieder Verhandlungen zwischen Assad und Jordaniens König Hussein, dessen Verhandlungen mit Israel über die Westbank in eine Sackgasse geraten sind. Einige Konflikte sind schon bereinigt: Hussein hat im Februar dieses Jahres seine Verhandlungen mit Arafat, Syriens Hauptfeind in der PLO, abgebrochen, und Anfang Juli dessen ‚Fatah'-Büros in Jordanien geschlossen. Zudem hat er Geheimdienstaktivitäten in Syrien zugegeben und Besserung gelobt.[7]

Die Anreize zur Zusammenarbeit zwischen beiden Staatschefs sind groß. Jordanien ist verbittert über das Ausbleiben amerikanischer Waffenlieferungen und deshalb — via Syrien — an einem besseren Draht zu Moskau interessiert. Syrien hofft, Jordanien vom proamerikanischen Kurs abzubringen und damit einen Bündnispartner gewinnen zu können.

Mit Hussein und Assad sitzen zudem die Verbündeten des Irak (Jordanien) und des Iran (Syrien) an einem Tisch. Eine Beendigung des Golfkrieges ist deshalb noch lange nicht abzusehen. Daran hat auch kaum eine Regierung Interesse: Iran und Irak sind schließlich unersättliche Kunden für Waffenlieferungen aus aller Welt. Am bedrohlichsten wäre aber eine Beendigung dieses Krieges — und sei sie auch noch so fern — für Israel. Zwei seiner erbittertsten Gegner würden sich dann nicht mehr gegenseitig abschlachten. Schon die leiseste diplomatische Anerkennung muß deshalb für Israel alarmierend wirken.

Ob die syrisch-jordanischen Annäherungsversuche erfolgreich sein werden oder nicht, sie bergen die Gefahr einer Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses im Nahen Osten zuungunsten Israels. Bisher war Syriens einziger potentieller Verbündeter im Kriegsfall Libyen. Sollte es Assad aber gelingen, seine bislang militärische Unterlegenheit durch ein Bündnis mit Hussein auszugleichen, wäre ein Angriff gegen Israel theoretisch

möglich. Und wenn ein Krieg möglich ist, so die Logik israelischer Militärs und Politiker, ist er unvermeidlich. Denn dann muß Israel ‚präventiv' angreifen, bevor Syrien stark genug werden könnte, es selber zu tun.[8]



Peres (ganz rechts) bei einer Militärübung

Gibt es eine Alternative zu dieser *Catch 22-Logik*? Von syrischer Seite besteht seit langem das Angebot, gegen die Rückgabe der Golanhöhen zumindest einen Zustand von ‚nicht Krieg und nicht Frieden' auszuhandeln.[9] Israel hat den Golan 1967 im 6-Tage-Krieg besetzt, zusammen mit Westbank, Gazastreifen und Sinai. Die inzwischen annektierten Golanhöhen gelten aber für Israel als nationales Tabu, ihre auch nur teilweise Rückgabe als nicht verhandelbar.

Dafür gibt es, neben religiösen und militärstrategischen Begründungen, die in Israel fast immer eng zusammengehören, noch ein Motiv: Wer die Golanhöhen hat, der kontrolliert die Jordanzuflüsse. Und auf die, wie auch auf das Grundwasser der Westbank, ist Israel für seine Wasserversorgung dringend angewiesen.[10] Ohne Verhandlungen zwischen den beiden Staaten scheint es aus der Logik des ‚Präventivkrieges' — zuzuschlagen, solange noch Zeit ist — keinen Ausweg zu geben.

Man muß Syrien nicht für die Friedenstaube des Nahen Ostens halten um anzunehmen, daß es weder jetzt, noch in naher Zukunft so dumm sein wird, Israel anzugreifen. Die nach Expertenmeinung so gut wie unvermeidliche militärische Niederlage könnte für die regierende Alawitenminderheit katastrophale innenpolitische Folgen haben.[11] Assad muß also gereizt und provoziert werden. Der angeblich irrtümliche Abschuß von zwei syrischen MIG-Düsenjägern durch die israelische Luftwaffe im November 1985 war solch eine Provokation. Syriens Antwort — die Stationierung von SAM-Raketen entlang der syrisch/libanesischen Grenze und im Innern des Libanon — wurde in den israelischen Medien als äußerst bedrohlich dargestellt. ‚Beschränkung unserer Flugfreiheit im Libanon' hieß das Argument, das nach den Terroranschlägen auf die El-Al-Schalter in Rom und Wien noch an Überzeugungskraft gewann: Die sonst in solchen Fällen üblichen ‚Vergeltungsschläge auf Terroristenbasen im Libanon' waren durch die syrischen Raketenstellungen zu riskant.[12]

Eine Provokation war auch die Entführung einer Zivilmaschine im Februar 1986, in der angeblich PFLP-Chef Geroge Habbash und andere wichtige PLO-Leute saßen. Sie entpuppten sich zwar als syrische Politiker, wurden aber dennoch in Israel festgehalten und verhört. Kommentar der israelischen Zeitung ‚Al Hamishar': „Aber von der zivilisierten Welt (gemeint sind wir, d.A.) darf dies nicht als Provokation, sondern als ein menschlicher Fehler aufgefaßt werden. Die heißblütigen Syrer werden dann schon nach dem bekannten Muster reagieren, und wenn auch nicht beim ersten Mal, dann beim zweiten derartigen Vorfall, aber ganz sicher werden sie bei der dritten derartigen Provokation Israel schon den notwendigen casus belli liefern, um den erhofften Präventivschlag führen zu können."[13]

Der internationale Nährboden für eine Attacke gegen Syrien ist ohnehin fruchtbar. Die Schuldzuweisungen für den Anschlag auf die Westberliner Diskothek ‚La Belle', der als Vorwand für den Angriff der USA gegen Libyen herhalten mußte, sind mehr und mehr Richtung Syrien abgedriftet — bei gleichbleibend diffuser Beweislage. Die Bombardierung Libyens im April und ein möglicher Angriff Israels auf Syrien haben allzu deutliche Parallelen. In beiden Fällen dient der Kampf gegen die Steuerungszentralen des internationalen Terrorismus als Rechtfertigung dafür, die eigene Hegemonie abzusichern.

Im Fall Libyen haben die USA auf die für sie denkbar billigste und risikoloseste Art gezeigt, daß sie bereit sind, dort Waffen einzusetzen, wo ihnen nicht der nötige Respekt entgegengebracht wird. Ghaddafi ist nicht nur in unseren Breiten, sondern auch bei arabischen Regierungen äußerst unbeliebt und nicht direkt in den israelisch-arabischen Konflikt verwickelt; es bestand kaum das Risiko einer militärischen Eskalation. Zudem ist Libyen zwar nicht wie Syrien durch einen Freundschaftsvertrag mit der UdSSR verbunden, erhält aber ausreichend Unterstützung von dort, um als ‚Vasalle Moskaus' zu gelten.

Wichtigstes außenpolitisches Ziel des Angriffs war es, ein ungehorsames, d.h. antiwestlich eingestelltes Land — und damit auch die UdSSR — in seine Schranken zu verweisen. Ein Zeichen dafür sollte gesetzt werden, wer im Nahen Osten die Herren im Hause sind: die USA und Israel, das den risikoreicheren und umstritteneren Part übernehmen könnte.

Syriens Bindung an die UdSSR ist weitaus enger, als die Libyens. Ein militärisches Eingreifen Moskaus im Fall eines israelischen Angriffes auf Syrien wäre trotzdem sehr unwahrscheinlich. Eine Schwächung Syriens würde aber auch die UdSSR mitsamt ihrer renitenten Idee von einer internationalen Nahostkonferenz unter Beteiligung der PLO ins Abseits drängen. Verhandlungen über die Zukunft der besetzten Gebiete sind ohnehin in einer Sackgasse und würden erst einmal von der Tagesordnung verschwinden.



Assad (links) mit Verteidigungsminister Tlas

Assad tut gut daran, in Gesprächen mit europäischen Staatschefs zu versuchen, sich vom Stigma des Terroristenanführers zu befreien. Ein besseres Image als das des „verrückten Wüstensohns" Ghaddafi, das von unseren Medien so erfolgreich aufgebaut wurde, hat er ohnehin. Aber das wird ihn kaum davor bewahren, daß zumindest Kohl und Thatcher gegen die ohnehin wahrscheinlichere Version eines israelischen ‚Präventivkrieges' wenig Einwände haben würden: Bei einem israelischen Angriff auf syrische Stellungen in der libanesischen Beka'a-Ebene wäre die Gefahr einer internationalen Eskalation weitaus geringer als etwa bei einem direkten Angriff im Golan. Schließlich ist der Libanon erprobtes Kampfgebiet für die Konflikte anderer.

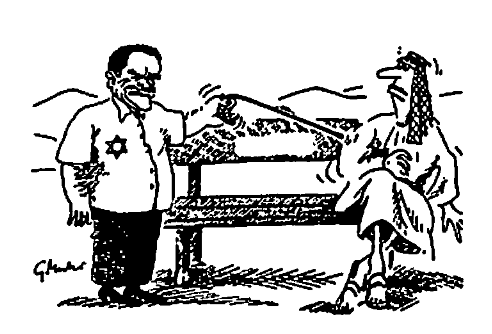
Die USA sehen in Israel mehr denn je den einzig möglichen Bündnispartner in der Region. Dank seiner antiarabischen Hetzkampagnen wird es für Reagan immer schwieriger, im Kongreß Unterstützung für Waffenlieferungen an gemäßigte – i.e. US-freundliche – arabische Regime zu finden. König Hussein von Jordanien hat dies bereits zu spüren bekommen; die Lieferung eines Rüstungspaketes im Wert von 265 Mio. $ an Saudi Arabien kam im Kongreß erst im zweiten Anlauf und äußerst knapp durch.


Syrische Soldaten in israelischer Gefangenschaft (1973)

Unterdessen wird eine Beteiligung Israels an SDI ausgehandelt, was die ökonomische und politische Bindung an die USA noch festigen und die Militarisierung der israelischen Ökonomie weiter verschärfen wird. Der Militärisch-Industrielle Komplex ist ein zentraler Pfeiler des israelischen Wirtschaftssystems. Das Militärbudget pro Kopf ist nach Schätzung israelischer Ökonomen das höchste der Welt.

Gleichzeitig machen die USA ihre für Israel lebenswichtigen Finanzspritzen von dessen Dauerkundschaft auf dem amerikanischen Waffenmarkt abhängig: Fast jeder Dollar US-Hilfe, den Israel erhält, wird entweder direkt zum Waffenkauf benutzt oder wandert zur Abzahlung von Schulden (inzwischen ca. 20 Mrd. $) zurück in US-Banken.[14]

Immer weitere Aufblähung der militärischen Produktion, Kaufzwang in den USA und Verschärfung der Konkurrenz auf den internationalen Waffenmärkten; Widersprüche, aus denen ein Krieg heraushelfen könnte, indem er Waffenvorräte abbauen und Reklame für israelisches Know-How machen würde. Die USA knüpfen ihre gewaltigen Finanzspritzen an noch eine Bedingung. Die Genehmigung von 2,6 Mrd. $ im Herbst 1984 (1,2 Mrd. davon Wirtschaftshilfe, der Rest „military assistance") war daran geknüpft, den USA mehr Kontrolle über die krisengeschüttelte israelische Ökonomie zu verschaffen. Man forderte, gegenüber Israel eine ähnliche Rolle einzunehmen, wie der IWF gegenüber den hochverschuldeten Ländern der 3. Welt.[15] Dem israelischen Krisenmanagement wurde damit eine eindeutige Richtung gegeben: Mit einer strengen Austeritätspolitik wurden die Lasten der Krise auf Arbeitnehmer und untere Bevölkerungsschichten abgewälzt. Die Besitzenden bleiben dabei weitgehend ungeschoren. Um Eigentum, Vermögen und Profite nicht besteuern zu müssen, wird in anderen Bereichen Geld gespart oder abgezogen. Im öffentlichen Sektor wurden tausende von Arbeitsplätzen zerstört, die Koppelung der Löhne an die Inflation wurde gelöst, Fabriken gehen pleite und die Arbeitslosigkeit steigt. Hohes Lohnniveau, Arbeitsplatzsicherheit, ein weitreichender Wohlfahrtsstaat: All das ist einer für Israel bisher einmaligen Erosion ausgesetzt. Die Polarisierung in der Bevölkerung wächst. Schon die enorme Inflation der letzten Jahre hatte die Reichen reicher und die Armen ärmer gemacht.[16] Streiks sind an der Tagesordnung. Das jüngste Beispiel – ein 18-tägiger Streik aller Krankenschwestern – war gleichzeitig ein Symptom für den Zusammenbruch des öffentlichen Gesundheitswesens.


„Platz da, Araber, ich will mich niederlassen!"

Kriege sind ein altbewährtes Mittel, um mit patriotischen Gefühlen den nationalen Konsens zu kitten, wo ihm die wirtschaftliche Grundlage längst entzogen wurde. In Israel ist das Gefühl der Bedrohung durch die arabischen Staaten immer einer der wichtigsten Bausteine des „Wir-Gefühls" gewesen. Die Frage ist, wie weit eine Regierung mit einer Wirtschaftspolitik der Verarmung gehen darf, um noch auf allgemeine Kriegsbegeisterung rechnen zu dürfen.

Patricia Tonn

Anmerkungen

1. Libération, 14. 5. 86
2. Jerusalem Post, international edition, 12. 4. 86
3. Shahak Papers, März 86
4. Newsweek, 2. Juni 86 + Financal Times, 13. 5. 86
5. Al Hmishmar, 3. 1. 86, (Pressedienst aus Israel, Nr. 17)
6. vgl. u.a. die Berichterstattung der Neuen Züricher Zeitung und der 'Le Monde' aus dem betreffenden Zeitraum
7. NZZ, 7. 5. 86 und 10. 7. 86
8. So wird die Situation in verschiedenen Zeitungen analysiert. Al Hamishmar, 3. 1. 86 und 6. 2. 86; Ha'aretz, 25. 12. 85 (Pressedienst...)
9. Al Hamishmar, 3. 1. 86 (Pressedienst...)
10. MERIP Reports, Juli-August 83, „Water and Israels's Occupation Strategy"
11. Auch das wäre ein Motiv für einen israelischen Angriff: Die innenpolitische Destabilisierung der syrischen Regierung. Zu jüngsten Parallelen in der Vergangenheit vg.: Israel Shahak: „The continuing aims of Zionist Policies in the Middle East". in: American Arab Affairs, Spring 86, Nr. 16
12. Davar, 29. 12. 85, Al Hamishmar, 3. 1. 86 (Pressedienst...)
13. Al Hamischmar, a.a.O.
14. MERIP Reports, October - December 85, „Israel's Economic Crisis"
15. The Economist, 13. 10. 84
16. MERIP-Reports, a.a.O.
    Politica, April 86
    Hadashot, 4. 4. 86



Namibia

Zehn Jahre illegaler Uranabbau

Die Rössing Mine in Namibia

Die Katastrophe von Tschernobyl hat einmal mehr gezeigt, daß das Betreiben von Atomkraftwerken verantwortungslos ist. Durch den Super-GAU in der Ukraine ist die öffentliche Diskussion um die Kernkraft erneut aufgeflammt. Im Rahmen dieser Diskussion sollte auch das Problem des Uran-Bergbaus stärker als bisher Beachtung finden. Denn Uran-Abbau ist, vor allem im Tagebau, mit verheerenden ökologischen Folgen verbunden. Besonders brisant wird das Problem dann, wenn das Uran unkontrolliert exportiert werden kann, d.h. wenn einer militärischen Verwendung durch die Käufer nichts im Weg steht. Im Fall Namibias handelt es sich zudem um illegalen Uran-Abbau, da von der UNO ein eindeutiges Verbot für Rohstoffabbau und -export erlassen wurde, solange das Land unter kolonialer Verwaltung steht.

Vor zwei Jahren konnte Namibia auf eine hundertjährige Kolonialherrschaft zurückblicken: Im Jahr 1884 kam das Land als „Schutzgebiet" in deutsche Hände. Die einheimische Bevölkerung wurde von dem ins Land einströmenden Militär und den Siedlern mit Gewalt vertrieben. Aufständische Völker wie Herero und Nama wurden dezimiert. Während des ersten Weltkrieges eroberten südafrikanische Truppen die Kolonie, nach dem Krieg übertrug der Völkerbund Südafrika das Verwaltungsmandat über Namibia. Durch die koloniale Politik wurden die traditionellen Wirtschafts- und Sozialstrukturen der afrikanischen Bevölkerung weitgehend zerstört. Die Schwarzen waren zur Arbeit auf Farmen und in Minen gezwungen, wenn sie nicht verhungern wollten. Die Einführung der Apartheid und damit auch der „Homeland"-Politik verschärfte die miserable ökonomische Situation noch zusätzlich und schuf ein Arbeitskräfte-Reservoir, das groß genug war und ist, um die Löhne niedrig und die Arbeitsbedingungen menschenunwürdig zu halten. 1966 wurde Südafrika von der UNO als Rechtsnachfolgerin des Völkerbundes das Mandat über Namibia entzogen. Da Südafrika diesen Beschluß nicht anerkannte, nahm noch im gleichen Jahr die SWAPO den bewaffneten Kampf auf. In den 70er Jahren wurde von der UNO ein Namibia-Rat eingesetzt, der die Hoheitsrechte des Landes bis zur Unabhängigkeit wahrnehmen sollte.

Bereits zu Anfang des 20. Jahrhunderts entdeckte man in Namibia Diamanten und andere Bodenschätze. Der bald einsetzende Abbau der Diamantenfunde ließ den Bergbau zum bestimmenden wirtschaftlichen Faktor im Land werden.[1] Die Uranvorkommen, die 1928 in der Namib-Wüste westlich von Windhoek entdeckt worden waren, wurden nach dem zweiten Weltkrieg genauer erforscht. Die weltweit steigende Uran-Nachfrage Ende der 60er Jahre ließ einen Einstieg ins Urangeschäft profitversprechend erscheinen.

Im Jahre 1970 wurde die Rössing Uranium Ltd. gegründet und eine Pilotanlage, u.a. mit Beteiligung der deutschem NUKEM errichtet.[2] Obwohl der Namibia-Rat in seinem ersten Dekret aus dem Jahr 1974 — angesichts des massiven Exports von Namibias Mineralienreichtum — den Abbau und die Ausfuhr aller Bodenschätze für illegal erklärt hatte, wurde der Bau der Anlage weitergeführt und beschleunigt.

Die Betreiber von Rössing

Die Preise für Uran waren im Laufe der 70er Jahre großen Schwankungen unterworfen. Die USA als größtes Verbraucherland schotteten 1970 ihren Binnenmarkt durch restriktive Importpolitik ab, was bis 1972 zu einem Verfall der Uranpreise führte. Daraufhin fanden sich die fünf weltgrößten Uranproduzenten außerhalb der USA zu einem internationalen Kartell zusammen, um der Krise auf dem Uranmarkt zu begegnen.

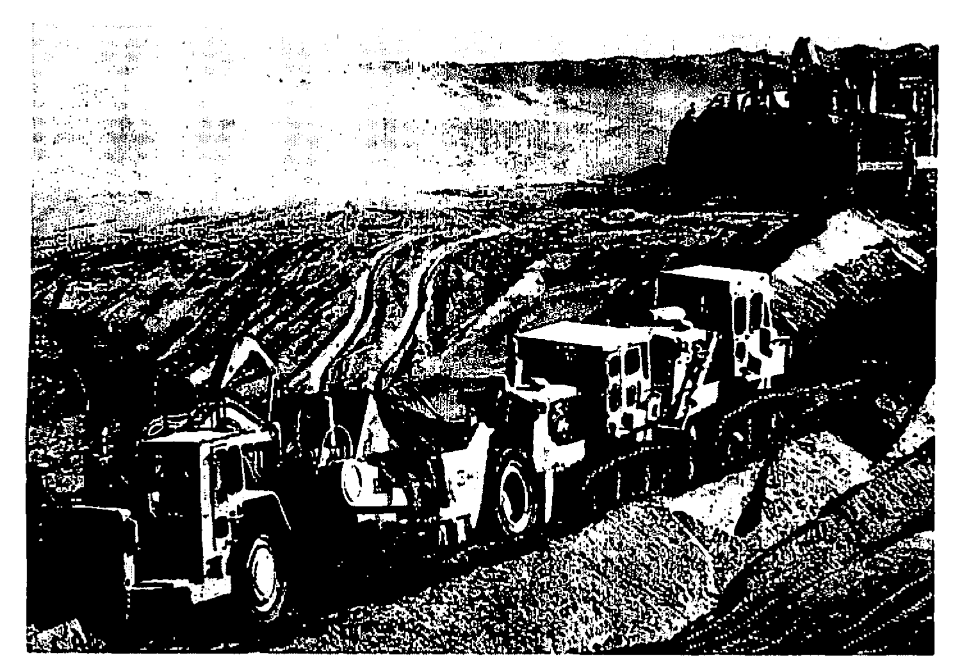
Großen Anteil an diesem Kartell hat der in Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen hinreichend bekannte

Namibia — Auf dem Weg zur Unabhängigkeit

Von 1884—1918 war Namibia deutsche Kolonie. Noch heute leben dort ca. 30 000 deutsche Siedler. Seit dem 1. Weltkrieg wird das Land als Völkerbundsmandat von Südafrika verwaltet. 1966 wurde das Mandat von der UNO zurückgenommen; eine Entscheidung, die Südafrika nicht anerkannte. Im gleichen Jahr nahm deshalb die South West African People's Union (SWAPO) den bewaffneten Kampf auf. 1978 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 435, die einen Waffenstillstand und freie Wahlen unter UNO-Aufsicht vorsah. Südafrika ließ aber im selben Jahr unter Ausschluß der SWAPO ein Parlament wählen. Diese Wahl gewann die Demokratische Turnhallen-Allianz (DTA), ein Bündnis verschiedener tribalistischer Parteien unter Vorsitz des weißen Rechtsanwalts Drik Mudge. Mudge wurde dann 1979 auch Premier einer sog. „Übergangsregierung". Diese erwies sich als Handlanger der südafrikanischen Besatzungsmacht. Südafrika schob diese „Regierung" vor, um die Genfer UNO-Konferenz 1981, die eine Namibia-Lösung unter Einschluß *aller beteiligten* Parteien (auch der SWAPO) suchte, platzen zu lassen. 1983 gab Mudge's Regierung auf, nachdem selbst Ansätze zu einer Abschaffung der Apartheid am Veto des südafrikanischen General-Administrators gescheitert waren.

Am 17.6.1985 wurden eine neue Übergangsregierung und ein nicht gewähltes Parlament von Südafrika eingesetzt. Außer der DTA sind auch andere Parteien — von einer Abspaltung von der SWAPO bis zur rassistischen Nationalen Partei — in der neuen Regierung vertreten. Außen- und Sicherheitspolitik verbleiben aber in der Entscheidungsbefugnis Südafrikas. Auch diese neue „Regierung" wird international nicht anerkannt.

Im März dieses Jahres kündigte der südafrikanische Präsident Botha an, daß — vom 1. August an — der Unabhängigkeitsprozeß nach UNO-Resolution 435 in Gang gesetzt werden solle. Doch hielt er nach wie vor an der seit langem von Südafrika vertretenen Verknüpfung der Unabhängigkeit Namibias mit dem Abzug der kubanischen Truppen aus Angola fest. Mit deren Abzug ist allerdings nicht zu rechnen, zumal jetzt außer Südafrika auch die USA die gegen die angolanische Regierung kämpfende UNITA aktiv unterstützen wollen. Angola ist jetzt mehr denn je auf die Kubaner angewiesen. Eine Unabhängigkeit ohne Resolution 435, d.h. unter Ausschluß der SWAPO, ließe sich aber weder national noch international durchsetzen. Denn, wie die Verhältnisse liegen, geht kein Weg in eine wirkliche Unabhängigkeit an der SWAPO vorbei.



Tagebaugrube in Namibia

britische Konzern Rio Tinto Zink (RTZ)[3]. Er ist Hauptbetreiber Rössings und hat die Kontrolle über Management und Betrieb der Mine[4] (Anteile der einzelnen Betreiber siehe Kasten). Mitbeteiligt sind ferner die französische Total, Kansai, einer der sieben größten japanischen Konzerne, die kanadische Rio Algom (eine Tochtergesellschaft von RTZ) und — obwohl immer wieder bestritten — auch die deutsche Urangesellschaft, die von der Bundesregierung kontrolliert wird.[5] Andere Teilnehmer sind die IDC (Industrial Development Corporation), ein südafrikanischer Staatsbetrieb und die General Mining Corporation, die vom Afrikaner Broederbond abhängig ist.[6] Der Broderbond, eine burische Geheimgesellschaft, beherrscht weite Teile der südafrikanischen Presse, der Kirchen und des Erziehungswesens, ihm gehören fast alle Regierungsmitglieder an, und er ist an wichtigen Industrieunternehmen beteiligt.

Es finden sich also bei der Rössing-Beteiligung direkte Verbindungen zur südafrikanischen Regierung und damit auch zur südafrikanischen Rüstungspolitik. Rio Tinto Zink, das praktisch über ein Liefermonopol für Großbritannien verfügt, hat enge Verbindungen zur britischen Regierung. Der jetzige NATO-Generalsekretär und frühere Außenminister Lord Carrington war bis 1979 einer der RTZ-Bosse.[7]

Der nach 1973 einsetzende Preisanstieg für Uran verbesserte die Aussichten für das 1970 angelaufene Minenprojekt in Namibia. Der Uran-Gehalt des Erzes liegt jedoch weit unter dem Durchschnitt eines normal als abbaufähig bezeichneten Uranvorkommens, nämlich bei nur 0,045 %. Im Vergleich dazu hat z.B. die Ranger-Mine in Australien einen Gehalt von ca. 0,25 %, und in Menzenschwand im Schwarzwald beträgt der Uran-Gehalt im Erz gar 1 %. Dies bedeutet, daß es über die wirtschaftliche Rentabilität hinausweisende Gründe gibt, den Abbau zu betreiben.

Die Anteile der Rössing-Betreiber

RTZ als Hauptverantwortlicher von Rössing betreibt ein bewußtes Zahlenverwirrspiel, sowohl im Hinblick auf die Produktions- und Gewinnzahlen, als auch was die Anteile der Betreiber betrifft. Zudem gibt es drei verschiedene Kategorien von Anteilen mit unterschiedlichem Stimmrecht, so daß oft nicht klar ist, auf welche Kategorie sich die Zahlen beziehen. So scheinen die beiden südafrikanischen Gesellschaften zwar nur Minderheitsanteile besessen zu haben, aber immer die Stimmenmehrheit. 1985 ist diese Stimmenmehrheit offenbar an die namibische Übergangsregierung übergegangen (s. u.). Die hier angegebenen Anteile der einzelnen Rössing-Betreiber beruhen auf Schätzungen verschiedener Experten.

Allgemein verbreitet sind folgende Angaben:[45]

Rio Tinto Zinc (RTZ)	46,5 %
Industrial Development Cooperation (IDC), südafr.	13,2 %
Rio Algom (Kanadische Tochtergesellschaft von RTZ)	10 %
GenMin	10 %
andere (dazu wird von einigen die bundesdeutsche Urangesellschaft mit 5 % gezählt)	13,5 %

Eine Ausnahme macht die Schätzung von W. Geißler, dem deutschen Experten beim UN-Hearing über namibisches Uran 1980:[46]

RTZ	25,8 %
Urangesellschaft (BRD)	25,8 %
IDC u. GenMin	26,4 %
Kansai	12,4 %
Total (Frankreich)	10 %

Der höhere Anteil der Urangesellschaft wird daraus abgeleitet, daß die Urangesellschaft nach dem ursprünglichen Vertrag über 40 % (!) der Anteile hatte, auf die die Firma immer noch eine Option hält. Die Zusammenarbeit von RTZ und Urangesellschaft bei der Erkundung und Exploration der Mine und der Anlage sowie dei Uranimportmenge Rössings in die BRD ist ein Indiz dafür, daß beide Firmen wohl zu gleichen Teilen beteiligt sind.

Die Rössing-Mine und der Abbau-Betrieb

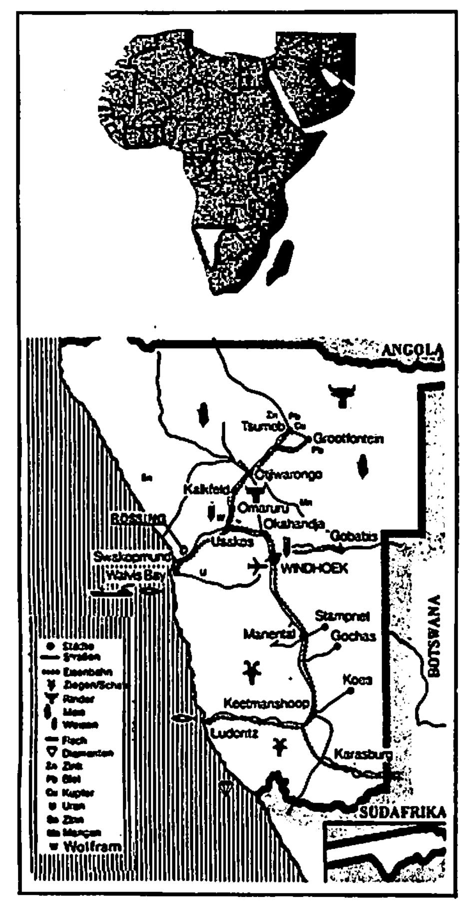
Die Rössing-Mine liegt etwa 65 km vom Küstenort Swapkomund in der Wüste Namib (siehe Karte). Durch das Minengelände fließt der Khan, ein Nebenfluß des Swakop, der sich ebenfalls in nächster Nähe der Mine befindet. Das Gelände von Rössing ist etwa 100 km² groß, es enthält nicht nur die eigentliche Grube, sondern auch Verarbeitungsanlagen und einen sogenannten *Tailings-Damm*, durch den die flüssigen Abfälle zu einem See aufgestaut werden. Das Uranerz wird heute nur im Tagebau abgebaut, die Grube soll im Endstadium 5 km lang, 1 km breit und 400 m tief sein.

Die Produktion wird offiziell mit 5.000 t Uranoxid im Jahr angegeben. Kenner schätzen die wirkliche Produktion aber auf das Doppelte, auf annähernd 10.000 t.[8] Bereits 1977 hat der südafrikanische Wissenschaftler W. Thomas, der zu weitreichenden Detail- und teilweise auch Geheiminformationen Zugang hatte, diese Zahl angegeben.[9]

Der Abbau bei Rössing ist, angesichts des niedrigen Urangehalts, mit enormen Gesteinsbewegungen verbunden, die sich Schätzungen zufolge auf 1,75 Millionen t wöchentlich belaufen. Um diese Dimension etwas faßbarer zu machen: Auf Güterwaggons verladen, würde dies einen Zug von der Länge Hamburg - München füllen. Pro Tag werden durchschnittlich 69 Sprengungen mit jeweils ca. 750 kg Dynamit vorgenommen. Mit riesenhaften Fahrzeugen (z.T. 170-Tonnern) wird das Erz abtransportiert. Die LKWs passieren automatische Meßgeräte, die dem Fahrer signalisieren, wie hoch der Uran-Gehalt

im Erz ist, anschließend kommt es zur Weiterverarbeitung oder wird gleich auf Halde geschüttet.

Das Erz, dessen Uran-Gehalt hoch genug ist, wird in Zerkleinerungsmühlen in mehreren Arbeitsgängen auf Körnergröße von 4 mm zermahlen, wobei eine riesige radioaktive Staubwohlke frei wird. Der „Windhoek Observer" beschreibt das so: „Bei schönem Wetter kann man ein sehr auffälliges Statussymbol der Rössing-Mine sehen. Auf dem Weg vom Inland her erspäht der müde Reisende ... in 100 km Entfernung eine riesige Wolke. Diese Wolke ist einige hundert Meter hoch und etliche Kilometer lang. ... Sie sieht aus wie ein Atompilz und ist offensichtlich auf der Mine durch exzessiven Gebrauch von Dynamit zur Lockerung des Felsgesteins entstanden. Eine weitere riesenhafte Wolkenformation erscheint rund 60 km vor Swakopmund und kommt von den Gesteinsmühlen. Manchmal sieht man sie spät in der Nacht in gelbem Schein. ... Der aufsteigende Staub kommt offensichtlich von Material, das Uran enthält."[10]



Namibia

Unter Zugabe von Schwefelsäure, Mangandioxid und Wasser wird der Verarbeitungsprozeß in Gang gesetzt, u.a. in riesigen offenen — und damit strahlenden — runden Becken von bis zu 68,6 m Durchmesser. Der anfallende Schlamm wird in den *Tailings-Damm* gepumpt. In verschiedenen Arbeitsgängen wird schließlich Uranoxid gewonnen (im Insider-Jargon wegen seiner gelben Farbe auch *Yellow Cake* genannt), das als Endprodukt die Mine verläßt.[11]

Ökologische Auswirkungen

Nach offiziellen Angaben von Rössing fallen beim Uranabbau täglich 40.000 t feste sowie 80.000 m³ flüssige Abfälle an. Der Frischwasserverbrauch der Mine ist mit 23.000 bis 25.000 m³ pro Tag größer als der der 100.000-Einwohner-Stadt Windhoek. Es besteht hier die Gefahr, daß der Grundwasserspiegel der Minen-Umgebung stark absinkt. Die Flüssigabfälle enthalten Schwefelsäure und andere, z.T. hochgiftige Chemikalien. Um eine Tonne Uranoxid zu gewinnen, werden zwischen 500 und 2.000 t Schwefelsäure gebraucht. Bei einer Jahresproduktion von 10.000 t Uranoxid ist demnach schon die nicht-radioaktive Umweltverschmutzung fast unvorstellbar.

Aus Abraumhalde und Tagebaugrube werden vor allem durch die Staubentwicklung bei Sprengen, Zermahlen, Auf- und Abladen radioaktive Stoffe frei. Diese Stoffe sind hauptsächlich Zerfallsprodukte des Uran-Isotops U-238, die hochgefährlichen Elemente Thorium 230, Radium 226 und Radon-Gas. Vor allem das Radon-Gas entströmt in großen Mengen den Halden und der Grube und wird durch die starken Wüstenwinde über riesige Strecken verteilt. Es wird voraussichtlich noch für die nächsten 100.000 bis 1 Mio. Jahre abgestrahlt werden.

Andere radioaktive Partikel werden ebenfalls vom Wind fortgetragen, bleiben auch zum Teil im täglichen Nebel über der Namib und dem Ozean hängen und schlagen sich auf dem Boden nieder. Der „Windhoek Observer" beschreibt dieses „Szenario": „Entweder, der ‚fall-out' schlägt sich über dem Landesinneren nieder, oder, wenn er die Küste erreicht, dort, zum Beispiel bei heftigen Sandstürmen, wenn der heiße Wüstenwind bläst. Die morgendlichen Nebelbänke an der Küste sorgen täglich für einen starken Tauniederschlag. Sie setzen sich auf den Pflanzen und am Boden ab und sehen aus wie gleichmäßig verteilter Staub am Küstensaum."[12]

Die flüssigen Abfälle werden durch den *Tailings-Damm* zu einem See aufgestaut, der im Endstadium des Abbaus eine Oberfläche von 12 km² haben wird. Er soll nach Ende des Uran-Abbaus ausgetrocknet sein. Es gelangen so nicht nur giftige Chemikalien (z.B. SO^2, bei uns ein Hauptverursacher des Waldsterbens) in die Luft, sondern, da der *Tailings-Damm* keinen undurchlässigen Boden besitzt und nur mit einem Erdwall abgeschlossen ist, wird radioaktives Material in den Wasserkreislauf gelangen. Dies ist umso gravierender, wenn man bedenkt, daß der Khan-Fluß in der Nähe ist und durch ihn sowohl der Swakop als auch der Ozean radioaktiv verseucht werden. Um noch einmal den „Windhoek Observer" zu zitieren:

„Am Zusammenfluß von Khan und Swakop wird der Boden verseucht. Wenn es dann ausnahmsweise einmal stark regnet, wird die bereits hochradioaktive Bodenschicht in die Flüsse fortgewaschen und sinkt dort unverdünnt nach unten, möglicherweise bis in das Grundwasser. Doch das Swakopmunder Wasserreservoir ist abhängig von dem Wasser aus diesen beiden Flüssen, ebenso wie vom Kuiseb-Wasser."[13]

Der Super-GAU von Tschernobyl hat gezeigt, über welche Entfernungen sich Radioaktivität ausbreiten kann. Vor allem zur Regenzeit dürfte die Bodenbelastung und damit die Verseuchung der Nahrungskette nicht nur in Namibia, sondern auch in den Nachbarländern und vor der Küste, wo sich einer der reichsten Fischgründe der Welt befindet, erschreckende Ausmaße annehmen.[14]



Die Konzernstrategie gegenüber den Arbeitern

Die rücksichtslose Ausbeutung der Uranvorkommen durch Rössing ist ebenso wie die Ausbeutung der namibischen und ausländischen Arbeiter kennzeichnend für die Dringlichkeit, mit der Rössing seine Profite zu maximieren versucht.

Die Rössing-Mine liegt im Damara-Land, einem der „Homelands" von Namibia. Um sowohl das Prinzip „Teile und herrsche" praktizieren zu können, als auch für Südafrikas „Homeland"-Propaganda entsprechendes Material zu liefern, wurden die *Damara* (8,5 % der Gesamtbevölkerung) bei Rössing ursprünglich bevorzugt behandelt. In ihnen wollte der Konzern eine dauerhafte und zuverlässige Arbeiterschaft heranziehen, der man auch eine entsprechende, verwendungsorientierte Bildung verschaffen konnte, die einerseits das öffentliche Image des Konzerns verbessern und andererseits eine schwarze Kollaborateurs-Elite entwickeln sollte, die — wie in so vielen Ländern Afrikas — ein Garant für den weiteren Einfluß des ausländischen Kapitals wäre. Dem gleichen Zweck dient auch die mit viel Propagandaaufwand agierende Rössing-Stiftung[15], die angeblich das nationale Bildungssystem fördern, in Wahrheit aber ein günstigeres Klima für die als freie Marktwirtschaft ausgegebene Modernisierung des Kolonialismus innerhalb der Bevölkerung schaffen soll.[16]

Die Rechnung mit den Damara ging aber insofern nicht auf, als diese 1976 wegen der schlechten Arbeitsbedingungen in Streik traten. Die Reaktion von Rössing war, Wanderarbeiter, vor allem aus Nord-Namibia, aber auch als Malawi und Süd-

afrika, einzustellen. Durch die Anwendung des Wanderarbeitersystems ist klar, daß von Rössing-Verantwortlichen kein Versuch unternommen wird, die in der Mine Arbeitenden zu registrieren oder ihre Gesamtbelastung durch radioaktive Strahlung zu erfassen. Eine derartige Registrierung ist heutzutage Pflicht in Ländern wie den USA, entsprechend der Erkenntnis, daß Uranbergleute einem vielfach höheren Krebsrisiko unterliegen. Die Wanderarbeit ist als die extreme Form industrieller Ausbeutung im südlichen Afrika bekannt, Wanderarbeiter sind der Willkür stärker ausgeliefert als Ortsansässige und können zu den übelsten Arbeiten herangezogen werden. Die RTZ bestreitet diese Praxis, als Hauptbetreiber von Rössing will sie sich das Image eines besonders sozial engagierten und fortschrittlichen Unternehmens zulegen.

Die Situation der Arbeiter

Rössing hat insgesamt ca. 3000 Beschäftigte, davon über 2000 Afrikaner. Von diesen sind nur noch 470 ortsansässige Damara, der Rest sind Wanderarbeiter. Die Weißen stellen das Aufsichts- und Büropersonal, Schwarzafrikaner die Arbeiter, die bis 1978 auf Tagelohnbasis bezahlt wurden, während die Weißen Monatsgehälter erhielten.[17]

Seit der Zeit wurde das Lohnsystem geändert und die Rassentrennung formal aufgehoben, doch eine Aufschlüsselung zeigt, daß 99 % der Schwarzen in den unteren Lohngruppen rangieren, davon die weitaus meisten mit einem Verdienst von maximal 490 Rand im Monat.[18] Die Mehrzahl der Weißen (77) dagegen bewegt sich in der Einkommensskala zwischen 700 und 2000 Rand. Die neue Lohnordnung ist also eine rein kosmetische Änderung, die Diskriminierung der Afrikaner ist geblieben. Rössing dagegen verbreitet in einer Propaganda-Schrift: „Rössing hat es sich zum Ziel gesetzt, daß die Namibier, die den größten Teil der Arbeiterschaft stellen, allmählich die Positionen mit größerer Verantwortlichkeit übernehmen. Rasse, Farbe und ethnischer Ursprung spielen keine Rolle in der Beschäftigungspolitik. Es wird das System gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit praktiziert."[19]

Die nachfolgende Darstellung der Arbeitsbedingungen bezieht sich auf ältere Angaben, da neue Daten nicht verfügbar sind: „Die reguläre Wochenarbeitszeit lag damals (1976) bei 44 bis 48 Stunden, Schwarze mußten häufig von 7 Uhr morgens bis 20 Uhr abends arbeiten. Wegen der extrem langen Arbeitszeiten bekamen die Arbeiter häufig nichts zu essen, weil die Kantine gerade geschlossen war: Morgens sollten sie schon um 5 Uhr aufstehen, um Frühstück in der Kantine zu bekommen ... Zumindest, was die Wanderarbeiter aus dem Norden Namibias angeht, so klagen sie noch immer darüber, daß sie um viele betriebliche Leistungen einfach geprellt werden." Dafür hat Rössing aber für seine Angestellten mitten in der Wüste einen Golfplatz eingerichtet, dessen englischer Rasen aus dem Swakop bewässert wird."[20]

Die Arbeiter sind nur in der Endphase des Verarbeitungsvorgangs mit Schutzkleidung ausgestattet, eine Besucherin beschrieb die Situation in der Grube so: „Viele der schwarzen Arbeiter, die Bohr- und Lademaschinen in der Grube bedienen, haben sich ... einen Mund- und Nasenschutz aus Taschentüchern und Kleiderfetzen improvisiert."[21]

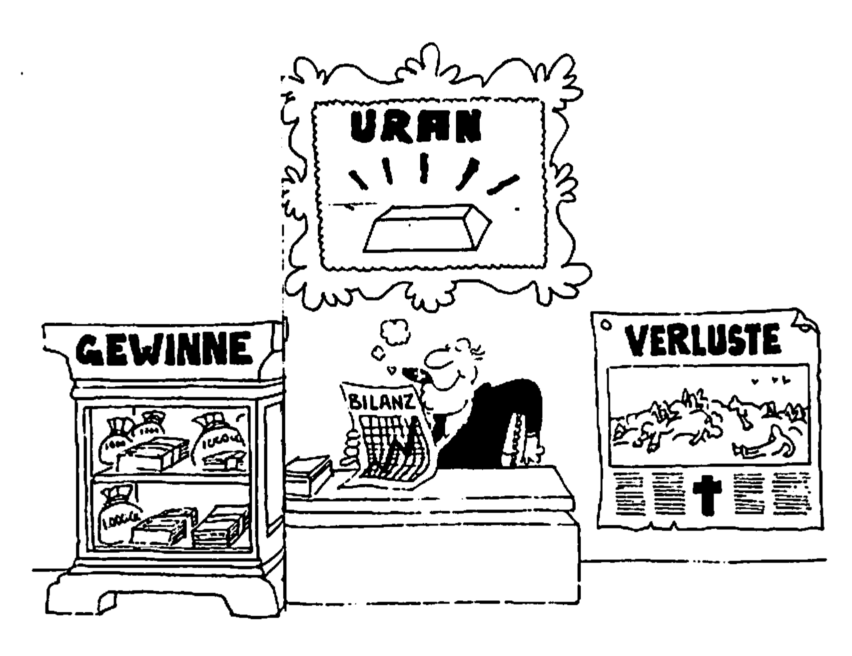
Die Arbeiter berichten über ihre Lage: „Wenn wir im Freien unter der heißen Sonne und im Uranstaub der Mahlwerke arbeiten, sind wir ständig den Wirbelwinden der Wüste ausgesetzt. Infolgedessen ist unser Körper so mit Staub bedeckt, daß man uns kaum wiedererkennt. Wir atmen den Uranstaub in unsere Lungen ein, so daß viele von uns die Auswirkungen schon am eigenen Leibe zu spüren bekamen."[22]

Arbeitsunfälle mit Todesfolge werden bei Rössing mit 400 Rand an die Angehörigen „entschädigt"[23], und längere Krankheit wird mit Entlassung beantwortet. Bis 1980 gab es überhaupt nur ein Krankenhaus in Swakopmund, das für Schwarze verboten war.

Wenn man bedenkt, daß die Zahl der Arbeitslosen in Namibia mittlerweile die Zahl von 85.000 = 22 % (1983)[24] erreicht hat, wobei von den Beschäftigten 45 % Hilfskräfte und ungelernte Arbeiter waren, nimmt es nicht wunder, daß Rössing immer noch Arbeiter findet, die sich zu alledem noch eine miserable Unterbringung auf dem Werksgelände gefallen lassen müssen: oft bis zu 16 Personen in einem Raum, Mobiliar wird keines gestellt. „Die schwarzen Arbeiter beklagen sich vor allem über die häufigen Razzien durch die Polizei, die frühmorgens durchgeführt werden, wenn die Arbeiter noch schlafen. Die Polizisten sind mit Schlagstöcken und Hunden ausgerüstet und lassen Geld sowie die kleinen persönlichen Habseligkeiten der Schwarzen mitgehen."[25]

In unmittelbarer Nähe der Mine wurde mittlerweile die Stadt Arandis gebaut, deren auf fünfköpfige Familien angelegte Häuser zwar wesentlich besser, aber mit durchschnittlich 15 Personen überbelegt sind.[26]

Mehrfach kam es schon zu Streiks, so



im Jahr 1978, an dem sich alle 2.000 schwarzen Arbeiter beteiligten. Die zunehmende gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter wird mit allen Kräften behindert: Offiziell verkündet Rössing natürlich, daß Gewerkschaften willkommen seien, bestreitet aber den Willen der Arbeiter, eine solche überhaupt zu gründen.[27] Dagegen wird die nationale Gewerkschaft Namibias (NUNW) nicht anerkannt, SWAPO-Angehörige werden durch die Werkspolizei verfolgt und aus dem Betrieb entlassen. Die Belegschaft ist mit Spitzeln durchsetzt.

Die Bezieher des Rössing-Urans

Bezieher des Namibia-Urans sind fast alle westeuropäischen Länder, sowie Japan und einige weitere außereuropäische Länder, wie z.B. Taiwan. Die europäischen, meist staatlich kontrollierten Stromversorgungsunternehmen beziehen das Uran über EURATOM, das wiederum der Kontrolle des EG-Ministerrats untersteht, der bislang aber noch keine Einwände gegen das illegale Geschäft geäußert hat. Da das Namibia-Uran überdurchschnittlich teuer ist, zeitweise sogar 50 % über dem Weltmarktpreis, konnte der Betrieb von Rössing nur mit wirtschaftlichen und politischen Manipulationen zustande kommen.[28]

Zudem waren die Empfängerländer oft aus außerökonomischen, z.B. militärischen Gründen bereit, weit höhere Preise als auf dem Weltmarkt zu zahlen, da Namibia-Uran keinen internationalen Kontrollen unterliegt.

Bis 1980 betrug der Anteil des Namibia-Urans am gesamten Uranbedarf Großbritanniens 50 %. Die BRD bezog 30 % des Urans aus Namibia, zusammen mit den Lieferungen aus Südafrika fast die Hälfte des gesamten Imports.

Dem Uran-Kartell gelang es, viele Abnehmer in Langzeitverträge einzubinden. Durch diese Lieferbedingungen war Rössing bislang vom Uran-Markt und dem Niedergang der Preise seit Anfang der 80er Jahre weitgehend unabhängig. Da u.a. Großbritannien den 1984 ausgelaufenen Liefervertrag nicht verlängerte[29], kommt Rössing allerdings allmählich in Schwierigkeiten, da der Weltmarktpreis für Uran Ende 1982 bei 17 Dollar/Pfund lag, während die Durchschnittspreise bei Rössing bei 31 - 33 Dollar/Pfund liegen. „RTZ verhandelt derzeit mit verschiedenen Kunden — z.B. Taiwan — die (aufgrund ihrer politischen Isolation oder aus militärischen Interessen heraus) bereit sind, bis zu 35 Dollar/Pfund für Uranoxid zu zahlen und versucht, als ein Lockmittel wegen der überhöhten Preise, den Kunden auch Anreicherungsmöglichkeiten zu verschaffen, die sonst nicht verfügbar sind."[30]

Die bundesdeutschen Abnehmer waren durch die Langzeitverträge ebenfalls gezwungen, mehr Uran zu kaufen, als sie bei dem stagnierenden AKW-Ausbau eigentlich brauchten. Allein bei NUKEM liegen ca. 1300 t angereichertes Uran zu hohen Lagerkosten auf Halde.[31] Bezahlt wird das vermutlich von den Steuer- und Stromzahlern.

Der Abbau des Erzes und der Verkauf von „Yellow Cake" hat den an Rössing beteiligten Konzernen bis Anfang 1982 allein Profite von schätzungsweise 1,32 Milliarden US-Dollar eingebracht. Doch das ist bei weitem noch nicht alles, denn an der Weiterverarbeitung verdienen auch weitere Unternehmen, die z.T. mit dem Uran-Kartell eng verflochten sind, mit. Das Uran wird mit Schiff und zeitweilig per Flugzeug nach Europa gebracht. In den USA, Frankreich und Großbritannien wird es umgewandelt in Uran-Hexafluorid, was bis 1982 nochmals mehr als 100 Mio. Dollar Gewinn abwarf, anschließend wird es angereichert. Ursprünglich wurde die Anreicherung nun in den USA und der UdSSR durchgeführt, mittlerweile verfügen auch die Westeuropäer über Anreicherungsanlagen: In Sellafield (GB) z.B. wird Namibia-Uran verarbeitet. Die Sowjetunion beteiligt sich ebenfalls am Geschäft mit dem Namibia-Uran.

Das Anreicherungsverfahren hat für die beiden Supermächte bis 1982 insgesamt 1,123 Milliarden Dollar Profite abgeworfen. 70 % der gesamten Anreicherungsleistungen für die Bundesrepublik wurden von der Sowjetunion geliefert.[32]



SWAPO-Anhänger in Windhock, Dezember 1978

Rössing und die Wirtschaft Namibias

Angesichts der immensen Gewinne, die die Betreiber schon kassiert haben, lohnt sich ein Blick aus Namibias wirtschaftliche Situation: Seit 35 Jahren ist ein Niedergang der Landwirtschaft zu verzeichnen.[33] Auch der Bergbau warf angeblich nicht mehr so viel ab wie in früheren Jahren.[34] Offiziell wird hier der Preisverfall auf dem internationalen Uranmarkt vorgeschoben, von dem Rössing in der Vergangenheit aufgrund der Langzeitverträge jedoch kaum betroffen war. Das Steueraufkommen aus Namibias Bergbausektor ist minimal. Rössing selbst mußte überhaupt erst Steuern zahlen, nachdem es seine Investitionen von angeblich ca. 630 Mio. Dollar wieder herausgewirtschaftet hatte, offiziell erst 1982.[35] Obwohl der Konzern, wie auch namibische Zeitungen bestätigen, bis zu diesem Zeitpunkt bereits Gewinne von 1,32 Milliarden Dollar kassiert hatte.[36] Die deutschsprachige Zeitung „Allgemeine Zeitung" aus Windhoek berichtet am 10. 3. 1986: „Die Firma (Rössing) konnte Kapitalausgaben abschreiben, bevor die Einkommen versteuert wurden. Aber das Verkehrswesen gab zwei Mrd. Rand für den Bau von Straßen zur Rössing-Mine aus."

Dabei ist das Steueraufkommen kaum zu überprüfen, da die Steuern an Südafrika gezahlt werden.[37] Südafrika zahlt dem namibischen Haushalt dann Gelder zurück, teilweise als „Zuschüsse", teilweise als „Darlehen".[38]

Das Ergebnis ist eine ständig wachsende Staatsverschuldung Namibias beim südlichen Nachbarn. So konnte Namibia von einem Haushaltsvolumen von 1,008 Mrd. Rand 1983/84[39] nur 539 Mio. aus eigenen Quellen aufbringen. Südafrika stellte einen nicht rückzahlbaren Betrag von ca. 240,8 Mio. zur Verfügung. „Weitere 195 Mio. Rand entfallen auf einen noch aus dem letzten Finanzjahr verfügbaren Kredit in Höhe von 15 Mio. R sowie auf neu aufzunehmende Kredite in Höhe von 180 Mio. Rand ... Machten die Einnahmen aus eigenen Quellen ... 1979/80 noch 86 % der Gesamteinnahmen aus, so liegt diese Quote 1983/84 nur noch bei rd. 55 %. Sie könnte sich nach den Berechnungen bis 1987/88 sogar auf 29 %

verringern."[40]

1985 beliefen sich die Auslandsschulden Namibias bereits auf 600 Mio. R.[41]

Im Zusammenhang mit Namibias wachsender Verschuldung ist aufschlußreich, daß das Bruttosozialprodukt regelmäßig 30 % unter dem Bruttoinlandsprodukt, ein deutlicher Beleg für den Abfluß eines großen Teils von Namibias Reichtum ins Ausland.[42] Namibia exportiert 100 % seiner Bergbauprodukte und fast die gesamten, auf dem kommerziellen Farmsektor produzierten Lebensmittel, letztere überwiegend nach Südafrika, von wo das Land seinerseits fast 95 % aller Konsum- und Investitionsgüter importiert.

Ziel dieser Verfahrensweise dürfte sein, daß Südafrika Namibia wirtschaftlich so in die Hand bekommen will, daß auch eine SWAPO-Regierung sich aus dieser Abgängigkeit in absehbarer Zeit nicht befreien könnte und wirtschaftliche Nachsicht mit politischem Wohlverhalten erkaufen müßte.

Die SWAPO ihrerseits kündigte schon im Oktober 1981 die Verstaatlichung von Rössing nach ihrer Regierungsübernahme an[43], fügte aber mittlerweile auch die Möglichkeit einer völligen Schließung der Mine hinzu.[44] Es ist nur zu hoffen, daß hier die Vernunft siegt und die SWAPO letztere Möglichkeit in die Tat umsetzt, um ökologische und gesundheitliche Schäden zu begrenzen. Tschernobyl hat es eigentlich hinreichend deutlich gemacht, daß Atomkraft generell menschenfeindlich ist, und die einzige rationale Reaktion darauf muß der weltweite Ausstieg aus der Kernenergie sein.

Anmerkungen:

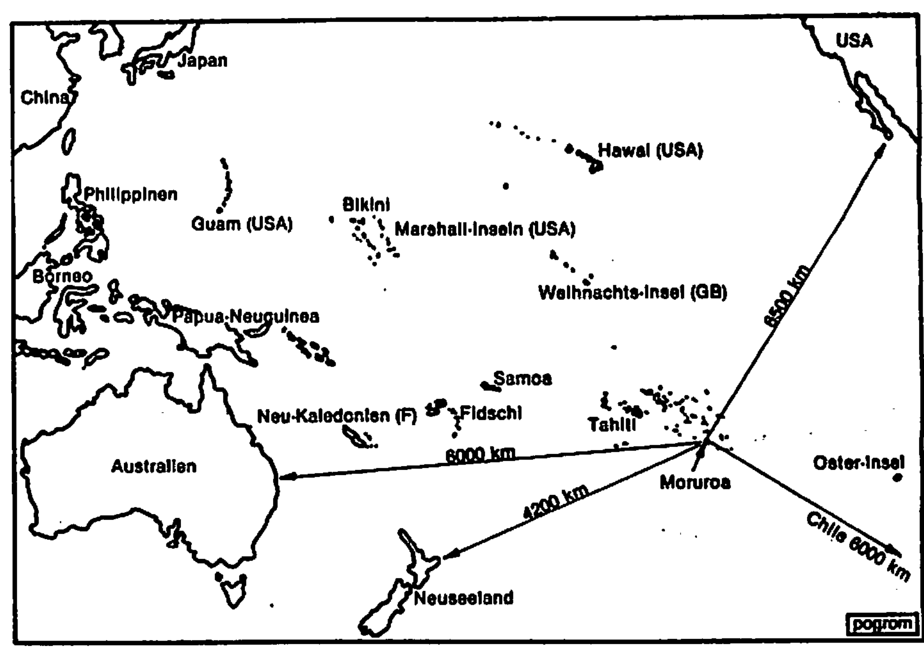
1. Der südafrikanische Diamanten-Gigant de Beers hat heute im Gewand der Consolidated Diamond Mines (CDM) eine Monopolstellung in der Diamantensschürfung in Namibia, ein weiterer Großbetrieb ist die Mine in Tsumeb, die Kupfer und andere Metalle produziert und verarbeitet
2. W. Lund, Rössing und das illegale Geschäft mit dem Namibia-Uran, Köln 1984, S. 312
3. Zur Tätigkeit von RTZ in Panama s. Pogrom 104, 1983, S. 55, in Australien, s. J. Robert, Nach Völkermord: Landraub und Uranbbau, Reihe Pogrom 1003, S. 73 ff.
4. Da RTZ als Hauptbetreiber immer wieder ins Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik geriet, stammen die meisten — als Rechtfertigung gedachten — Angaben zu Rössing vom Mutterkonzern selbst.
5. s. auch die Erklärung der AAB vom 26.8.1979, abgedruckt in: H. Melber (Hg.), Namibia — Kolonialismus und Widerstand, edition südliches afrika 8, Bonn 1981, S. 127
6. I. Wilkins, H. Strydom, The Super-Afrikaners, Inside the Afrikaner Broederbond, Johannesburg 1980, S. 425
7. UN Department of public information (Hg.) Objective: Justice, 2, 1982 (Special issue on Namibia), S. 30
8. AG gegen die militärisch-nukleare Zusammenarbeit der BRD mit Südafrika und in der Anti-Apartheid-Bewegung Gruppe Bremen (Hg.), Uranabbau in Namibia, Bremen 1982 (Im folgenden zitiert als „Uranabbau") S. 38
9. W. Thomas, Economic Development in Namibia, München-Grünwald 1978 S. 256
10. Windhoek Observer, 16.10.1982, zit. nach Lund S. 65
11. s. die ausführliche Darstellung des Abbaubetriebs und der ökologischen Folgen bei Lund, S. 46—67 u. in Uranabbau, S. 37—71
12. ebd.
13. ebd.
14. Messungen der Radioaktivität in den betreffenden Gebieten liegen meines Wissens nicht vor. Auch in der Literatur zu Rössing werden nirgendwo Messungen erwähnt.
15. s. z. B. den Artikel „Arandis for ever?" in: Deutsche SWA Namibia-Vereinigung e. V. (Hg.), Namibia: Wirtschaft Nr. 6, 1986, S. 5 ff
16. Allgemeine Zeitung, Windhoek 13.4.1983
17. Rogers, in: Melber, Namibia S. 123
18. 1982 war das Verhältnis von Rand zu DM noch etwas mehr als 2 : 1; mittlerweile liegt es bei 1 : 1. Die Angaben zu den Löhnen sind von 1982. Neuere Zahlen liegen nicht vor.
19. s. Namibia: Wirtschaft (Anm. 23) S. 3
20. Davon konnte ich mich 1981 bei einem Aufenthalt in Namibia selbst überzeugen
21. Rogers, in: Melber, Namibia S. 124
22. Brief der Rössing-Arbeiter vom Dezember 1979, zit. nach Lund S. 72, ähnliches auch bei Horvey, Namibia's Stolen Wealth (Anm. 10) S. 22 f.
23. Rogers, in: Melber, Namibia S. 120, 400 Rand waren damals umgerechnet 1000 DM
24. Pressedienst Namibia Nr. 40, 1983 — neuere nicht verfügbar
25. Rogers, in: Melber, Namibia, S. 118
26. W. Lund, S. 83 ff
27. Pressedienst Namibia, Nr. 40, 1983
28. Lund S. 144
29. Blick durch die Wirtschaft 31.10.1984
30. Africa Contemporary Record 15, 1982/83, eigene Übersetzung
31. Lund, S. 153; RTZ ist auch an NUKEM mitbeteiligt, s. Lund S. 105
32. Lund S. 100
33. Allgemeine Zeitung, Windhoek 4. 10. 1983; Nordwest-Zeitung, Oldenburg, 11. 1. 1984
34. Pressedienst Namibia Nr. 35, 1983, RTZ spricht 1983 in ihrem Halbjahresbericht von fallenden Gewinnen, in: Handelsblatt 20. 10. 1983
35. Wahrscheinlich liegen die Investitionen wesentlich niedriger, bei etwa 380 Mio., da ein beträchtlicher Teil der Investitionen nicht von Rössing kamen, sondern Zuschüsse waren, u. a. von Südafrika und — über die Urangesellschaft — auch von der BRD, Lund, S. 124
36. Das konkrete Steueraufkommen Rössings findet sich in der namibischen Tagespresse nirgendwo genau aufgeschlüsselt — im Gegensatz zu dem der Diamantenindustrie — sondern nur innerhalb des „übrigen Bergbaus" mitgezählt. Offenbar liegen keine genauen Angaben dazu vor. Vgl. Allgemeine Zeitung, Windhoek 9. 6. 1983
37. Bei der UNO-Anhörung zu Namibia wurden Südafrikas gesamte Profite aus dem Rössing-Uran auf 500 Mio. Dollar pro Jahr geschätzt, Objective: Justice, S. 35
38. Handelsblatt 30. 9. 1982
39. Ein überdurchschnittlich hoher Anteil des Haushalts betrifft die Verwaltungsausgaben, da durch die verschiedenen Regierungsebenen, die zentrale und 11 ethnische das Land völlig überverwaltet ist, freilich ohne echte Entscheidungsbefugnis der „Regierungen", da die Entscheidungen nach wie vor beim südafrikanischen General-Administrator liegen.
40. Nachrichten für Außenhandel 19. 9. 1983, ähnlich schon das gleiche Blatt ein Jahr zuvor, 27.7.1982
41. Handelsblatt 26. 7. 1985, Das Verhältnis Rand zu DM: 1 : 1, s. auch Allgemeine Zeitung, Windhoek 26. 5. 1983
42. M. Vesper, Überleben in Namibia, „Homelands" und kapitalisitsches Weltsystem, ISSA Wissenschaftliche Reihe 17, Bonn 1983, S. 176
43. Deutsche Welle — Monitor-Dienst 23. 10. 1981
44. The Namibian 25. 10. 1985
45. z. B. in Objective: Justice S. 29 f, Rotberg, Namibia: Political and Economic Prospects, Lexington, Mass. 1982, S. 108f., R. H. Green Namibia, A Political Economic Survey, Institute of Development Studies (Discussion paper), Brighton 1979 sieht ebenfalls in RTZ den Hauptanteilseigner, wenn auch nicht der stimmberechtigten Aktien, s. S. 39. Ebenso G. Horvey, Namibia's Stolen Wealth, North American Investment and South African Occupation, New York 1982, S. 22; ebenso W. W. Nyangoni, The O.E.C.D. and western mining multinational Corporations in the Republic of South Afrcia, Wash. D. C. 1982, S. 131
46. in: Uranabbau S. 29

Red. / Christoph Marx

Französisch-Polynesien

Frankreichs Kolonie im Südpazifik

Nach übereinstimmender, hartnäckig wiederholter Aussage aller französischen Politiker gehört Französisch-Polynesien zu Frankreich. Auf den ca. 120 Inseln und Atollen leben 166.000 Menschen, etwa die Hälfte davon auf Tahiti, der größten Insel. Frankreich ist hier durch den hohen Kommissar vertreten, der in allen wichtigen Punkten das Sagen hat. Das französische Interesse an Französisch-Polynesien bedingt den Anspruch auf politisch-militärische Unabhängigkeit und Größe, symbolisiert und materialisiert durch die *Force de Frappe.* Auf Moruroa und Fangataufa testet Frankreich seine Atomwaffen. Seine Präsenz im Südpazifik sichert es durch einen Luftwaffen- und atomaren U-Boot-Stützpunkt auf Neu-Kaledonien ab.



Zur Geschichte Französisch-Polynesiens

Tahiti wurde 1767 vom englischen Kapitän Samuel Wallis entdeckt. Der Engländer Cook und der Franzose Bougainville landeten wenig später, bald gefolgt von einer langen Reihe von Walfisch-Fangbooten, die hier auf dem Weg nach neuen Fanggründen in der südlichen Hemisphäre Proviant an Bord nahmen. Als „Gegenwert" ließen sie neben wertlosen Glasperlen u.ä. vor allem Feuerwaffen, Alkohol und bisher unbekannte Krankheiten zurück, so daß die Bevölkerung gegen Ende des 18. Jahrhunderts auf ein Zehntel, nämlich 15.000 Menschen, dezimiert war.

1797 gingen vier Missionare der „London Missionary School" mit Kind und Kegel in Tahiti an Land und „bekehrten" in kaum 20 Jahren die Bevölkerung von Tahiti und der umliegenden Inseln zur anglikanischen Kirche und — mit weniger Erfolg — zum englischen „way of life". Noch heute gehören ca. 80 % der Polynesier der protestantischen Kirche an, englische Namen sind nicht selten. An Polynesien als Kolonie war Großbritannien jedoch wegen der Zerstreutheit der Inseln und fehlenden Bodenschätzen nicht interessiert.

Das Frankreich der Juli-Monarchie hingegen sah hier auf Vorschlag von Admiral Dupetit-Thouars einen idealen Ort zur Errichtung von Sträflingskolonien, Tausende von Kilometern von allen Kontinenten entfernt. Erst wurden die Marguisen-Inseln, dann Tahiti (1842) zum französischen Protektorat erklärt. Zwei Jahre später, 1844, begannen die Maohi, die Einwohner Polynesiens, sich gegen die französische Herrschaft in einer Art Guerilla-Krieg zu wehren, in dem die französischen Militärs erst nach drei Jahren obsiegten. Königin Pomare IV. spielte von da ab eine eher dekorative Rolle. 1880 dann trat der tahitianische König Pomare V. sein Hoheitsgebiet, die „Iles de Société und abhängige Gebiete" (bei weitem nicht ganz Polynesien) unter dem Druck akuter persönlicher Finanzprobleme an Frankreich ab. Die drei im damaligen Annexions-Vertrag aufgeführten Bedingungen, die die Vollmachten der Kolonialmacht einschränkten, wurden jedoch nie respektiert:

1. tahitianisches Gewohnheitsrecht und Sitten sollten gewahrt werden;
2. lokale, ortsansässige Gerichte sollten über geringfügigere Rechtsstreitigkeiten entscheiden;
3. und, am wichtigsten, alle Rechtsprechung hinsichtlich ‚Landnutzung und -besitz sollte in den Händen der Gerichte des ursprünglich dort ansässigen Maohi-Volkes bleiben.

Das Kolonialrecht und die koloniale „Recht"-Sprechung

Die Nicht-Beachtung dieses 3. Punktes des Annexions-Vertrages stellte für die Zukunft eine der wichtigsten Konfliktquellen zwischen Kolonialmacht und Maohi-Volk dar.

Überlieferung und Gewohnheitsrecht des Maohi-Volkes kennen kein individuelles **Eigentum an Land.** Das Land besaß die Familie, die es nutzte, und auch nur solange sie es nutzte. Verkauf war nicht möglich. Da das Maohi-Volk in seiner übergroßen Mehrheit nicht Französisch sprach und spricht, verstand es jedoch nicht, was französische Siedler und Gerichte vertragswidrig mit seinem Land anstellten. So kam z.B. das Land, das eine Familie bewirtschaftete, unter den Hammer, wenn man die Familie, die sich durch

„Weint, unglückliche Tahitianer, weint ruhig; aber weint über die Ankunft und nicht über die Abfahrt dieser ehrgeizigen und bösen Menschen. Eines Tages werdet ihr sie besser erkennen. ... Eines Tages werden sie wiederkommen, um euch in Ketten zu legen, euch niederzumachen oder euch ihren Ausschweifungen und Lastern zu unterwerfen. Eines Tages werdet ihr unter ihnen dienen, ebenso verdorben, niedrig und unglücklich wie sie."

(Denis Diderot (1713 - 1784), im „Nachtrag zu Bougainvilles Reisen")

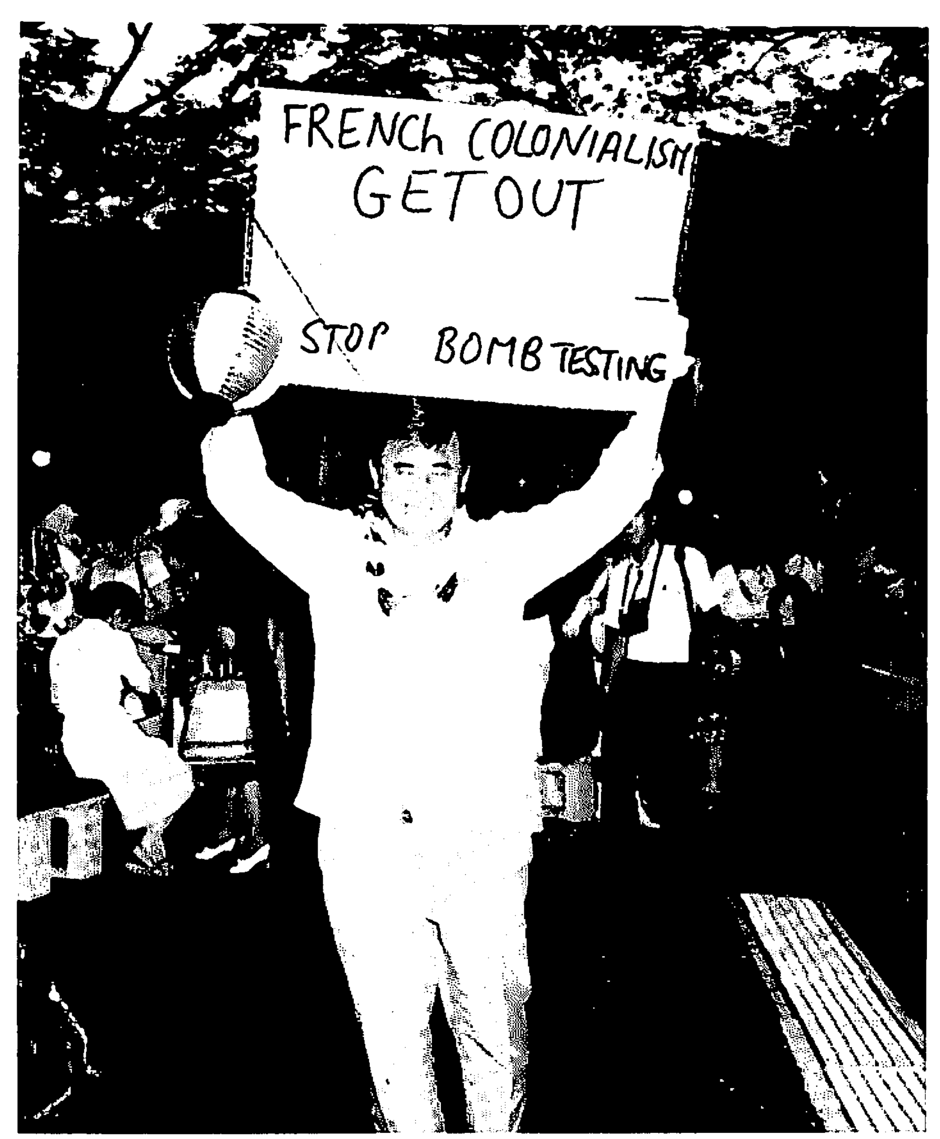
„Ein einziges Jahr (1985) wird ohne Zweifel ebensoviel zum Unglück Frankreichs am anderen Ende der Welt beigetragen haben, wie die hundert voraufgehenden."

(R.P. Paringaux in „Le Monde", 3.4.1986)

Landwirtschaft zwar ernährte, aber kein Geld erwirtschaftete, dazu bringen konnte, z.B. für aus Frankreich eingeführte Waren Schulden zu machen, die sie dann nicht zurückzahlen konnte. Das so von Kolonialisten „erworbene" Land wurde häufig so lange brach liegengelassen, bis eine im französischen Recht festgelegte Einspruchs- oder Verjährungsfrist abgelaufen war. Die Existenz einer solchen Frist war den ursprünglichen Maohi-Nutzern unbekannt. Infolgedessen hatten sie von der Endgültigkeit des Vorganges keine Vorstellung. Nach Ablauf dieser Frist konnte der kolonialistische Besitzer dann mit dem Land spekulieren, etwa um Hotels o.ä. zu bauen... Obwohl ähnliche Fälle Legion sind, bekommen die Maohis vor den Gerichten, die sich entgegen dem Vertrag von 1880 einzig und allein auf französisches Recht stützen, nie Recht. (Das zeigte sich auch wieder bei einer Gerichtsverhandlung am 26. Februar 1986, der wir beiwohnten, und bei der drei ältliche Richter im Flüsterton, so, als ginge das die Zuschauer sowieso nichts an, Urteile am Fließband verlasen. Eines davon betraf den Fall Tuiro, die Klage einer Maohi-Familie auf Wiedererhalt ihres Landes. Landbesetzungen und ein viertägiger, symbolischer Hungerstreik, aktiv unterstützt von der Front Libération Polynésien, hatten das monatelange Verfahren begleitet. Nach Ansicht der Richter war bereits die Klage nicht zulässig. Der Muff von über 100 Jahren Kolonialrecht unter diesen Talaren ist eben (noch) undurchdringlich.

Der in Französisch-Polynesien gültige „Code du Travail", der nicht einmal das Streikrecht kennt, stammt von 1952. Auch die Regierung Mitterand hat ihn nicht durch ein fortschrittlicheres Arbeitsrecht ersetzt. Zwei Abkommen zwischen lokaler Regierung, Arbeitgebern und Arbeitnehmern vom 14. Oktober 1983 und 10. Juli 1984 sehen eine gewisse „Anpassung" an in Frankreich gültige Regelungen zum Schutz der Arbeitnehmer vor, ohne doch Gesetzeskraft zu haben. Auch wird der „fortschrittliche" Inhalt etwa desjenigen vom 14. 10. 83 zum großen Teil durch diverse Ausnahmevereinbarungen wieder in sein Gegenteil verkehrt: Es sieht u.a. die Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 39 Stunden vor. In Bäckereien, Friseursalons, Hotels, Einzelhandel, Krankenhäusern etc. kann die wöchentliche Arbeitszeit für dasselbe Gehalt jedoch zwischen 43 und 59 Stunden betragen!

Am 27. 10. 1983 brach darauf ein Streik im Hotelgewerbe aus. Der Grund: Die Angestellten dort arbeiteten 48 Stunden, wurden aber nur für 40 Stunden bezahlt. Diese unbezahlten Stunden bestanden nach Angaben des Hotelbesitzerverbandes aus sechs mal einer halben Stunde Mittagspause und fünf Stunden „freier Zeit". Der Streik dauerte 40 Tage und wurde von seiten der territorialen Regierung sowie der französischen Instanzen aufs Härteste unterdrückt: Gendarmen



Charlie Ching

mit Spezialtraining, ausgerüstet mit Tränengasgranaten, gingen gegen die Streikenden vor; Nicht-Streikende wurden ausgesperrt; der Hotelier-Verband weigerte sich, sich mit den Streikenden zu treffen oder gar über ihre Forderungen zu diskutieren. Als die Arbeitgeber nach 30 Tagen weiche Knie bekamen und Bereitschaft zu Verhandlungen zeigten, griff ihnen Gaston Flosse, schon damals Vizepräsident der Territorialregierung für die Gaullisten — helfend unter die Arme. Am 8. November hatte er erklärt, der Streik sei „die giftige Frucht der unverantwortlichen Handlungen und der Demagogie von in Subversion trainierten Gewerkschaftsführern ohne Basis..." Verhandlungen wurden auf diese Weise vermieden. Nach 40 Tagen erklärten die Arbeitgeber zusammen mit der Territorialregierung den Streik als beendet und entließen die Anführer. Ihr einziges Zugeständnis war eine stufenweise Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bis 1987 auf 42 Stunden.

Gaston Flosse machte es möglich: Einerseits setzte er die französische Regierung unter Druck mit der Drohung, wenn das Arbeitsrecht verändert werde, wenn der 400 Artikel umfassende Entwurf für einen neuen „Code du Travail" verabschiedet werde, lasse er in Französisch-Polynesien ein Referendum über die Atomtests durchführen. Andererseits fühlte er sich dem „Polynesischen Verband der Hotellerie und der Touristikindustrie" im eigenen Interesse aufs engste verbunden, da er mit dem Generalsekretär dieses Verbandes, Albert Moux, gemeinsam ein u.a. Hotels vermittelndes Reisebüro „Vahine Tahiti Travel" betreibt.

Das „Statut" von Französisch-Polynesien

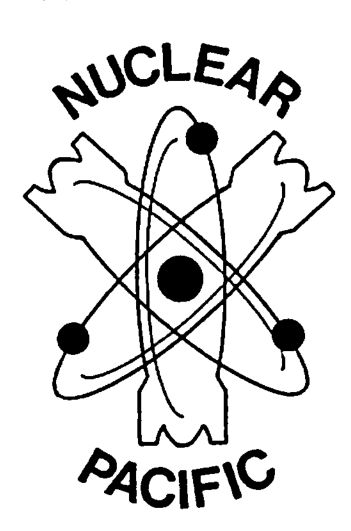
Der Hohe Kommissar, Repräsentant Frankreichs, ist mit der „Wahrnehmung der nationalen Interessen, des Respekts der Gesetze, der öffentlichen Ordnung und der administrativen Kontrolle" beauftragt. Darüberhinaus sind die Instanzen des (französischen) Staates, nicht die Territorial-„Regierung", zuständig für
- die Außenbeziehungen
- Einwanderung und Ausländerfragen (meine Ausweisung aus Französisch-Polynesien wurde daher vom französischen Hohen Kommissar verfügt)
- auswärtige Kommunikation in der Seefahrt, See- und Luftverkehr, Post und Fernsprechverbindungen
- Währung, Kredit, Wechsel
- auswärtige Finanzbeziehungen und Außenhandel
- Verteidigung
- Einfuhr, Handel und Ausfuhr militärischer Ausrüstungsgüter, Waffen und Munition
- strategische Rohstoffe
- Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Zivilschutz
- Staatsbürgerschaft, gerichtliche Organisation des Personenstandes
- Zivilrecht
- allgemeine Prinzipien des Arbeitsrechtes
- Justiz, Justizorganisation, Strafrecht
- staatliche Beamte
- Organisation der Kommunen, verwaltungsmäßige und finanzielle Kontrolle der Kommunen
- höheres Schulwesen und Universitäten
- audiovisuelle Kommunikation

Außerdem übt der französische Staat die Souveränitäts- und Eigentumsrechte zu Wasser, zu Lande und in der Luft über seine öffentlichen und privaten Besitzungen aus.

Die wenigen hier nicht aufgeführten Bereiche fallen dagegen in die Kompetenz der „Territorialregierung".

Damals verloren die Führer der engagierten unabhängigen Gewerkschaftsbewegung von heute auf morgen ihre Arbeit. Kein Gericht war und ist willens, ihnen wenigstens zu den mageren Rechten zu verhelfen, die der „Code du Travail" von 1952 vorsieht. Wer auf einer Gewerkschaftsliste, z.B. der „Solidarité Aupupu Maohi" zum Betriebsrat kandidiert, ist der fristlosen Kündigung sicher, die kein Gericht rückgängig machen wird.

Erst jetzt, Mitte Juni 1986, 34 Jahre nach Inkrafttreten des bisher gültigen Arbeitsrechtes, diskutiert der Senat in Frankreich über einem im Dezember 1985 noch von der Regierung Fabius (Sozialisten) vorgelegten Gesetzes-Neuentwurf. Dabei zeichnet sich ab, daß man „unnötige Festlegungen" hinsichtlich der Dauer der Arbeitszeit vermeiden, das Streikrecht weiterhin durch „Voranmeldungszeiten" einschränken und insbesondere eine Arbeitslosen-Versicherung weiterhin nicht einführen will.



Französische Atomtests und die Folgen

Da nicht nur die Justiz in französischen Händen, sondern auch die Verteidigung statutgemäß in Frankreichs Zuständigkeit fällt, wird seit über 20 Jahren jeder auch noch so einstimmig gefaßter Beschluß der Territorialversammlung:
- die Atomtests auf Moruroa und Fangataufa zu beenden,
- ein Referendum über diese Frage durchzuführen,
- den Gesundheitszustand der Bevölkerung durch eine unabhängige Expertenkommission zu untersuchen,

vom französischen Hohen Kommissar wegen fehlender Zuständigkeit beiseite geschoben.

Am 27. Juli 1962 verkündete de Gaulle, daß die französischen Atomtests von der algerischen Sahara auf die beiden Atolle Moruroa und Fangataufa zu verlegen seien. Der Grund: Im Evian-Vertrag zwischen Algerien und Frankreich legten die Algerier fest, daß auf ihrem Territorium in der Sahara keine weiteren französischen Atomtests stattfinden könnten.

Neun Monate vorher hatte der französische Minister für die überseeischen Departements und Territorien, Louis Jacquinot, noch erklärt, daß in Polynesien nie französische Atomversuche durchgeführt werden würden! Umfangreiche Bauarbeiten, um auf Tahiti einen Flugplatz zu errichten, den Hafen zu vergrößern, Wohnungen für Tausende von Militärs, Technikern und Forschern und — nicht zuletzt — Fremdenlegionären zu erstellen, war der erste Schritt. Arbeitskräfte mußten her, die von den entfernteren Inseln angeworben und nach Beendigung der Arbeitem ihrem (arbeitslosen) Schicksal überlassen wurden, allen Versprechungen auf Rückführung zum Trotz. Die ehemals ausgeglichene Wirtschaft wurde innerhalb von 20 Jahren zerstört: Heute stammen ca. 1/9 des Budgets aus Einfuhrzöllen von militärischen Waren, Material und Ausrüstungsgütern, also indirekt aus den französischen Atomtests. Weitere, im Haushalt des Territoriums nicht auftauchende Transfer aus Frankreich bezahlen die — im Vergleich zu Frankreich für dieselbe Tätigkeit ca. doppelt so hohen — Löhne und Gehälter der 3000 Mitarbeiter des CEP, der 2200 französischen „Experten" in den lokalen Verwaltungen, der Verwaltungsbeamten, der in Französisch-Polynesien stationierten Soldaten und Gendarmen, die Kosten für Information, Außenhandel, internationale Kommunikation etc.

Eine stetig anwachsende Geldmenge ergießt sich aus Frankreich über Französisch-Polynesien, die das Bruttosozialprodukt pro Kopf 1983 auf 21.640,- DM aufgeblasen hat, obwohl es keine oder kaum industrielle Poduktion gibt.

Durch die neuen Bedürfnisse der Franzosen und anderen Zuwanderer als auch durch die Atomtests und der damit zusammenhängenden radioaktiven Verseuchung befinden sich die Landwirtschaft und die Fischerei in einer völlig zerrütteten Lage. Die Fischereirechte in der 200-Seemeilen-Zone hat Frankreich — statutgemäß — an japanische Fischfangfabriken verkauft. Die Mahois dürfen somit nur außerhalb der Zone fischen oder müssen mit den mit hohen Einfuhrabgaben belegten Fischkonserven vorlieb nehmen.

Überhaupt werden 80 % der Nahrungsmittel importiert. Französisch-Polynesien deckt nur zu 5 % durch Export seinen Gesamtimport. Die hohen Einfuhrabgaben und -zölle, sowie die hohen Verbrauchssteuern heben das Preisniveau über das der BRD.

Den zweistelligen Inflationsraten stehen immer höhere Subventionen Frankreichs gegenüber, die jedoch die soziale Situation der Maohis nicht bessern.

Die soziale Lage

Es gibt weder Arbeitslosengeld oder -hilfe noch eine Arbeitslosenstatistik. Schätzungen über die Anzahl der Arbeitslosen schwanken zwischen 6.000 und 30.000. Der Anteil der Arbeitslosen an der Maohi- und gemischten Maohi-Bevölkerung ist dabei doppelt so hoch wie bei den „Europäern". Gleichzeitig sind die Maohi-Familien sehr kinderreich: 40 Prozent der Maohi-Bevölkerung sind unter 14 Jahren alt. Was es unter diesen Umständen bedeutet, arbeitslos zu sein, liegt auf der Hand.

Jugendliche Arbeitnehmer zwischen 14 und 16 Jahren werden auf der anderen Seite ohne jede soziale Absicherung mit einem Lohn von ca. 750,- DM monatlich, weit unterhalb dem gültigen garantierten Mindestlohn von ca. 1400,- DM monatlich, abgespeist, und das bei einem sehr

hohen Preisniveau. (Eine Bratwurst mit Pommes Frites, an einer Straßenbude stehend gegessen, kostet z.B. mehr als 10,- DM, 1 Liter ultrahocherhitzte Milch 4,- DM). Gleichzeitig ist für die meisten Polynesier der garantierte Mindestlohn auch der erreichbare Höchstlohn. Auf einen Polynesier, der über ein akzeptables Einkommen verfügt, kommen 10 Polynesier, die in Slums ihr Leben fristen und sich insbesondere in der zweitgrößten Stadt Tahitis, Faa'a, zusammendrängen. Im Hotelwesen verdienen Europäer drei- bis fünfmal, die Hotelmanager sogar bis zu zehnmal soviel wie Polynesier.

Diejenigen Maohis nämlich, die nicht mehr selbständige Fischer und Bauern sind, arbeiten, wenn sie eine Arbeit haben, z.B. zum größten Teil schlecht bezahlt als ungelernte Arbeitskräfte, als Reinigungspersonal, auf dem Bau, und zwar vor allem im öffentlichen Dienst (Militärs und Verwaltung), der allein beinahe die Hälfte (48 %) aller Lohnabhängigen in Französisch-Polynesien beschäftigt, wobei ca. 1/5 auf die militärischen Einrichtungen, das Atomversuchszentrum (CEP) und das Atomenergiekommissariat (CEA) entfallen.

Auch das Gesundheitswesen läßt, insbesondere auf den kleineren Inseln, zu wünschen übrig. So liegt etwa die Kindersterblichkeit doppelt so hoch wie in Frankreich: bei 44 statt 22 von 1000 Kindern. Durch die völlig unzureichende Unterbringung zugewanderter, kinderreicher Maohi-Familien in Sozialwohnungen oder, schlimmer noch, Slums; sowie durch eine von Frankreich geförderte, jährliche Zuwanderungsrate von über 1000 Europäern (vor allem Franzosen) seit 1965, die — als sicherste Garanten für ein auch zukünftig „französisches" Polynesien incl. Atomtests — die Maohi-Bevölkerung in ihrem eigenen Land ebenso in die Minderheit zu bringen drohen, wie dies bei den Kanaken in Neu-Kaledonien bereits der Fall ist.

Da diesen Zuwanderern, kaum aus dem Flugzeug geklettert, das Wahlrecht auch zur polynesischen Territorialversammlung offensteht, tragen sie objektiv dazu bei, die Zugehörigkeit Französisch-Polynesiens „demokratisch", d.h. in Wahlen abzusichern, je stärker sie werden, umso mehr. Daß für sie als französische Verwaltungsfachleute und Experten des Atomversuchszentrums (CEP) dies auch ihr subjektives Interesse ist, fügt sich glücklich für die französische Kolonialmacht.

Die politischen Parteien

Das Parteienspektrum in Französisch-Polynesien ist breit. Bei jeder Wahl tauchen neue, vorher unbekannte Parteien auf, meist zur Unterstützung der einen oder anderen politischen Richtung in Frankreich, die jedoch nach den Wahlen fast ebenso schnell wieder verschwinden, wie sie aufgetaucht sind. Als die heutige Lage bestimmend sollen jedoch zwei Pole herausgegriffen werden: die regierende gaullistische Partei „Taohêraa Huiratira" und die oppositionellen Parteien „Ia Mana" und die FLP.



Die Juristen — „Aber hören sie Mal, liebe Kollegen ... Sie sollten sich doch nicht außerhalb der Verhandlungen streiten ... Dieser Ort muß die Vorhalle für die Prozeßführer sein ... nie jedoch dürfen die Anwälte hier ein Wort verlieren....
Lithografie von Honore Daumier

Gaston Flosse und die Gaullisten

Den Beginn ihres Aufstiegs verdankt „Taohêraa" einem im Zusammenhang mit dem Statut von 1977 zwischen Flosse und Giscard c'Estaings Ratgeber Poniatowski ausgehandelten Deal: Auflösung der Territorialversammlung (mit fast sicherem Sieg der „Autonomisten" bei Neuwahlen) gegen Einrichtung eines zweiten Abgeordnetensitzes für Französisch-Polynesien im französischen Parlament, wobei der neue 2. Wahlkreis in Französisch-Polynesien auf Flosse zugeschnitten und nur halb so bevölkert ist wie der erste. Auf diese Weise wurde Flosse zum ersten Mal Abgeordneter. Seine bei in Polynesien lebenden Franzosen beliebte „Taohêraa" erreichte dann 1979 bei den Europawahlen 44,7 %, bei den Präsidentschaftswahlen 1981 35,9 %, bei den folgenden Parlamentswahlen (gemeinsam mit UDF) 58,01 %, bei den Wahlen zur Territorialversammlung 1982 29,3 % und bei den Europawahlen 1984 (mit UDF) 62,89 %.

Wobei Flosse, wie gesagt, immer geschickt den Finger in den Wind zu halten wußte, um rechtzeitig vor der Wahl zu wissen, wann eine Kehrtwende zu vollziehen war: 1979 in Richtung auf volle Autonomie, Ende 1981 durch Forderung nach Einsetzung einer Expertenkommission zur Untersuchung der Auswirkungen der Atomtests auf die Gesundheit der Polynesier, 1984 durch Forderung nach einem Referendum über die Tests.

Die folgenden Beispiele verdeutlichen noch einmal die Machenschaften der Gaullisten.

Fünf Wirbelstürme haben zwischen Januar und Mai 1983 Schäden in Höhe von 264 Mio. DM an Häusern, Straßen etc. in Französisch-Polynesien angerichtet. Die existierende ATC (territoriale Bauagentur) wurde daraufhin umbenannt in ATR (territoriale Agentur für Wiederaufbau). Direktor der ATR ist seit Mai 1983 Edouard Fritsch, Schwiegersohn von Flosse, zwischen 1980 - 82 Chef der Abteilung für öffentliche Arbeiten der Gemeinde Pirae (deren Bürgermeister Flosse ist), gleichzeitig Energieminister, Präsident des Investitionsfonds für Straßen und Flüsse, Präsident der Polynesischen Transport- und Energie-AG, Präsident der Firma GIE (Groupement d'intérêt économique) Soler (Sonnenkollektoren etc.), Präsident des Institutes für erneuerbare Energien des Süd-Pazifik, und seit Juli 1984 Berater der Territorialregierung für Ausrüstung, Bebauungsplanung, Energie und Bauwerke.[1] Der von Fritsch geleiteten ATR wird nun vorgeworfen, mit Hilfe der Mittel des ATR auf den Inseln Lokalverbände des „Taohêraa" gegründet und zu diesem Zweck gar nicht geschädigte Personen „entschädigt" zu haben, wenn sich die Adressaten zur Gründung eines solches Lokalverbandes bereit fanden, während andernorts für dringend notwendige Aufbau- und Reparationsarbeiten keine müde Mark geflossen sein soll. Bei der stattlichen Anzahl von öffentlichen und privatwirtschaftlichen Ämtern, die das Haupt des Schwiegersohnes Fritsch zieren, kann man vermuten, daß es sich bei dieser Affäre wohl nur um die Spitze eines Eisberges handelt.

Gaston Flosse selbst betreibt eine G.F.A. Assurances (Versicherungen, bei der widerrechtlich alle Autos des von ihm verwalteten Bürgermeisteramtes von Pirae versichert sein sollen).

Die Opposition

Die kleine „neu-sozialistische" Partei „Ia Mana te Nunaa" unterstützte bei den Präsidentschaftswahlen 1981 als einzige Mitterand, in der Hoffnung auf ein Ende der Atomtests und der Kolonialzeit! 1982 zog sich unter dieser Fahne mit drei Abgeordneten zum ersten Mal in die Territorialversammlung ein. In beiden Bereichen entwickelte sich die Politik der Sozialisten in Frankreich entgegen der in sie gesetzten Hoffnungen: Die Atomtests gingen weiter, die Unabhängigkeit rückte nicht näher. Beide Forderungen traten daher auch bei „Ia Mana" etwas in den Hintergrund.

Neben der bereits existierenden Kleinstpartei „Le Taata Tahiti Tiama" gewann daher der neu gegründete „Front de Libération Polyñesien" (FLP) unter Oscar Temaru rasch an Gewicht. Bei den Kommunalwahlen 1983 errang er die Mehrheit in der Stadt Faa'a und damit das Bürgermeisteramt. Von Faa'a aus bemüht er

sich, seine Impantation auf Tahiti und von da aus auf den anderen polynesischen Inseln zu verstärken. Während „Te Taata" durch phantasievolle, spektakuläre Aktionen zu wirken beabsichtigt, geht es dem FLP vor allem darum, die Maohi-Bevölkerung möglichst breit für die Ziele der Unabhängigkeit und das Ende der Atomtests zu mobilisieren.[2]

Die Wahlen vom 16. März 1986

Bei den Wahlen zur französischen Nationalversammlung vom 16. 3. 86 erhielt Flosses Taohêraa 41,12 % der Stimmen, die von Oscar Temaru angeführte Liste „Tavini Huiratiraa", in der sich FLP, „Te Taata" und die „Pomare-Partei" zusammengeschlossen hatten, 6,37 %. Aufgrund der Zersplitterung der Opposition in sechs (!) Listen gingen beide Parlamentssitze an „Taohêraa", d.h. an Gaston Flosse und A. Leontieff. Die neue rechte Parlamentsmehrheit und Regierung in Frankreich unter Premierminister Chirac wird sich dem Bereich Übersee mit Vorliebe annehmen, denn neben Wirtschaft und öffentlicher Sicherheit stellt er eine ihrer drei Prioritäten dar.

Ein alter Bekannter unter den Gaullisten, früherer Generalsekretär des RPR, Bernard Pons, erst „Brandstifter", dann mit Herannahen der März-Wahlen „Biedermann" in Neu-Kaledonien, wurde daher zum „Minister für die überseeischen Departements und Territorien" befördert. Der besonderen Bedeutung des Süd-Pazifiks für Frankreichs Militärstrategie und „Unabhängigkeit" trägt die Ernennung von Gaston Flosse zum Staatssekretär für die Probleme des Süd-Pazifiks Rechnung. Selbst „Le Monde" sieht darin eine Provokation der Kanaken in Neu-Kaledonien in Anbetracht des 1985 geschlossenen Bündnisses von Gaston Flosse und Dick Ukeiwé, zwei engagierten Streitern gegen die Unabhängigkeit Neu-Kaledoniens.

Bei den gleichzeitig am 16. März stattfindenden Wahlen zur 41-köpfigen Territorialversammlung fiel Flosse aufgrund des trickreichen Zuschnitts der Wahlkreise die Mehrheit der Sitze in den Schoß. In den „Taohêraa"-Hochburgen Mangareva und Tuamotu-Inseln, die fünf Vertreter in die Versammlung schicken, entfällt bereits auf 1100 Wähler ein Abgeordneter, während überall sonst zwei- bis dreimal soviele Wähler nötig sind. Eine „Wahl-Korrektur" zugunsten eines „Taohêraa"-Abgeordneten (vier Stimmen Vorsprung!) in einem Wahlbezirk, zwei Überläufer von anderen Listen (um welchen Preis wohl?) — „Taohêraa" stand eine Mehrheit von 24 gegen 17 Sitze zur Verfügung, obwohl die Stimmenverteilung ungefähr 40 zu 60 (zugunsten der Opposition!) war.

Auf Anhieb und beim ersten Versuch gelang es dem FLP, mit zwei Abgeordneten in der Territorialversammlung vertreten zu sein; „Ia Mana" konnte trotz Stimmenverlusten seine drei Sitze beibehalten.

Inzwischen ist den Oppositionsparteien klar, daß nur ihre Zersplitterung Flosse zu neuer Macht verholfen hat. Gemeinsam boykottierten sie am 11. 4. 86 die konstituierende Sitzung der Versammlung und verhinderten dadurch mangels Quorum Flosses Wahl zum neuen Präsidenten der Territorialregierung. Beim zweiten Wahlgang am 15. 4. 85 war für die Wahl nur noch eine einfache Mehrheit nötig, Flosse wurde zu seinem eigenen Nachfolger gewählt.

Als Staatssekretär ist er gegenüber dem französischen Hohen Kommissar weisungsbefugt. Diesem wiederum obliegt die Aufsicht über die Recht- und Verfassungsmäßigkeit der Amtsführung des Präsidenten der Territorialregierung. (A propos: Aufgrund des Wahlausgangs fiel auch der bisherige Hohe Kommissar Bernard Gerard die Treppe hinauf: Er wurde zum Chef der DST, der französischen Spionageabwehr, ernannt!)

In der Opposition zeichnen sich gleichzeitig zwei extrem auseinanderklaffende Linien ab. Während die gemäßigten Kräfte warten wollen, bis die faulende, sich desintegrierende Macht der „Taohêraa" ihnen von selbst in den Schoß fällt, verlangt der FLP: „Wir repräsentieren die große Mehrheit der Maohi-Bevölkerung. Also laßt uns (nach dem kanakischen FLNKS-Beispiel, d. Verf.) eine provisorische Regierung bilden und die UNO bitten, uns bei der Beschleunigung unserer Entkolonialisierung zu helfen, so daß wir die Unabhängigkeit erlangen."

Dorothee Piermont

Anmerkungen

1. Flosses Ernennung zum „Staatssekretär für die Probleme des Süd-Pazifiks" am 20.3. ließ Fritsch „nachrücken" als Abgeordneter der französischen Nationalversammlung. Sein Nachfolger als „Minister" wurde Gaston Tang Song.
2. Weitere Information in „blätter des iz3w" Nr. 130, Seite 4, und in U. Delius „Südseeparadies unter dem Atompilz", Göttingen 1985.

Ein Opfer kolonialer „Recht"-Sprechung

Charlie Ching, Anführer der kleinen Unabhängigkeits-Partei „Te Taata Tahiti Tiama", wurde zum ersten Mal 1972 ins Gefängnis geworfen, weil er aus Protest gegen die Atomtests aus einem Waffenlager Munition gestohlen hatte. 1977 kam er erneut hinter Schloß und Riegel, weil man ihm unbesehen den Mord an einem Franzosen vorwarf, obwohl ein anderer sich von Anfang an zu der Tat bekannt hatte und die Tätergruppe „Toto tupuna" energisch jede Verwicklung Charlie Chings in Vorbereitung und Durchführung abgestritten hatte. Bei dem 1979 stattfindenden Prozeß wurde er dennoch ohne Beweise wegen „Konstituierung einer kriminellen Vereinigung" (gedacht war offenbar an „Toto tupuna") verurteilt, und zwar zu zehn Jahren Gefängnis.

Das ganze Verfahren war mit so schwerwiegenden Fehlern behaftet, daß die französischen Verteidiger Charlie Chings, die den Prozeß zu einem Prozeß gegen das Kolonialrecht machten, sofort Berufung einlegten. Der Berufungsprozeß fand 1981 in Versailles statt. Aber statt des erwarteten Freispruchs wurde nur die Freiheitsstrafe halbiert und wegen guter Führung ein zusätzliches Jahr erlassen. Die verbleibenden vier Jahre hatte Charlie Ching ja schon abgesessen.

Als Anfang 1985 den französischen Geheimdiensten Pläne bekannt wurden, daß Charlie Ching im Sommer mit einigen weiteren Maohis mit polynesischen Pirogen auf Moruroa landen wolle, wurde eine Anti-Atomtest-Demonstration Anfang März, zu der seine Partei aufgerufen hatte, kurzerhand, sozusagen als Handhabe für eine präventive Maßnahme, verboten. Charlie Ching und Guy Taero, die mit anderen zusammen dennoch demonstrierten, wurden ohne weitere Umstände wieder hinter Schloß und Riegel gesetzt — wo sie sich heute immer noch befinden — und in erster Instanz wegen einer „öffentlichen Rede, die eine bewaffnete Zusammenrottung provoziert habe" und „Organisation einer nicht-gemeldeten Demonstration" zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Die Bewaffnung bestand aus den Stöcken, an denen die Transparente getragen wurden. Von weiteren Anklagepunkten (Teilnahme an einer bewaffneten Zusammenrottung, bewaffneter Widerstand gegen die Polizei) wurde Charlie Ching in zweiter Instanz aus gutem Grund freigesprochen: Er war wegen „Organisation einer nicht-gemeldeten Demonstration" bereits in Polizeigewahrsam, als es aus Protest gegen seine Festnahme zwischen Demonstranten und Polizei zu Auseinandersetzungen kam! Eine zweijährige Gefängnisstrafe wurde dennoch aufrechterhalten mit der Begründung, daß die frühere Verurteilung wegen Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung „ihn zu besonderer Vorsicht in der öffentlichen Äußerung seiner politischen Überzeugungen hätte inspirieren müssen" (Zitat aus dem Urteil!). Eingesperrt ist er in einer etwa 2,50 m langen, eine Armspanne breiten, winzigen Zelle, von der durch ein ca. 20 bis 30 cm von der Tür entferntes, eisernes Gitter noch einmal ein Stück abgetrennt ist. Wie ein Käfig. Und dazu dienen diese Zellen auch normalerweise: bei für wenige Tage oder Wochen verschärften Haftbedingungen, die aufgrund von „Vergehen" im Gefängnis verhängt werden. Wer die gehörige „Vorsicht in der öffentlichen Äußerung seiner politischen Überzeugungen" nicht walten läßt, gegen Atomtests und Unabhängigkeit unangemeldet eintritt, wird so zwei Jahre lang wie ein im Gefängnis randalierender Schwerverbrecher behandelt.

Interview mit Noam Chomsky

„Die USA interessiert nur, ob sich ein Land dem US-dominierten Weltsystem unterwirft oder nicht."

Noam Chomsky, geboren 1928, ist Professor am Massachusetts Institute of Technology. Aufsehen erregte er durch sein kompromißloses Engagement gegen den Krieg der USA in Indochina. Scharfe Kritik äußerte er auch an der Rechtfertigung dieser Politik durch die an der Macht beteiligten amerikanischen Intellektuellen. Im Vordergrund steht für ihn die Einschätzung der praktischen Politik, und nicht die Wissenschaft an sich. Neben zahlreichen Aufsätzen über den Staatsterrorismus der USA und linguistischen Fachbüchern, ist er Autor von „Indochina und die amerikanische Krise" und „Die Verantwortlichkeit der Intellektuellen".

Prof. Chomsky, Sie sind gerade aus Nicaragua zurückgekommen. Was für Eindrücke haben Sie dort gesammelt?

Nun, ich habe im wesentlichen an der Jesuiten-Universität gelehrt und mit vielen Leuten gesprochen. Ich hatte auch Zeit, etwas herumzureisen und war sehr angenehm überrascht, wie offen diese Gesellschaft noch ist. Ebenfalls hat mich beeindruckt, daß ich über alle Themen offen diskutieren konnte und daß die Leute voller Hoffnung sind, dem amerikanischen Embargo und den terroristischen Angriffen an den Grenzen widerstehen zu können.

Ich hatte erwartet, ein weitaus geschlosseneres und deprimierenderes System zu finden, als das dann der Fall war.

Hat dieser Besuch in irgendeiner Weise ihre Haltung gegenüber der nicaraguanischen Revolution, der US-Gesellschaft oder ihrer Solidaritätsarbeit verändert?

Nun, in gewisser Weise schon. Es ist immer etwas anderes, etwas zu sehen, als nur darüber zu lesen. Es ist schwierig, sich ein Land vorzustellen, welches im Kriegszustand lebt und trotzdem so demokratisch ist; vor allem ein Land, das von einer Supermacht attakiert wird. Die Vereinigten Staaten, beispielsweise, die weder im Ersten noch im Zweiten Weltkrieg angegriffen wurden, führten gleichwohl repressive Maßnahmen ein, welche über das hinaus gingen, was gegenwärtig in Nicaragua der Fall ist. Es wäre z.B. undenkbar, daß die *Vereinigten Staaten während des Zweiten Weltkrieges* die Publikation einer projapanischen Zeitung erlaubt hätten. Im Gegenteil, die in den USA lebenden *Japaner* wurden in Konzentrationslagern interniert, ohne daß es eine Rolle spielte, um wen es sich dabei handelte. Es waren Staatsbürger der USA und sie standen unter keinerlei Verdacht. Und wir müssen uns daran erinnern, daß die USA nicht angegriffen worden waren. Amerikanische Kolonien wurden attackiert. Hawai und die Philippinen waren Kolonien und sie wurden bombardiert. Aber die USA selbst waren in keinem Moment auch nur der Drohung eines Angriffs ausgesetzt. Zusätzlich hatte die USA die Pressezensur eingeführt, Streikverbote erlassen usw. Das sind die Maßnahmen, die man von einem Land erwartet, welches sich im Kriegszustand befindet. Ein Land, das sich im Kriegszustand befindet, entwickelt sich in Richtung auf totalitäre Strukturen hin und dies war der Fall in den USA. So etablierte man *auch eine zentral verwaltete Wirtschaft (command economy).*

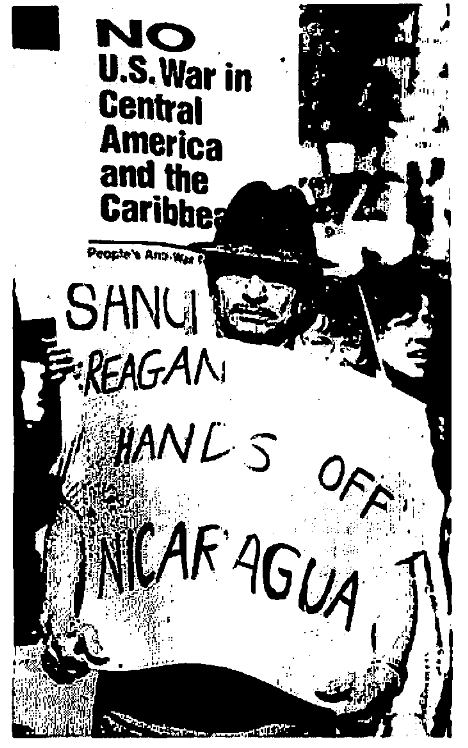
Anders in Nicaragua: La Prensa, die relativ offen einen konterrevolutionären Standpunkt einnimmt, kann erscheinen. (Da la Prensa mittlerweile nicht mehr erscheinen darf, ist *dieses* Beispiel hinfällig geworden. Anmerkung d. Red.) Sie können überall hingehen und über alles reden. Sogar Vertretern der Supermacht, von der sie angegriffen werden, wird erlaubt, das Land zu betreten. Einige Dinge, die dort ablaufen, sind wirklich unglaublich. Rechte Kongreßabgeordnete aus den USA fahren nach Nicaragua und halten Pressekonferenzen im Flughafen, in denen sie auffordern, die Angriffe auf Nicaragua zu verstärken. Das wäre so, als ob die Vereinigten Staaten während des Zweiten Weltkrieges die Nazis zu einer Pressekonferenz eingeladen hätten, in der diese zu einer Intensivierung der Aggression gegen die USA aufriefen. Das ist unvorstellbar. Tatsächlich sperrten die USA während des Ersten Weltkrieges einen Präsidentschaftskandidaten für zehn Jahre ins Gefängnis, weil er eine pazifistische Position vertrat. Es handelte sich um den sozialistischen Kandidaten, Eugene Debbs. Er wurde primär wegen pazifistischer Statements eingesperrt. Zusammenfassend muß ich also sagen, daß das Ausmaß an Demokratie und Freiheit in Nicaragua außerordentlich überraschend für mich war.

Weshalb schränkte eine Supermacht wie die USA, welche nicht angegriffen worden war, die zivilen Freiheiten ihrer Bürger so weitgehend ein, während ein kleines, unterentwickeltes Land wie Nicaragua, das von tausenden US-Söldnern attakiert wird, diese Freiheiten beibehält?

Das Ausmaß, in dem sich die demokratischen Gesellschaften während des Zweiten Weltkrieges auf totalitäre Srukturen hin entwickelten, ist sehr interessant. Alber Speer hat darüber in seinen Memoiren geschrieben. Er kommentiert die Tatsache, daß Deutschland nicht in der Lage war, jene Arten totalitärer Kontrolle einzuführen, die die Demokraten installierten. Und in der Tat sagt er, daß dadurch

Hitlers Kriegsanstrengungen um etwa ein Jahr zurückgeworfen wurden. Wenn er Recht hat, dann ist das möglicherweise der Grund, weshalb Deutschland den Krieg verlor.

Er weist darauf hin, daß es möglich war, in den Demokratien, in denen die Bevölkerung überzeugt war (committed), effektive totalitäre Kontrollen einzusetzen, während in Deutschland, wo der Bevölkerungs nicht getraut wurde, diese in gewisser Weise „gekauft" werden mußte (sort of buy them off).



Wenn Sie Nicaraguas revolutionäre Demokratie mit der Demokratie der Unabhängigkeitszeit der Vereinigten Staaten vergleichen, was fällt Ihnen dabei auf?

Nun, die Entwicklung in den USA war sehr schroff. Zunächst einmal waren die Leute, die in den USA gewannen, im wesentlichen die Terroristen. Und es gibt in der Tat *alle möglichen Aspekte der US-Geschichte*, die einfach unterdrückt werden, obgleich sie hunderte von Jahren zurückliegen. Nehmen Sie etwa die Frage der *Flüchlinge*. Der Anteil der Bevölkerung, der nach dem (Unabhängigkeits-) Krieg aus den amerikanischen Kolonien flüchtete, war prouzentual höher als der, der Vietnam verließ. Und sie flüchteten aus dem reichsten Land der Erde und unter sehr harten Bedingungen. Es gab z.B. *„boatpeople"*, die mitten im Winter aus Boston flüchteten. Sie flüchteten nach Nova Scotia (Kanada — H.D.), wo sie in Schnee und Eis starben. Die von ihnen geschriebenen Berichte über ihr schreckliches Leiden sind erhalten geblieben. Und sie flüchteten vor Leuten, die sie als Terroristen betrachteten.

1779 sandte *George Washington* seine Armeen aus, um die entwickeltste Indianer-Kultur Nordamerikas, die *Iroquois*, zu zerstören. Diese Kultur war in vielen Aspekten ausgenommen den militärischen weiter entwickelt als die Siedler. sie basierte auf einer fortgeschrittenen Landwirtschaft, steinernen Gebäuden usw. Es handelte sich um eine lebendige, blühende Zivilisation. Natürlich waren die probritisch, so wie die einheimische Bevölkerung im großen und ganzen pro-britisch war. Sie wußten, was die Siedler (colonists) mit ihnen vorhatten und sie wußten, was Völkermord (genocide) war. Und inmitten des revolutionären Krieges wurde diese Kultur vom Erdboden weggefegt. Nun, wenn Sie das alles mit der Propaganda über die Behandlung der Miskito-Indios in Nicaragua vergleichen... dann können Sie diese nur als Witz auffassen.

Die Vereinigten Staaten durchliefen eine sehr wichtige Entwicklung gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Es gab einen Konflikt aufgrund der Frage, ob die USA eine Demokratie sein würden oder nicht, und wenn ja, welche Art von Demokratie. Während und kurz nach der Revolution, in den achtziger Jahren, hatten wir eine Periode wirklicher, repräsentativer Demokratie, in welcher Handwerker, Arbeiter, Bauern usw. das Repräsentationssystem ausmachten. Das änderte sich jedoch gegen Ende des Jahrhunderts und die Regierung wurde zu einer Regierung der Besitzenden. *John Jay, Erster Richter am US Gerichtshof (Supreme Court) und Präsident des konstitutionellen Kongresses, brachte das auf eine kurze Formel. Er sagte, daß das Land von denen regiert weden solle, die es besitzen. Und das ist wortwörtlich das, was dann auch passierte. Die Regierung bestand im wesentlichen aus Leuten mit drei Charakteristika:* sie hatten Besitz, waren weiß und waren Männer. Und zunehmend wurde sie dann zum Besitz der großen Investoren. Das hieß zunächst, große Landbesitzer, dann große Unternehmer, etc. zugleich wurde das Land immer expansionistischer. Die einheimische Bevölkerung wurde vertrieben oder ermordet und all diese Tendenzen verschärften sich während des frühen 19. Jahrhunderts. So nahmen die Dinge ihren Lauf. Dies ist die wirkliche amerikanische Geschichte, nicht jene die gelehrt wird. Dazu gehört auch, wie jeder weiß, daß Mexiko in der Mitte des 19. Jahrhunderts ein Drittel seines Territoriums gestohlen wurde.

Angesichts der historischen Tatsache, daß Nicaraguas Politik bisher die Grenzen bürgerlicher Verfassungen und Demokratie nicht überschritten hat: wie ist es zu erklären, daß die USA so unnachgiebig darauf bestehen, die nicaraguanische Revolution zu zerstören?

Nun, der USA ist es gleichgültig, ob ein Land formale Demokratie hat oder nicht. Was sie allein interessiert ist, ob es sich dem US-dominierten Weltsystem unterwirft. Im Grunde besteht das entscheidende Prinzip darin, ob ein Land bereit ist, sich ausplündern zu lassen oder nicht. Ob es bereit ist, ausländische Unternehmen uneingeschränkt investieren und ausbeuten zu lassen, wie es ihnen beliebt. Wenn das erlaubt wird, dann kann es jedes politische System haben, das ihm gefällt. Es kann sich faschistisch, demokratisch oder sozialistisch nennen, das spielt keine Rolle, solange es das entscheidende Kriterium erfüllt. Aber wenn ein Land beginnt, seine Ressourcen für seine eigene Bevölkerung zu verwenden, dann muß es zerstört werden. Und der Fall „Nicaragua" ist hier der Situation Guatemalas in den frühen 50er Jahren sehr ähnlich.

Guatemala war eine kapitalistische Demokratie mit einer gemäßigten Reformpolitik (midly reformist) und in seinen Grundzügen nach Roosevelts New Deal strukturiert. Es hatte jedoch begonnen, seine Ressourcen für die eigene Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Man hatte eine Landreform in Angriff genommen, eine erfolgreiche Entwicklung bahnte sich an und im allgemeinen orientierte sich die Sozialpolitik an der einheimischen Bevölkerung. Guatemala war dabei, eine Nation zu werden, statt eine Ausplünderungs-Gegend für reiche Eliten und ausländische Geschäftsleute zu sein. Daher mußte es zerstört werden, obwohl es eine kapitalistische Demokratie darstellte.

Das Gleiche geschah in der Dominikanischen Republik. In den frühen 60er Jahren zerstörte die Kennedy Regierung das Experiment in formaler Demokratie, welches Juan Bosch durchzuführen suchte. Bosch war ebenfalls pro-Kennedy. Seine Standpunkte stimmten prinzipiell mit den formalen Positionen Kennedys überein. Gleichwohl wurde er von der Kennedy Regierung unterminiert. diese unterstützte Trujillos (des früheren Diktators — H.D.) Offiziere, welche das demokratische Regime Boschs mit einem Militärputsch stürzten.

In Nicaragua ist es die gleiche story. Das Verbrechen der Sandinistas besteht darin, eine sehr erfolgreich Entwicklungspolitik durchgeführ zu haben. Unmittelbar nach der Revolution begannen sie, Ressourcen für die arme Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Das wird, nebenbei gesagt, allgemein anerkannt, von Wohlfahrtsorganisationen, internationalen Banken usw. Zum Beispiel, die Interamerikanische Entwicklungs-Bank schreibt in ihrem 1983-Report, daß Nicaragua beeindruckende Fortschritte in Richtung auf eine sozio-ökonomische Entwicklung gemacht un die Grundlage für ein extensives Zukunftswachstum gelegt habe. Darin lag das Verbrechen der Sandinisten.

Die internationale Hilfsorganisation Oxfam schreibt in ihren Berichten, daß Nicaragua unter 76 Entwicklungsländern eine außergewöhnliche Stellung einnimmt in Hinsicht auf die Verantwortlichkeit und Initiative der Regierung gegenüber Sozialreformen zum Wohle der armen Massen und der Integration der armen Bevölke-

rung in den Entwicklungsprozeß. Das kann man nicht tolerieren. Das ist gefährlich. In der Tat ist der Titel des gerade von mir zitierten Oxfam Reports: „Nicaragua, die Gefahr eines guten Beispiels". Und das ist völlig korrekt.

Denken Sie, zum Beispiel, an Honduras, wo die Bevölkerung buchstäblich verhungert, während Ackerland und Wälder für die Export-Landwirtschaft benutzt werden und das Land hinter einer dünnen zivilen Fassade von einem Militärregime regiert wird. Das verursacht im Westen natürlich keine Probleme. Alle denken, daß das wunderbar ist, denn die Bevölkerung hungert und ist ruhig usw. Das ist also in Ordnung. Aber stellen Sie sich vor, daß die honduranischen Bauern über die Grenze schauen und sehen, daß in einem ähnlichen Land wie dem ihren Gesundheitskliniken, Landreform, ländliche Entwicklung usw. existiert, dann werden sie sofort anfangen, Fragen zu stellen. Und das kann natürlich Schule machen. Wenn die Reagan-Regierung Nicaragua als eine Gefahr bezeichnet, dann hat sie in diesem Sinn völlig recht. Nicaragua ist eine Gefahr.

Wenn der Schlüssel zur US-Politik also in Besitz und Profit liegt, heißt das, daß Nicaragua nicht eher in Frieden leben wird, bis es zu einem Somoza-ähnlichen Ausbeutungssystem zurückkehrt?

Die USA werden ganz sicher versuchen, Nicaragua zu zerstören. Jedoch gibt es komplexe Strukturen in der heutigen Welt. *Die US-Bevölkerung ist komplex und legt der Reagan Regierung gewisse Zwänge auf.* In den Zirkeln der Elite, den artikulierten Zirkeln, gibt es keinerlei Verständnis für Nicaragua. die elementaren Tatsachen können nicht diskutiert werden, d.h. die Reports der Weltbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank, von Oxfam oder von den Priestern, die dort arbeiten, bleiben außerhalb der Diskussion. Das bedeutet, daß die Teile der Bevölkerung, welche sich auf die artikulierte Intelligenz, die Medien etc. stützt, keinerlei Vorstellung davon hat, was sich wirklich ereignet.



Der Chef der Contras

Es gibt jedoch andere Beziehungsstrukturen, beispielsweise zwischen Kirchengruppen, unabhängigen Gruppen usw. Und es ist möglich, bedeutende Teile der Bevölkerung außerhalb des politischen und des Indoktrinationssystems zu erreichen. Dies ereignete sich in der Tat während des Vietnamkrieges. Ebenso tendiert die US Bevölkerung dazu, dissidentenhaft zu sein. Sie ist in vielfältiger Weise gegen Autoritäten eingestellt. Das ist Kombiniert mit einem Superpatriotismus und es ist komplex, doch es existiert und übt eine Bremswirkung aus.

Lateinamerika spielt eine ähnliche Rolle. Die Vereinigten Staaten sind darüber besorgt, daß sie den Rest Lateinamerikas verlieren könnten, wenn ihre Politik zu aggressiv wird. Ähnliches gilt für Europa, doch hat Europa eine außerordentlich feige Rolle in dieser Angelegenheit gespielt. Sie haben klein beigegeben und die Anordnungen des Weltherrschers (master of the world) weitgehend akzeptiert.

Mit wenigen Ausnahmen lehnen sie es ab, Nicaragua irgendeine bedeutsame Hilfe zu leisten. Gleichwohl sind die amerikanischen Planer besorgt. Wenn sie z.B. heute morgen (28. 4. 86) die Frankfurter Allgemeine Zeitung gelesen haben und sehen, daß der Bundestag die Vorschläge Gorbatchews für einen Truppenabbau ernst nimmt und sie nicht als Propaganda abtut, dann werden amerikanische Planer besorgt. Denn es besteht immer die Möglichkeit, daß Europa sich auf eine neutralistische Position zubewegt, und das würde für die USA einen wesentlichen Welt-Rivalen schaffen. Falls die USA ihre aggressiven Aktionen gegen Nicaragua verstärkten, so würden diese retardierenden Tendenzen ebenfalls zunehmen.

Es gibt also viele komplexe Faktoren in der heutigen Weltsituation, welche verschiedene Möglichkeiten implizieren und die Optionen für die Vereinigten Staaten erschweren. Die USA können gegenwärtig nicht tun, was sie 1954 in Guatemala taten. Dort stürzten sie einfach das Regime und kümmerten sich um niemanden. Heute ist die Macht der USA absolut größer, aber relativ geringer, ebenso wie die Macht der Sowjetunion. Die Welt ist komplizierter geworden.

Was für ein Regime wünschten sich die USA in Nicaragua?

Die USA würden es immer vorziehen, so etwas wie *Honduras* zu haben, d.h. ein Regime, was entfernt mit formaler Demokratie zu tun hat. Aber *„Demokratie"* hat im *Lexikon politischer Sprache der USA* eine *sehr besondere Bedeutung.* Im *wesentlichen* ist es das, was *John Jay* sagte: *Demokratie bedeutet Herrschaft ausgewählter buisiness-Gruppen, mit einer passiven, trägen und untergeordneten Bevölkerung, welcher ab und zu erlaubt wird, die Entscheidungen der Elite zu ratifizieren.* Das ist Demokratie. Und *jede Entwicklung in Richtung auf eine Beteiligung des Volkes an den Staatsgeschäften ist gefährlich.* Sie *wird nicht toleriert,* weder in den Vereinigten Staaten oder außerhalb. In der Dritten Welt ist die Form, sie nicht zu tolerieren, der Gebrauch der Todesschwadronen (death squads). „Zuhause" hat man kompliziertere Mittel, sie zu verhindern. Aber die Besorgnis über sie ist hier ebenso groß wie in der Dritten Welt.

Darüber gibt es eine *sehr interessante Dokumentation.* Die Entwicklung jeglicher Form politischen Bewußtseins und politischer Beteiligung in den Vereinigten Staaten verursacht große Besorgnis in den liberalen Kreisen. Nebenbei gesagt, trifft das ebenso für Europa zu. Wenn die Bevölkerung sich direkt mobilisiert, verursacht sie große Besorgnis. Die beeindruckendste Dokumentation über dieses — extrem interessante Phänomen — ist ein Report der *Trilateralen Kommission, welche im wesentlichen die liberalen Eliten Europas, der Vereinigten Staaten und Japans* repräsentiert. die ser *1975* veröffentlichte Report trägt den Titel: *„Die Krise der Demokratie".* Dort wird die Tatsache beschrieben, daß sich in der industriellen Welt der 60er Jahre eine demokratische Entwicklung anbahnte. Das heißt, es existierte nicht nur die Menschenrechtsbewegung (civil rights-movement), sondern ebenso die Frauenbewegung, die Jugendbewegungen, Entwicklungen unter



den ethnischen Gruppen usw. Mit anderen Worten, im allgemeinen passive Teile der Bevölkerung begannen, in das Funktionieren des Systems einzugreifen. Und das ist die „Krise der Demokratie". Das mußte gestoppt werden. Die liberalen Eliten stimmten darin überein, daß dies gestoppt werden müsse und sie beschrieben und diskutierten die Möglichkeiten, die existierten, um die Bevölkerung in den Zustand der Apathie und Passivität zurückzuversetzen, der für sie normal ist.

Damals sprachen sie über die industriellen Demokratien, doch sie haben die gleiche Besorgnis in Mittelamerika. In Mittelamerika gab es ebenfalls Anfänge populärer Organisation. Bibel-Studiengruppen wurden zu Selbsthilfegruppen, Bauern, Lehrergewerkschaften usw. entwickelten sich, und das war gefährlich. Es bestand die Gefahr, daß sich eine reale Demokratie entwickelte, nicht eine Elite-Herrschaft von Landeigentümern und Geschäftsleuten mit öffenlicher Ratifizierung, aber ohne reale Beteiligung.

Nun, wie ich bereits sagte, schickt man in Mittelamerika dann die Todesschwadronen. In der Bundesrepublik, in Frankreich, den USA usw. macht man das auf eine andere Art, doch muß in jedem Fall die „Bedrohung für die Demokratie" beseitigt werden.

Im Zusammenhang mit der amerikanischen Libyen-Politik sagten Sie, die USA seinen ein Gangster-Staat. Warum gebrauchten Sie diesen Ausdruck?

Nun, es handelt sich um *einen der führenden Terroristischen Staaten*. Der amerikanische Luftangriff auf Libyen war einer der prinzipiellen terroristischen Akte dieses Jahres. Mehr als hundert Leute wurden dabei getötet. Das sind etwa fünf mal mehr Opfer als alle Libyen zugeschriebenen Terroraktionen der letzten zehn Jahre gefordert haben. Und ich spreche nur von einer US-Aktion.

Wenn Sie die Argumente gegen Libyen analysieren und die gleichen Argumente auf die USA anwenden, dann kommen Sie zu einigen überraschenden Schlußfolgerungen. Libyen wird beschuldigt, beispielsweise an *Bombenattentaten gegen Flugzeuge* teilgenommen zu haben. Es wird eine „lose" Verbindung zwischen Libyen und diesen Attentaten hergestellt. Doch der größte Terrorakt (1985) im *Mittleren Osten* — in Hinsicht auf die Anzahl der Opfer — war eine *Autobombe*, die in *Beirut 80 Menschen* tötete. Dieses Attentat wurde von Leuten verübt, die man der *CIA* assoziiert sind. Nun, die CIA sagt, sie war an dem Attentat *nicht direkt* beteiligt und sei daher nicht verantwortlich. Aber es gibt keinerlei Beweise dafür, daß Libyen stärker in derartige Angelegenheiten verwickelt war, als in diesem Fall die CIA. Die Gruppe in Beirut arbeitet mit der CIA zusammen; ihre Bombe verfehlte jemanden und tötete 80 Menschen. Bei den Standards, die wir auf Libyen anwenden, muß daher die USA entsprechend zur Verantwortung gezogen werden. Zur gleichen Schlußfolgerung gelangen Sie, wenn Sie den wirklichen Terrorismus — nicht diesen Kleingruppenterrorismus — untersuchen, beispielsweise den Staatsterrorismus in Els Salvador oder Guatemala.

In El Salvador, dessen Streitkräfte Marionettenarmeen der USA sind, wird die Bevölkerung auf eine unglaubliche Weise massakriert und abgeschlachtet. In den letzten sechs Jahren gab es etwa 60.000 Opfer. Ähnlich ist die Politik der Terrorarmee Guatemalas, die immer die Unterstützung der Vereinigten Staaten hatte. Oder nehmen Sie die „Contra", die die prinzipielle, schlechthin terroristische Vereinigung der Gegenwart darstell. Das gleiche Phänomen finden wir, wenn wir die terroristischen Aktivitäten der Vereinigten Staaten gegen Kuba betrachten. Seit der Regierung Kennedy ist Kuba das wesentliche Ziel des internationalen Terrorismus gewesen, mehr als jeder andere Staat in der Welt.

Das, was ich bis jetzt erwähnt habe, sind nur einige Details. Die USA ist einer der größten Terrormächte überhaupt und „Gangster-Staat" ist daher ein korrekter Begriff.

Was wird dieser Gangster-Staat in Nicaragua tun? Eine Intervention mit Bodentruppen scheint im Moment nicht möglich zu sein. Was ist ihr Szenarium für die nächste Zukunft? Werden die USA etwas unternehmen?

Ich denke schon. Zunächst einmal müssen wir uns bewußt sein, daß *in den herrschenden Eliten der USA eine wirkliche Hysterie existiert.* Sie sind nicht lediglich besorgt, sondern hysterisch. Lesen Sie beispielsweise die Reden des Präsidenten. Er weiß natürlich nicht, was drin steht, aber die Leute, die sie schreiben, produzieren sie mit derart unglaublichen Lügen, daß es einem schwer fällt, historische Parallelen zu finden, ausgenommen vielleicht bei den Nazis und Stalin. Oder, wenn *George Shultz* im Fernsehen spricht und sagt, *Nicaragua sei ein Krebsgeschwür,* das wir herausschneiden müssen, dann ist der Punkt der Hysterie erreicht. Das erinnert einem an die *Nazisprache* der dreißiger Jahre.

Nun bemühen sie sich darum, die Autorisierung des Kongresses für eine Ausweitung des Krieges zu bekommen. doch das Reden über die 100 Millionen Dollar („contra"-Hilfe H.D.) ist eine Nebenshow. *Das Geld ist ihnen egal. Sie stehlen es einfach. Es handelt sich um eine Gruppe völlig gesetzloser Leute. Die nehmen einfach das Geld illegal aus dem CIA-Budget. Es ist z.B. gerade bekanntgeworden, daß die CIA jahrelang die „Contras" illegal und in direkter Weise finanziert hat. Was sie wollen, hat mehr symbolische Bedeutung.* Sie wollen eine Erlaubnis/Bestätigung (endorsement) des Kongresses für zukünftige Aktionen und diese zukünftigen Aktionen werden, meines Erachtens, in einer Blockade bestehen.

Die „contras" sind wahrscheinlich keine erfolgreiche Terrorgruppe und ich bezweifle, daß man sie in eine solche verwandeln kann. Andererseits können die USA – aus verschiedenen Gründen – nicht direkt intervenieren. Sie werden daher, so ist zu vermuten, ihre technologischen Vorteile ausspielen. Schnellboote könnten z.B. benutzt werden, um Schiffe anzugreifen oder zu bedrohen. Aufgrund des US Embargos und der Feigheit Europas und dem Zurückweichen Lateinamerikas wird, bei einer verstärkten Konfrontation, der größte Anteil des Seetransports über Frachter des Ostblocks abgewickelt werden müssen. Die USA könnten versuchen, dies zu stoppen, indem sie eine internationale Konfrontation heraufbeschwören. Das ist die Arena, in der sie hoffen können, zu gewinnen, wie während der Raketenkrise um Kuba. Dies alles basiert natürlich auf der Voraussetzung, daß die Sowjets immer nachgeben (back off) werden, wie sie das im allgemeinen ja auch tun.

Was wir also mit relativ großer Wahrscheinlichkeit erwarten können, sind Angriffsdrohungen und vielleicht direkte Angriffe gegen kubanische oder Ostblock-Schiffe.

Wäre es der Beginn eines regionnalisierten Krieges?

Das ist schwer vorherzusagen. Es könnte auch zu einem Nuklearkrieg fürhren und dann gäbe es nichts mehr, über das man reden bräuchte. Der Gedanke daran ist für die US-Planer relativ unbedeutend, verglichen mit der Wichtigkeit, ein kleines Land daran zu hindern, seine Ressourcen für die eigene Bevölkerung zu verwenden.

Während des Vietnahmkrieges spielten Sie eine wichtige Rolle in der Widerstandsbewegung und waren von einer Gefängnisstrage bedroht. Ich weiß, daß Sie nicht gern darüber reden, aber könnten Sie uns trotzdem einige Erläuterungen geben?

Nun, ich war in der Tat an Widerstandsaktionen und zivilem Ungehorsam (civil disobedience) usw. beteiligt, und es war sehr wahrscheinlich, daß ich eine fünfjährige Gefängnisstrafe bekommen würde. Die Regierung verfolgte Leute, welche den Widerstand organisierten, es wurden Prozesse durchgeführ etc. Dann kam die Tet-Offensive und die Politik der Regierungsplaner und großen Geschäftsleute änderte sich. Die Tet-Offensive, im Januar 1968, überzeugte im wesentlichen die amerikanischen Eliten, daß die Kosten des Krieges im Verhältnis zu seinen möglichen Vorteilen zu hoch waren. Daß es sich um eine Investition handelte, die zu liquidieren war. In diesem Moment fanden viele Veränderungen statt. Um nur eine zu erwähnen: Eine große Delegation kapitalistischer Wirtschaftführer fuhr nach Washington und teilte Johnson ohne Umschweife mit, daß er zu gehen habe. Es war schon ein erstaunliches „power play", und Johnson trat zurück.

Die Vereinigten Staaten begingen den taktischen Fehler, eine Wehrpflichtigen-Armee (citizen's army) in einem Kolonialkrieg einzusetzen. die *Franzosen* z.B. benutzten die *Fremden-Legion.* Sie benutzten *professionelle Killer, Ex-Nazis, und so weiter.* Und so muß man einen Kolonialkrieg führen. Man braucht professionelle Killer, weil im westlichen Zivilisten umzubringen sind. Dafür ist die Armee, die sich aus Bürgern zusammengesetzt, wenig geeignet. Ihnen fehlt die Ausbildung und sie spiegeln zu sehr die Werte der zivilen Gesellschaft wider.

Die Armee begann also auseinanderzufallen, was nur für sie spricht, würde ich sagen. Das Land wurde rebellisch und sie hatten jene „Krise der Demokratie", die sie so sehr beunruhigte. Sie änderten daher viele Dinge und eins der Nebenprodukte dieser Veränderungen bestand darin, daß die Anklagen nicht weiter verfolgt wurden. Und viele von uns, die im Widerspruch engagiert waren, wurden wahrscheinlich dadurch vor beträchtlichen Gefängnisstrafen bewahrt.

In einer kapitalistischen Gesellschaft wird alles zur Ware, einschließlich der Freiheit, und du kannst soviel haben wie du zu kaufen vermagst. Und in einem reichen Land kannst du viel kaufen. Wenn du ein Organisator bist, dann bringen sie dich vielleicht um oder machen sonst irgendetwas. Doch wenn du Teil der relativ priviligierten Eliten bist – und diese umfassen einen beträchtlichen Sektor der Bevölkerung – dann bist du gegen wirkliche Gewalt von Seiten der Regierung geschützt. Dies ist ein sehr wichtiges Faktum. Deshalb rede ich nicht sehr viel über diese Dinge.

Seitdem haben Sie ihren Kampf für die Unterdrückten und Armen nicht aufgegeben. Welches ist die Motivation hinter Ihrem Engagement und welchen Preis zahlen Sie?

Ich würde den Preis, den ich zahle nicht übertreiben. Er besteht in Marginalisierung, Verunglimpfung, gewissen Regierungsrepressionen, sehr viel Zeitverlust usw., aber dies kann man nicht als wirkliche Kosten betrachten.

Meine Motivation? Wir leben in dem größten Terroristenstaat, den es auf der Welt gibt. Wir unterdrücken, foltern, morden und verursachen den Hungertod vieler Menschen. Wir machen horrende Dinge. Es ist nicht mehr als eine minimale moralische Verantwortlichkeit, wenn wir dei Opfer vor der Gewalt unseres eigenen Staates zu schützen versuchen. Darauf läuft es im Grunde hinaus.

Das Interview führte am 27. April 1986 Heinz Dietrich.

Entnommen haben wir das Interview einer Aktionszeitung, die gemeinsam von dem Verein Monimbo und Correos de Centroamerica herausgegeben wurde. Neben dem Chomsky-Interview befindet sich in der Zeitung auch ein Beitrag von Heinz Dietrich, der aufzeigt, zu welchen Maßnahmen die sandinistische Führung in Nicaragua gezwungen werden könnte und welche Konsequenzen sich für Solidaritätsarbeit hier daraus ergeben. Desweiteren befindet sich in der Zeitung ein Beitrag von Oscar René Vargas, Professor für Sozialökonomie in Managua, über die unmittelbare Zukunft Nicaraguas. Ausführlich diskutiert er die zu erwartenden neuen Strategien des Weißen Hauses und der, durch die amnestierten Contras verstärkten, inneren Opposition.
Der Erlös aus dem Verkauf der Zeitung kommt der Kampagne „Nicaragua muß überleben" zugute.

Bestellungen an: Verein Monimbo, Darmstädter Str. 23, 6057 Dietzenbach
Correos de Centroamerica, Pf 1203, CH-8036 Zürich

Brasilien

Theologie der Befreiung in der Praxis



Interview mit Bischof D.J.S. Rodriguez

Brasilien-Initiative: Welche Bedeutung hat die Theologie der Befreiung?

D. José: Meine Diözese ist 60.000 Quadratkilometer groß, ungefähr doppelt so groß wie Belgien. Und dort bin ich alleine als Bischof mit 10 Priestern und 15 Ordensschwestern. In Belgien jedoch gibt es einen Kardinal, 10 Bischöfe und eintausendundsoundsoviele Priester.

Für uns in Brasilien hat die Befreiungstheologie zwei Bedeutungsebenen. Zunächst gehen wir von der Realität unseres Volkes aus. Und die Realität unseres Volkes heißt: extreme Armut. Nach neuesten Statistiken leben von 130 Millionen Brasilianern 20 Millionen in sehr guten Verhältnissen, weitere 10 Millionen leben gut. Und dann sind da noch die restlichen 100 Millionen. Von diesen 100 Millionen leben 40 Millionen mit einem niedrigen bis sehr niedrigen Einkommen, und 60 Millionen hungern tagtäglich. Diese extreme Armut zeigt sich bei uns an erster Stelle als Hunger. Vom Hunger kommen die Krankheiten des brasilianischen Volkes, dieses armen Volkes. Diese extreme Armut kommt in den Elendsvierteln zum Ausdruck, den Favelas. Es gibt Millionen von Favelados in Brasilien, Millionen von Menschen, die in Elendsvierteln hausen. Und diese extreme Armut zeigt sich auch im Analphabetentum.

Im Januar dieses Jahres war für uns im Nordosten das Ende von sechs Jahren Dürrezeit. Nach den Statistiken der Landarbeiter und der Bischöflichen Landpastoral-Kommission sind in diesen 6 Jahren 3.500.000 Menschen im Nordosten gestorben, vor allem Kinder.

Situationsanalyse...

Auf dieser ersten Bedeutungsebene sehen wir also, in welcher Lage sich dieses Volk befindet, und wir sehen auch, wie dieses Volk zu reagieren anfängt: die Menschen schließen sich zu kirchlichen Basisgemeinden zusammen, sie fangen an, echte Gewerkschaften aufzubauen, beginnen, politische Parteien zu gründen, und sogar eine eigene Arbeiterpartei, die PT (Partido dos Trabalhadores). Das ist die Praxis des brasilianischen Volkes, das in der Mehrheit christlich und katholisch ist.

...vor dem Hintergrund der Bibel

Hier beginnt dann die zweite Bedeutungsebene der Befreiungstheologie, nämlich das Nachdenken über diese Situation des Volkes. Das Volk fängt an, die Bibel von seinem Leben her zu lesen, aus seiner Situation heraus. Da liest zum Beispiel das brasilianische Volk im Alten Testament über das Sklavenleben der Juden in Ägypten und stellt fest, daß ja jene Sklaverei in Ägypten genau ein Abbild der Sklaverei ist, die es selbst schon seit 485 Jahren in Brasilien erleidet. Im Buch Exodus, das den Auszug des jüdischen Volkes ins gelobte Land beschreibt, beginnt das Volk den Exodus zu sehen, den Weg heraus, den Weg, auf den es sich begeben hat um sich zu befreien.

Und im Neuen Testament sieht das Volk, daß Jesus in seiner Frohen Botschaft entschieden zugunsten der Armen eingetreten ist. Er wurde arm geboren, von einer armen Mutter. Der heilige Josef war arm. Als Apostel hat er sich Arme ausgesucht. Das Evangelium hat er den Armen verkündet. Und Jesus hat befreiend gehandelt und geredet. Er sagte z.B., der Sabbat sei für den Menschen gemacht und nicht der Mensch für den Sabbat, und das heißt, die Strukturen sollen für die Menschen da sein und nicht die Menschen für die Strukturen. Er hat auch gesagt, daß er in die Welt gekommen ist, damit alle Menschen das Leben haben, und Leben heißt Fülle, Leben auf allen Ebenen und in allen Dimensionen. Da sehen wir dann, daß diese Situation in Brasilien und in Lateinamerika, wo der Tod regiert, nicht von Gott gewollt ist, und nicht der frohen Botschaft, dem Evangelium entspricht. Wer uns dabei hilft, das Leben des Volkes gemäß dem Evangelium zu leben, das sind unsere Theologen.

BI: Ist die Befreiungstheologie marxistisch?

D. José: Im Evangelium finden sich keine Kriterien, die uns helfen, die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen, die unser Volk unterdrücken, zu analysieren. Wir brauchen aber die Sozialwissenschaften, denn genau sie helfen uns, diesen ganzen Mechanismus zu verstehen, der unser Volk unterdrückt. Wir meinen, Karl Marx war der erste, der den ganzen Komplex der Ausbeutung, die das kapitalistische System uns gebracht hat, aufgezeigt hat. Und ich glaube, daß marxistische Kategorien in den Sozialwissenschaften heutzutage allgemein akzeptiert sind. Papst Johannes Paul II benützt in seiner Sozialenzyklika über die Arbeit, Laborem exercens, sechs oder sieben mal marxistische Kategorien, wie z.B. Kapital, Arbeit, Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital usw. Und niemand sagt, der Papst sei Marxist, weil er marxistische Kategorien benutzt. Und genau in diesem Punkt liegt die Schwierigkeit, die die europäischen Theologen haben, uns zu verstehen, z.B. Kardinal Ratzinger, und vielleicht sogar der Papst selbst. Denn von hier, von Europa aus, verstehen sie unsere Situation nicht. Also ist die dringlichste Befreiung die, das Volk frei zu machen von Hunger, danach von den Folgen des Hungers, den Krankheiten, es aus dem Analphabetentum zu befreien, aus den Favelas, aus dieser ganzen schrecklichen Lage.

Nun wissen wir aber, daß alle diese Arten von Kechtschaft eine Folge der Sünde sind, der Sünde nämlich, die im Herzen der Menschen wohnt, und Folge der Sünde, die in den gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen greifbar ist. Diese Sünde nennen wir soziale Sünde. Die tiefgreifendste Befreiung ist die Befreiung von der Sünde unseres



Millionen von Menschen müssen in Favelas hausen

Herzens und der Strukturen, damit können wir das Volk von all dem befreien. Diese Befreiungspastoral der Kirche Brasiliens und Lateinamerikas wird also von der Theologie der Befreiung erklärt und unterstützt. Und genau das verstehen wir unter Befreiungstheologie.

Für die Leute hier in Europa, die wie in einem Elfenbeinturm leben, ist es schwierig, uns zu sagen, wie wir unsere Pastoral machen müssen. Wir akzeptieren nicht, daß sie uns dreinreden. Wir wissen selbst, was wir tun müssen, denn wir erleben die Situation des Volkes tagtäglich...

Die Verantwortung der europäischen Kirche

BI: Könnte die europäische Kirche politisch Hilfestellung leisten?

D. José: Was den Einfluß der europäischen Kirche auf die brasilianische Kirche angeht, würde ich überlegen, was die hiesige Kirche für uns tun kann angesichts dieser Situation extremen Elends in Brasilien — z.B. ist die Außenverschuldung Brasiliens die höchste der Welt, und das sind mehr als 100 Mrd. Dollar, mehr als 200 Trillionen Cruzeiros. Brasilien hat keinerlei Möglichkeit, das zurückzuzahlen, nicht einmal die Zinsen dieser Schulden. Nun glaube ich, daß die europäischen Christen, und mehr noch die Katholiken, bis hin zur kirchlichen Hierarchie, in Europa selbst Druck auf die eigenen Regierungen und die Banken ausüben können, damit sie Lateinamerika anders behandeln.

Die Deutsche Bank z.B. ist der Koordinator der 830 Banken, bei denen Brasilien hier in Europa verschuldet ist. Als im letzten Jahr die Neuverhandlung der brasilianischen Verschuldung durchgeführt wurde, waren es die deutschen und englischen Banken, die die größten Schwierigkeiten machten. Brasilien muß in diesem Jahr 1985 alleine an Zinsen und Zinseszinsen 72 Milliarden Dollar bezahlen. Mit allen Exportbemühungen, um diese Schulden zurückzahlen zu können, wird Brasilien dieses Jahr aus dem Export nur 60 Mrd. Dollar erwirtschaften. Da bleibt ein Minus von 12 Mrd. Dollar. Unter diesem Druck, für den Export zu produzieren, gehen die kleinen Unternehmen in Brasilien bankrott. Und so dürfte es in Brasilien im Augenblick ungefähr 20 Millionen Arbeitslose und Unterbeschäftigte geben. Mit dieser Arbeitslosigkeit wird der Hunger in Brasilien zunehmen.

Der Druck also, den die Katholiken, die Christen, die Kirche ausüben können, wäre ein Druck auf die Banken, damit diese verstehen, daß es für Brasilien nicht mehr möglich ist, Schulden zu zahlen — Schulden, die schließlich von Militärregierungen gemacht wurden — auf Kosten des Tods und Hungers von Millionen von Brasilianern. Was wir brauchen, ist ein Druck auf die europäischen Regierungen, vor allem auch wegen der skandalösen Seite dieses Problems, daß nämlich die brasilianische Verschuldung während dieser 21 Jahre Militärregierung furchtbar zugenommen hat. Diese Verschuldung wurde für pharaonische Projekte eingegangen, die in nichts dem Volk zugute kamen. Die Atomkraftwerke zum Beispiel. Zuerst hatten es 30 sein sollen, dann wurden sie auf 8 reduziert und jetzt schließlich besteht das Projekt im Werk Angral, das schon 2 Mrd. verschlungen hat und das nicht funktioniert. Die Banken hatten damals die Gelegenheit ausgenutzt, daß es in Brasilien diese starken Militärregierungen gab — Militärregierungen, die keine Unterstützung im Volk hatten — um all diese Investitionen zu machen, und sie haben Brasilien in eine Verschuldung gebracht, aus der es nicht mehr entfliehen kann.

In dieser Form kann die Kirche hier Einfluß nehmen, und das würde uns in Brasilien helfen. Ich sehe keine andere Art von Einflußnahme, die sie auf uns ausüben könnten, weder positive noch negative.

Staudamm-Projekt Sobradinho

BI: Nun zu Sobradinho, was geschah mit den Familien, die vertrieben wurden, und wie ist die Situation jetzt?

D. José: Ich habe diesen ganzen Streit von Sobradinho durchlebt. Ich wurde im Dezember 74 zum Bischof von Juazeiro ernannt und kam im Februar 75 in die Diözese. Als ich ankam, war schon damit begonnen worden, die Bevölkerung umzusiedeln. Die Diözese verfügte über keinerlei Strukturen, mit denen man die Problematik hätte angehen können.

Als ich in der Diözese ankam, wo die meisten Priester aus dem Ausland stammten, meinten die einen, es gehöre zur Aufgabe der Kirche, sich um die Probleme des Staudammbaus zu kümmern, andere waren der Ansicht, das sei nicht Aufgabe der Kirche. Da ich den Staat Bahia nicht kannte, hörte ich erst nach meiner Bischofsernennung von diesem Staudamm von Sobradinho. Als ich dann dort ankam und mir das Problem zu Bewußtsein kam, bezog ich bald darauf Stellung, denn schon von meinem Temperament und meiner Option her gab es nur zwei Möglichkeiten: entweder ich stellte mich in diesem Kampf auf die Seite der betroffenen Arbeiter, oder ich würde gehen. Und kurz danach bezog ich Stellung, alleine, ohne jemanden zu kennen, ohne zu wissen, wem ich vertrauen könnte. Ich organisierte dann ein Treffen der Bürgermeister. Problematisch war damals dabei, daß die Region zur Nationalen Sicherheitszone erklärt worden war. Jetzt, nachdem dieses Nationale-Sicherheits-Dekret ungültig ist, wird es am 15. November Wahlen geben. 1975 jedoch war die Zeit der repressiven Militärregierung. Die zivilen Mandatsträger wagten nicht zu reden, aus Angst vor den Repressionen. Und ich kam also da neu hin, und fing an, meinen Mund aufzumachen. Die Familien waren mit so gut wie nichts abgefunden worden. Mit dem Geld für die Abfindung konnten

die Familien nicht einmal die Busfahrt bis Sao Paulo bezahlen.

So versuchten wir also, mit der Arbeit anzufangen. Nach 2 Jahren nahmen wir einen Rechtsanwalt, gründeten die Pastorale Landkommission CPT (Comissão Pastoral da Terra), die dort mit ihrer Arbeit begann, und danach die CPT der Diözese.

Natürlich wissen wir, daß die juristische Arbeit in Brasilien wenig bewirkt, denn für die Armen arbeitet die Justiz langsam, Aber wir wollten die Baufirma CHESF festhalten, damit sie nicht die Region verläßt und behauptet, sie hätte alle gerecht abgefunden, denn es gäbe ja keine Prozesse gegen sie. Wir fingen also an, Prozesse zu führen, und diese sind bis heute noch nicht entschieden. Prozesse z.B., die 500 Familien betreffen, die keinerlei Abfindung bekommen hatten.
Aber das Verfahren läuft noch und in dieser Zeit haben wir versucht, das Volk zu organisieren. Das ging sehr langsam, einmal deshalb, weil es sich um ein sehr armes Volk handelt, und zum anderen, weil wir es mit einem Nationalen Sicherheitsgebiet zu tun hatten, wo die Repression sehr stark spürbar war. In diesen zehn Jahren ist es uns gelungen, einen Beitrag zur Organisierung des Volkes zu leisten. Wir haben einiges erreicht, und das half den Menschen von Itaparica. Im folgenden möchte ich etwas zu Itaparcia sagen, und danach komme ich wieder auf Juazeiro zurück.

Lehren aus Sobradinho: Das Beispiel Itaparica

Itaparica liegt oberhalb von Sobradinho. Ich habe da ein Radioprogramm beim Landradiosender von Petrolina, das jeden Freitag ausgestrahlt wird, und dieses Programm kann sogar dort oben in Itaparcia gehört werden. Ich redete also über all diese oben erwähnten Probleme in meinen Radiosendungen, und die Familien von Itaparica hörten diese Sendungen und waren entsetzt über das, was in Sobradinho passierte. Und damit begannen sie, sich zu organisieren.

In Itaparcia konnten sie schon einige Erfolge verzeichnen. Sie haben nicht alles erreicht. Aber auf einmal stellten sich die Landarbeiter vor die Traktoren und hinderten diese daran, auf die Baustelle zu fahren und das Lager für die Bauarbeiter aufzustellen. Der Bau des Staudamms wurde mehrmals verzögert, der See dort sollte eigentlich schon gefüllt sein. Jetzt versprechen sie die Fertigstellung für 86, 87. Noch vor kurzem war eine Abodnung der Bewohner von Itaparcia bei einer Debatte in der SUDENE (Superintendência para o desenvolvimento do Nordeste) in Salvador über den Plan der SUDENE für den Nordosten (Plano Diretor da SUDENE no Nordeste), und diese Abordnung verlangte die Zurückführung und Wiederansiedlung der Familien. In einem Jahr wird der Stausee gefüllt sein, und die CHESF hat noch kein Land bereitgestellt, wo die Menschen bleiben könnten. Es ist ein sehr harter Kampf für die Menschen da oben. Sie fordern Land am Ufer des Stausees. Sie wollen keine Entschädigung, sie wollen gutes Land am Seeufer und Entschädigung für ihre einfache Infrastruktur, Schule, Krankenhaus, Häuser. Der Kampf in Itaparica geht also weiter. Und jetzt ist vielleicht der wichtigste Augenblick: innerhalb von ca. einem Jahr wird der See angelegt sein, und der größte Teil der betroffenen Familien ist noch nicht umgesiedelt.

Was haben wir in Sobradinho erreicht? Früher war die Gegend von Sobradinho caatinga, eine Buschwald mit dornigem Gestrüpp, dann enteignete die CHESF diese ganze Gegend. 1981 hatte die CHESF den Bau des Werks abgeschlossen, nachdem die 6. Turbine montiert war, die 1.050 Kw Strom produziert.

Es ist ja ein Teil der kapitalistischen Logik, daß das Kapital die Menschen vor den Karren spannt. Es gab Zeiten, wo in Sobradinho 30.000 Arbeiter am Bau beschäftigt waren. Danach, als das pharaonische Werk fertig war, brachen die Techniker auf zu einem anderen Werk. Dort bekommen sie ein gutes Gehalt, und wie es dem Volk geht, interessiert sie nicht.

1981 herrschte in Sobradinho extreme Armut. Das Volk litt Hunger, es gab nichts zu essen. Und dann sahen die Leute dieses Land am Seeufer, das die CHESF enteignet hatte, und das jetzt geräumt war. Viele Menschen kamen zu unserem Pastoralassistenten in Sobradinho, einem Agraringenieur – es gibt dort nämlich keinen Priester, und dieser Argraringenieur, der verheiratet ist und zwei Kinder hat, wohnt da und verdient manchmal die Vikarsdienste, feiert Wortgottesdienste, tauft und assistiert bei Trauungen, nur die Messe feiert er nicht. Die Leute kamen also zu ihm und fragten ihn, ob er ihnen helfen würde, wenn sie dieses Land am Seeufer einzäunen würden. Der Ingenieur sagte zu. Darauf gingen sie nachts in den Wald, schnitten sich Zaunpfähle und begannen früh morgens, das Land einzuzäunen. So umfriedeten sie dort mehrere Landstücke und gründeten sieben Bauernvereinigungen mit eingetragenen Statuten, und diese begannen, Druck auf das Landinstitut von Bahia, Interba (Instituto de Terra da Bahia) auszuüben. Die Interba verlieh den Titel für das Land jedoch nicht auf den Namen von Privatpersonen, sondern auf den Namen der Vereinigung. Das Land gehört allen gemeinsam. Nachdem sie das erreicht hatten, übten sie Druck auf die Regierung aus, um Kredite und technische Hilfe zu bekommen, und an vielen Stellen begannen sie schon, das Land zu bewässern.

Die Lage sieht nun so aus: In der ersten Hälfte dieses Jahres habe ich sie noch besucht, und das, was ich dort sah, halte ich für sehr interessant. Unter dem Mast einer Hochspannungsleitung der CHESF war eine Windmühle angebracht, mit deren Hilfe das Wasser für die Bewässerung der Felder geschöpft wurde, denn der Strom ist zu teuer, den können sie nicht bezahlen, Das ist typisch für das kapitalistische System: die Armen benützen unter einem Strommast – von Strom, der hier produziert wird – ein uraltes System wie die Windmühle.

BI: Und wem nützt jetzt dieser Strom?

D. José: Der Strom geht nach Salvador, Recife und sogar bis Belém an die Amazonasmündung, und dient sogar der nächtlichen Beleuchtung des Staudamm-Großprojekts und Tucuri. Dieser Strom dient also der Bereicherung von Gruppen und Unternehmen, die schon reich sind. Dagegen gibt es z.B. im Armenviertel Vila São Joaquim in Sobradinho in einigen Straßen keinen Strom.

BI: Was für eine Art von landwirtschaftlichen Unternehmen entsteht eigentlich hier in der Gegend rund um den Staudamm?

D. José: Seit 1976 wurden in meiner Diözese 6 große Bewässerungsprojekte installiert. Das Unternehmen, das diese Bewässerungsprojekte betreibt, ist die Code-

Fakten zu Sobradinho

Beginn der Bauarbeiten:	1973
Februar 19779	Schließen der Schleusen
Mai 1979:	Inbetriebnahme
Größe des Stausees:	4214 km² (einer der größten der Welt)
Anzahl der Turbinen	6
Kapazität pro Turbine (MW):	175

4 Munizipien Casa Nova, Remanso, Sento Sé, Pilão Arcado wurden ganz, von den Munizipien Juazeire, Xiqure-Xique und Barra wurden Teile überschwemmt.

Ungefähr 70.000 Menschen wurden durch das Staudammprojekt vertrieben.

Ziele des Projekts:

- Stromerzeugung für die Industriezentren
- Bewässerungsprojekte, um Exportgemüse anzubauen. Ferner Anbau von Zuckerrohr, um Alkohol als Benzinersatz herzustellen. (d.h. Land für notwendige Nahrungsmittelproduktion geht verloren.)

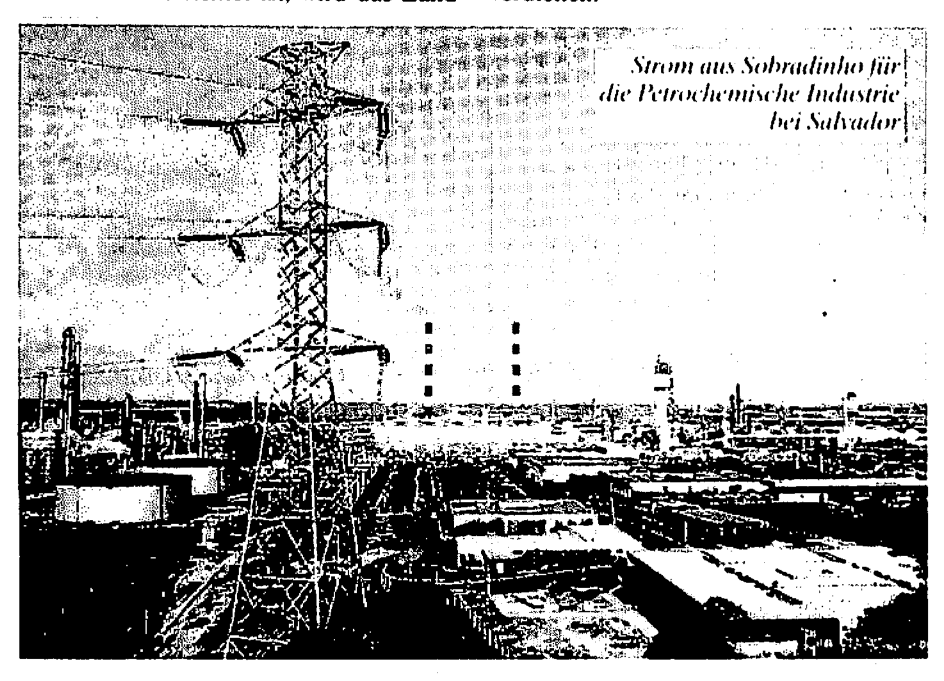
vasf (Companhía do Desenvolvimento do Vale do São Francisco). Und die Codevasf kommt und enteignet diese Ländereien und zahlt nur eine ganz geringe Entschädigung. Die Landarbeiter müssen das Land verlassen, denn es handelt sich um ein Regierungsprojekt. Sie bekommen eine lächerliche Abfindung. Danach legt die Cedevasf eine ausgeklügelte Infrastruktur an, ausgezeichnete Kanalanlagen etc. Nachdem diese großartig angelegte Infrastruktur errichtet ist, wird das Land an mittlere und große Agragunternehmen verkauft, und diese exportieren dann ihre Produkte. In Petrolina haben wir sogar einen internationalen Flughafen. Die Früchte, die rund um den Stausee angebaut werden, werden exportiert: z.B. Melonen bester Qualität.

Am Karsamstag bekam ich einen Brief von einem Freund in Holland, der mir schrieb, daß er eine Melone von Curaçá aus meiner Diözese gekauft hatte. Die Früchte also, die da angebaut werden, werden nach São Paulo, Rio de Janeiro, Rio Grande do Sul, Frankreich, Deutschland und Holland exportiert, aber hier bleiben sie nicht, denn das Volk hat kein Geld, sie zu kaufen. Für uns bleiben die madigen Melonen, die madigen Tomaten. Reich werden an dem Geschäft also nur wenige.

BI: Wie ist eigentlich die Situation der Arbeiter dort? Sie sagten vorhin, daß zur Zeit des Staudammbaus 30.000 Arbeiter beschäftigt waren, und daß diese nach dem Abschluß der Bauarbeiten arbeitslos wurden.

D. José: Wie ich Ihnen schon gesagt hatte, gab es mit der Gründung der sieben Bauernvereinigungen Arbeit für die Menschen in diesen Projekten. Beim ersten, dem von Lagoa Seca, besuchte der Landwirtschaftsreferent von Juazeiro das Projekt. Die Bauern fragten, ob man da irgendetwas anpflanzen könne, aber der Referent antwortete, die Erde sei nicht gut, man könne nur noch Ziegel daraus machen. Die Bauern aber pflanzten Reis, und im folgenden Jahr ernteten sie 80 Säcke Reis.

Was die Arbeitslosigkeit angeht, so gibt es in Juazeiro, das eine mittelgroße Stadt ist, 20.000 Arbeitslose. Es gibt 10.000 Kinder und Jugendliche, die nicht zur Schule gehen, und 2.000 Prostituierte, die keine andere Möglichkeit haben, Geld zu verdienen.


Strom aus Sobradinho für die Petrochemische Industrie bei Salvador

Volksbildung und der Zusammenschluß der Armen

BI: Was ist in der Diözese unternommen worden, um die Lage dieses Volkes zu verbessern?

D. José: Die Diözese von Juazeiro will den Leitlinien folgen, die das Dokument der Lateinamerikanischen Bischofskonferenz in Puebla verabschiedet hat: wir wollen eine Pastoral der Befreiung leben. Und wie das Dokument von Puebla haben wir uns für zwei vordringliche, grundlegende Dinge entschieden.

Wir haben die Option für die Armen, denn die erdrückende Mehrheit in der Diözese sind Arme. Wir haben auch eine Option für die Jugendlichen, denn die Mehrheit unseres Volkes ist jung. Wir hoffen, daß die jungen Leute Dynamik und neue Ideen haben, und mit den jungen hoffen wir, eine neue Gesellschaft aufzubauen. Wir wissen,daß die einzige Macht der Armen darin liegt, daß sie sich zusammenschließen, sich organisieren; und deswegen spricht das Puebla-Dokument oft davon, daß die Kirche kirchliche Basisgemeinden bilden muß. Das Ziel unserer Arbeit ist also, Basisgemeinden zu gründen, wo das Volk — wie ich schon hinsichtlich der Befreiungstheologie gesagt habe — seine eigene Wirklichkeit sehen kann, diese im Licht des Evangeliums analysieren kann, im Licht der Sozialwissenschaften sich versammeln, sich organisieren kann, um dann daran zu gehen, seine Probleme zu lösen. Unser Volk in Brasilien, in Lateinmmerika, ist bis heute immer nur Objekt gewesen. Die Militärregierungen und andere Arten von Regierungen haben stets Projekte für das Volk gemacht, das Volk ist immer Objekt der Entwicklung. Es war niemals Supjekt. Wir aber wollen, daß das Volk zum Subjekt wird. Sie müssen sich also zusammenschließen, ihre Probleme diskutieren und selbst ihre Probleme lösen. Als Hilfe dafür haben wir die Methode der Volksbildung von Paulo Freire, der schon zweimal in unserer Diözese war, und nächstes Jahr wieder kommt. Er hat jeweils eine Woche mit uns verbracht und *Monitores* (arbeiten nach ihrer eigenen Alfabetisierung in ihrer Gemeinde/ihrem Stadtteil selbst in der Alfabetisierung) ausgebildet.

Diese Bildung geht von der Situation des Volkes aus. Von daher kommen die Begriffe, die vom Volk am häufigsten benützt werden, und diese Begriffe oder Wörter sind generative Wörter, wie Paulo Freire das nennt, wie z.B. das Wort Hunger, eine Begriff, über den das Volk in unserer Region am meisten spricht. Und hier fangen auch schon die Fragen an: Fällt der Hunger vom Himmel? und so beginnt die ganze Diskussion über die Situation des Volkes. Und irgendwann kommt dann der Augenblick, wo die Landarbeiter schreiben und lesen lernen wollen, denn das sind Instrumente, die ihnen helfen sich zu befreien, Darlehen aufnehmen zu können, die Zeitung zu lesen.

Die gewerkschaftliche Bildung halten wir für sehr wichtig, weil die Gewerkschaften bis heute in den Händen der *Pelegos* sind, der gekauften Gewerkschaftsfunktionäre.

Wir haben einen sehr schönen Erfolg in Campo Alegre de Lurdes errungen. Die dortige Gewerkschaft war vor 14 Jahren gegründet worden und war die ganze Zeit über in den Händen eines Pelego, der auch 14 Jahre lang Bürgermeister dieser Stadt war. Vor zwei Jahren verloren die Arbeiter die Wahl. Daraufhin haben sie sich organisiert, und bei den Wahlen im Juli dieses Jahres gewannen sie schon im ersten Wahlgang und übernahmen so die Gewerkschaft. Die Stimmenauszählung dauerte 15 Tage, denn sie wurde verzögert in der Hoffnung, das Volk würde sich entmutigen lassen. 15 Tage lang schliefen die Arbeiter im Gewerkschaftsgebäude um zu verhindern, daß Stimmen gefälscht würden.

Dann haben wir noch eine speziellere Art der Volksbildung, nämlich die politische Bildung. Wir haben schon drei Hefte dazu veröffentlicht: eines davon war im Jahr 1981, zur Vorbereitung auf die Wahlen von 82. Zuerst beschäftigen wir uns darin mit den Fragen: Was ist Politik? Welche Art von Politik interesserit das Volk? Was soll die Kirche in der Politik machen? Und danach erzählen wir in dieser Fibel die Geschichte Brasiliens. Wir

Brasilien-Initiative Freiburg e.V.,
In den Weihermatten 27, 7800 Freiburg

Vor kurzem erreichte uns beiliegender Brief unseres Freundes Alberto aus Münster. Hierin teilt er uns die Ermordung des Priesters Josimo Morais Tavares am 10. 5. 1986 durch bezahlte Killer mit. Josimo Tavares arbeitete zusammen mit Ricardo Rezende (s. unseren vorletzten Rundbrief) in der C.P.T. – comissão pastoral da terra – gemeinsam mit Landarbeitergewerkschaften. Er ist ein weiteres Opfer im Kampf um eine gerechte Landverteilung. Unterstützt die Bitte von Alberto und Ricardo um unsere Solidarität und sendet folgenden Brief unterschrieben an den Präsidenten Sarney, Palacío do Planalto, 70000 Brasilia – DF und eine Kopie an den Justizminister, Ministério da Justiça, Esplanada dos Ministérios, Bl, 10, 70000 Brasilia – DF.

Münster, 12. 5. 1986

Wir brauchen noch einmal die Solidarität aller Freunde Brasiliens. Ein guter Freund und Kursusgenosse von mir, der Diocesan Priester Josimo Morais Tavares, wurde am Samstag, dem 10. 5., in Imperatriz, Maranhao, ermordet. Er wurde von einem blonden, starken Typ in einem Auto gefolgt, der ihn in den Rücken schoß, als Josimo vom Pfarrhaus zum Büro der Comissao Pastoral da Terra ging. Am 5. 5. wurde schon ein Attentat auf ihn verübt, aber Josimo kam unverletzt davon. Sein Auto wurde mit Kugeln durchbohrt. Diesmal war er zu Fuß, soweit ich weiß. Wir haben zusammen mit Ricardo und anderen companheiros in der CPT gearbeitet. Ich habe mit Ricardo gestern telefoniert, er ist in Tocantinopolis, Goias, die Heimatstadt und Sitz der Diözese von Josimo, und er bat uns darum, dem Justizminister, Paulo Brossard, und dem Präsident Sarney Telegramme zu schicken, bzw. Briefe. Die Attentäter sind offensichtlich gedungene Pistoleiros im Dienste der Großgrundbesitzer der Region des „Bico do Papagaio“ – äußersten Norden von Bundesstaat Goias, wo Josimo mit Landarbeitergewerkschaften und Posseiros tüchtig gearbeitet hat. Er hat sein Leben für diese Leute gegeben. Heute ist die Beerdigung in Tocantinopolis, GO. Briefe an den Bischof können an die folgende Adresse geschickt werden: D. Aloisio Ilario, rua 15 de novembro – 77.900 – Tocantinopolis, GO. (Tel.: 062-8411262)

Alberto Moreira

Briefumschlag:
Sr. Jose Sarney, Presidente da Republica Federativa do Brasil Palacio do Planalto 70.000 Brasilia, DF Brasil

Recebemos do Brasil a notíca do bábaro crime cometido contra o padre Josimo de Morais Tavares, assassinado no dia 10 de maio em Imperatriz, Maranhào. Além disso, varios lavradores, padres e freiras tem sido assassinados ou ameacados de morte em funcao dos inúmeros conflictos de terra que têm convulsionado o país nos ultimos anos. Estas violências sáo cometidas por pistoleiros contratados pelos latifundiários. E o que é pior sob as vistas das autoridades que têm feito pouco ou quase nada para coibir e punir esses crimes. Solicitamos, portanto, que os assassinantos e violências sejam investigados pelas autoridades competentes e que os criminosos e seus mandantes sejam entregues à justiçia. Além disso, esperamos que as causas dos conflitos de terra sejam apuradas e que a já anunciada reforma agrária venha a ser efetuada o mais rapido possivel.
Contando com o seu interesse, subscrevemo-nos atenciosamente.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Aus Brasilien haben wir die Nachricht über die brutale Ermordung von Pater Josimo Morais Tavares erhalten, die am 10. Mai in Imperatriz, Maranho, verübt wurde. Immer wieder werden Landarbeiter, Priester und Schwestern ermordet oder von Mord bedroht im Zusammenhang mit den unzählichen Landkonflikten, die in den letzten Jahren in Brasilien drastisch zunehmen. Diese brutalen Gewalttaten werden von den privaten Milizen der Großgrundbesitzer verübt. Und noch schlimmer: Sie werden von den Behörden geduldet, die wenig oder gar nichts tun, um diese Gewalttaten zu verhindern oder die Verbrecher zu bestrafen. Wir ersuchen Sie, die Behörden anzuweisen, Ermordungen und Gewalttaten aufzuklären und die Schuldigen und deren Auftraggeber vor Gericht zu bringen. Wir hoffen darauf, daß die Ursachen der Landkonflikte offengelegt werden und daß die schon angekündigte Agrarreform so schnell wie möglich durchgeführt wird.

Hochachtungsvoll

---

erzählen, wie in diesem Zeitraum von 485 Jahren jedesmal, wenn das Volk versuchte, sich zu organisieren, um seine Probleme selbst zu lösen, dieses Volk blutig niedergemacht wurde. Als Beispiele dienen Quilombo dos Palmares, Canudos, Balaida etc. Wir zeigten auch, wie die Parteien in Brasilien gegründet wurden, immer von oben nach unten. Die einzige Partei, die von unten nach oben entstanden ist , war die Arbeiterpartëi, die *PT.*

Es gab eine heftige Reaktion gegen unsere Fibel. Antônio Carlos Magalhaes, der frühere Gouverneur von Bahia, lieferte im Fernsehsender Globo eine einstündige Attacke gegen mich. In jener Woche war die ganze Stadt Juazeiro mit Parolen bemalt. An der Tür der Kathedrale hing ein riesiger Anschlag: *der Bischof von Juazeiro ist Kommunist.* An der Kirchentür, an den Wänden, in der Innenstadt: *Tod den marxistischen Priestern.*

Die politische Bildung hat ein wenig geholfen, trotzdem gewann die Regierungspartei, die *PDS,* die Wahlen in der gesamten Region. Nur in Campo Alegre konnten wir zwei Kandidaten der *PT* in den Gemeinderat bringen.

Danach machten wir einen zweiten Band der Fibel, diesmal für die Wahlen von 1984, und da zeigten wir alle jene Tricks, die die Regierung sich ausgedacht hatte, um die Wahl zu behindern. Erreicht haben wir wenig. Jetzt publizieren wir die dritte Nummer der Fibel. Wir werden viel angegriffen, man behauptet, wir seien Marxisten und Kommunisten, denn seit der Gründung der Kommunistischen Partei im Jahr 1922 wurde meinem Volk immer dann, wenn in Brasilien eine Strukturveränderung versucht wurde, Angst eingejagt mit dem Gespenst des Kommunismus. Man erzählt den Leuten folgendes über den Kommunismus: er entfführt die Frauen, mordet die Kinder, tötet die Prieser und wird den Leuten alles wegnehmen etc. Diese Angst, dieses Phantom Kommunismus lähmt also die Menschen.

Wir beschreiben in der Fibel *Das Volk entdeckt die Gesellschaft,* wie die primitive Gesellschaft war, wie der Feudalismus gekommen ist, danach der Kapitalimus und als Reaktion auf den Kapitalismus der Sozialismus. Wir sagen also, daß wir unsere Gesellschaft in Brasilien gestalten müssen. Wir wollen keinen Kapitalismus, aber auch keinen Kommunismus. Wir wollen, wie das Dokument von Puebla es ausdrückt, eine Gesellschaft gestalten, in der es Beteiligung, Solidarität und Brüderlichkeit gibt. Das heißt, die Dinge so weit wie möglich gemeinsam zu haben, und das würde heißen, das Haben, die Macht, das Wissen zu sozialisieren.

BI: Wie sieht die Kirsche die Landreform, die jetzt angekündigt wurde?

D. José: Die Landreform ist noch sehr vage, sehr unausgegoren. Aber wir in der Kirche Brasiliens glauben, daß wir den ersten Schritt nützen, nämlich auf die Erfüllung des Landstatuts drängen müssen

(Das Landstatut, wurde zu Beginn der Regierungszeit der Militärs beschlossen, jedoch nie durchgeführt. Es ist fortschrittlicher als die jetzt geplante Landreform und sieht u.a. Enteignung bei sozialer Notwendigkeit vor.)

Im Augenblick gibt es eine enorme Reaktion der Großgrundbesitzer, obwohl das Landreformprojekt ja noch sehr vage ist, denn nur die großen, unproduktiven Latifundien sollen enteignet werden. Wenn jemand also 1 Million ha Land hat und beweisen kann, daß dieses produktiv genutzt wird, dann wird er nicht enteignet. Die Großgrundbesitzer haben schon einen Fond von 4 Milliarden Cruzeiros gegründet, aus dem Waffen gekauft werden sollen um damit die Arbeiter für den Fall einer Enteignung zu bewaffnen.

BI: Hat sich eigentlich in der Beziehung Kirche-Staat seit dem Beginn der Regierung José Sarnay etwas geändert?

D. José: Ich glaube, daß die Beziehung um 100 % besser geworden ist. Wir atmen heute freier. Und der Präsident Sarnay weiß, daß er keine Unterstützung im Volk hat, denn er wurde ja nur zufällig Präsident. Tancredo hatte jenen Rückhalt im Volk, denn der Fernsehsender TV Globo machte ihn zu einem Helden, einem Märtyrer. Er war keines davon, aber er starb als ein Heiliger, Märtyrer und Held Brasiliens. Der Präsident Sarney weiß, daß er, da ihm der Rückhalt des Volkes fehlt, die Hilfe von anderen braucht. Und er erkennt an, daß die Kirche in diesem Kampf aktiv war, zumindest in 10, 15 oder 20 Jahren, wo sie gegen die Militärdiktatur gewesen war, wo sie diese an der Seite des Volkes bekämpft hatte. Sarnay weiß, daß er erledigt wäre, wenn er sich mit der Kirche anlegen würde. Jedenfalls war es das erstemal in der ganzen brasilianischen Geschichte, daß ein Präsident offiziell zur Bischofskonferenz ging, um mit dem Präsidenten dieser entidade ein Gespräch zu führen. Ich glaube, daß diese Regierung Sarney sogar noch mehr erreichen kann als Tancredo, denn um gewählt zu werden ging Tancredo viele Verpflichtungen ein. Angesichts der äußerst schwierigen Situation in Brasilien hätte er nicht viel erreichen können. Heute wäre er, glaube ich, völlig aufgebraucht. Und wer weiß, vielleicht kann der Präsident Sarney, der sicher nicht so viele Verpflichtungen eingegangen ist wie Tancredo, unter dem Druck des hungernden Volkes mehr erreichen. Zum Beispiel das Landreforprojekt, die verfassungsgebende Versammlung, die Gewerkschaften, die unter Sarney schon liberalisiert wurden. Wir haben verschiedene gesellschaftliche und politische Fortschritte, wirtschaftliche jedoch keine. Nur der Landwirtschaftsminister Dornelles wurde entlassen, er folgte der gleichen Zielrichtung wie die Militärregierungen.

Unterstützung durch die Solidaritätsbewegung ist wichtig

BI: Was würden Sie sich von uns wünschen, von Gruppen hier in Deutschland? Was können wir hier für Sie dort in Brasilien tun?

D. José: Die größte Hilfe, die Ihr uns geben könnt, ist die, daß Ihr zuerst einmal das deutsche Volk informiert. Ich bin schon einmal 1982 hier gewesen, aber jetzt, wo ich wieder hier bin sehe ich, daß Euer Volk immer noch völlig uninformiert ist über die wirkliche Situation in Brasilien und Lateinamerika. Und auch uninformiert darüber, daß die Bundesrepublik Deutschland eines der Ausbeuter-Länder für die Dritte Welt und auch für Brasilien ist. Ich halte Eure Rolle, besonders was die Information angeht, für sehr wichtig. Das zweite wäre, daß Ihr unserer Regierung gegenüber Druck ausübt und protestiert. Im letzten Jahr hatte es z.B. in Juazeiro einen Zusammenstoß zwischen zwei Fazendeiros und 100 Arbeitern gegeben, und zwar wegen des Wassers. Einer der Fazendeiros kam daher und fing an, die Arbeiter zu beschimpfen. Ein Arbeiter warf ihm einen Stein an den Kopf und der Fazendeiro feuerte daraufhin mit seinem Revolver über die Köpfe der Arbeiter. Diese versteckten sich, und es gab keine Toten. Einer der Arbeiter jedoch war bewaffnet, er zog seinen Revolver, zielte auf den Kopf des Fazendeiros und tötete ihn. Der andere Fazendeiro hatte ebenfalls eine Waffe bei sich und schoß das Magazin seines Revolvers leer, tötete aber in der Hektik niemanden. Als er versuchte zu fliehen, holte ihn ein Arbeiter ein und stach ihn mit einem Messer nieder. Das war das erstemal in der Geschichte von Juazeiro, daß zwei Fazendeiros getötet wurden. Arme sterben jedoch tagtäglich. Kürzlich erschien in der Zeitung, die dem früheren Gouverneu Antonio Carlos Magaihaes gehört, folgende Schlagzeile: *Bischof von Juazeiro führt Gemetzel an.* Sie wollten mich um jeden Preis als geistigen Urheber dieses Verbrechens hinstellen. Nicht Verbrechen, für die Arbeiter war es Selbstverteidigung. Einen ganzen Monat lang dauerte diese Kampagne gegen mich im *Journal da Tarde* an. Als der Fall vor Gericht kam, versuchten sie mich wiederum zu denunzieren. Und ich erinnere mich, wie sehr es mir half, als aus der Stadt Aachen in der BRD, wo ich einmal 1982 einen Vortrag gehalten hatte, ein Brief kam, den 200 Menschen unterschrieben hatten, und der an den Gouverneur mit einer Kopie an mich adressiert war. In dem Brief hieß es: *Wir kennen die Arbeit der Diözese von Juazeiro und wir haben den Bischof persönlich hier bei uns kennengelernt. Wir bitten Eure Exzellenz, diese Kampagne gegen den Bischof zu stoppen.* Dieser Brief jagte den Leuten hier in Brasilien große Angst ein, besonders jetzt, wo das Militärregime zuende ist. Diese Art von Manifestation hilft uns hier unheimlich viel.

Ich bitte Euch also: sorgt dafür, daß Informationen, die Ihr bekommt weitergegeben und so vielen Menschen wie möglich zugänglich gemacht werden.

Das Interview führte für die Brasilien-Initiative Freiburg **Izabela Furtado de Sant' Anna** (3. Oktober 1985).
Die Übersetzung besorgte
Hannelore Oesterle-Schindler

Mit Kakteen gehen die Landarbeiter gegen den Weiterbau der Zufahrtswege zur Baustelle Itaparica vor



Das Volk von Itaparica will leben!

José Leite ist 77 Jahre alt. Der inzwischen pensionierte Beamte kam vor 55 Jahren nach Petrolândia, im Nordosten Brasiliens. Heute ist seine Stadt dem Untergang geweiht. Sie wird in den Fluten des Stausees von Itaparica verschwinden. „Es ist nicht gut, von hier wegzugehen, die Felder und die Häuser, in denen wir so lange gelebt haben, zu verlassen", sagt der ehemalige Soldat trokken. Doch traurig fügt er hinzu: „Als Beamter war ich für einige Bewässerungsprojekte zuständig. Auch sie werden im Itaparica-Stausee untergehen. Ich habe nie geträumt, daß so etwas geschehen könnte."

José Leite ist einer von 120.000 Menschen, die ihr Land verlassen müssen. Der zukünftige, 1.800 km² große Stausee von Itaparica wird die Städte Petrolândia mit 25.000 Einwohnern, Itacuruba (8.000 Einw.) und Rodelas (6.000 Einw.) überfluten. Diese Orte werden untergehen wie auch das Land und die Dörfer von 7.000 Landarbeiterfamilien. Durch dieses Großprojekt bahnt sich im Nordosten, dem „Armenhaus" Brasiliens, eine Katastrophe an. Das fragwürdige Projekt, das mit Hilfe deutscher Gelder (Kredite der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau und Hermesbürgschaften) und unter maßgeblicher Beteiligung deutscher Firmen durchgeführt wird, droht die Existenzgrundlage von Zehntausenden zu zerstören. Die Landwirtschaft am Flußufer des immer wasserführenden Rio San Francisco gilt als eine der Stützen der Nahrungsmittelversorgung der gesamten, von Dürre geplagten Region. Auf den landwirtschaftlichen Flächen wird für den lokalen und regionalen Markt angebaut.

Mit dem Stausee wird dies ein Ende haben. Es ist zu erwarten, daß, wie beim nahegelegenen Sobradinho-Staudamm, die besten Ländereien rund um den See von agro-industriellen Betrieben besetzt werden, die hauptsächlich für den Export produzieren bzw. Zuckerrohr anbauen, aus dem Alkohol als Benzinersatz gewonnen wird.

Der Weg ins Elend oder...

Noch versuchen hohe Vertreter der Regierung in Brasilien und der Betreiberin des künftigen Wasserkraftwerkes, die staatliche Elektrizitätsgesellschaft CHESF, den Eindruck zu erwecken, als werde sich eine Katastrophe wie bei Sobradinho — 70.000 Menschen wurden damals meist entschädigungslos von ihrem Land vertrieben — nicht wiederholen. Bisher haben sie ihren Versprechungen und Worten keine Taten folgen lassen.

Die Menschen vom Sao-Francisco-Tal waren das Warten leid, als wenige Monate vor dem Beginn der Aufstauung des künstlichen Sees es immer noch keine Antworten auf ihre drängender werdenden Fragen gab. Wie sollten sie in kurzer Zeit umziehen, neue Häuser und Dörfer bauen, Land urbar machen, Felder bestellen und die erste Ernte einbringen, um etwas zu essen zu haben?



Von Sobradinho wußten sie zudem, daß Tausende von Kleinbauern bei der „Operation Caatinga" in eine karge, wüstenähnliche Region umgesiedelt worden waren, wo sie nicht die geringsten Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben vorgefunden hatten. Sollten sie das gleiche Schicksal erleiden? Die Bevölkerung stand nun vor der Wahl, entweder den Weg ins Elend zu gehen oder den Kampf um ein fruchtbares Land und gerechte Entschädigungen aufzunehmen.

...der Kampf um fruchtbares Land

Langsam regte sich Widerstand. In Landarbeitergewerkschaften und kirchlichen Basisgemeinschaften schlossen sich die Betroffenen zusammen, um gemeinsam darüber zu beraten, wie sie der drohenden Gefahr begegnen sollten. Bald traten die ersten Schwierigkeiten auf. Vielerorts machte sich Mutlosigkeit breit. Manch einer glaubte nicht daran, gegen die Bauherren des Staudamms etwas ausrichten zu können, andere wußten aus langjähriger Erfahrung, daß die Auseinandersetzungen mit den „Großen" für die „Kleinen" selten erfolgreich ausgehen. Die riesige Ausdehnung des zukünftigen Stausees und damit des von der Überflutung bedrohten Gebietes erschwerte es zudem, die Bevölkerung der entlegenen Dörfer zu erreichen.

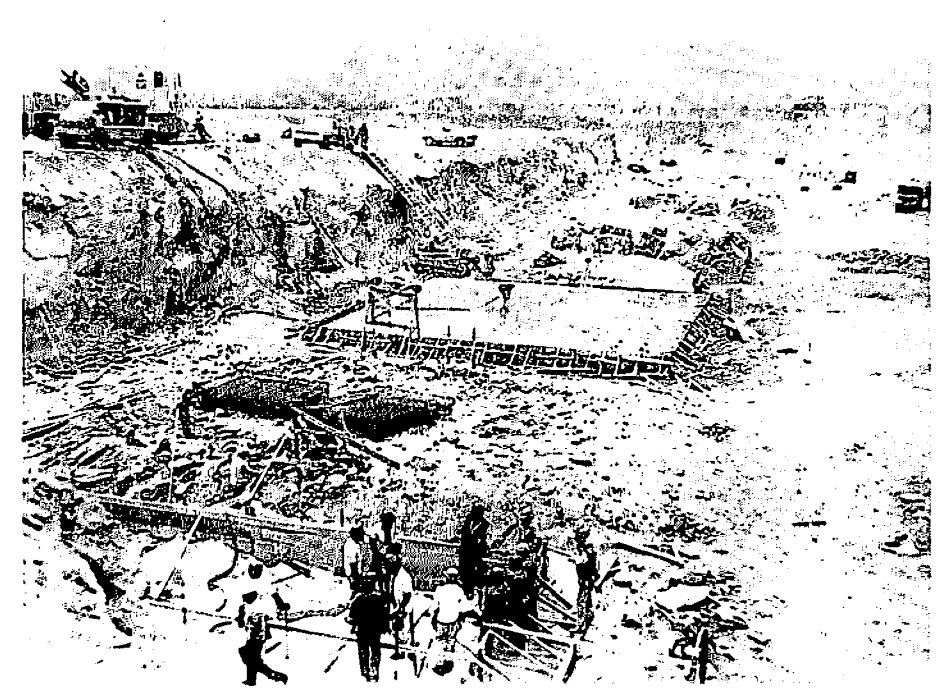
Dank der tatkräftigen jahrelangen Unterstützungsarbeit seitens der brasilianischen Kirche, entwickelte die Bevölkerung von Itaparica in einem mühevollen Prozeß das Bewußtsein, daß sie ihr eigenes Schicksal bestimmen können, wenn sie organisiert und geschlossen für ihre Rechte eintreten. Die Landarbeitergewerkschaft mobilisierte Arbeiter und Kleinbauern und rief zu mehreren Demonstrationen auf. Durch die Presse wurden die Probleme der Menschen von Itaparica einer immer breiteren Öffentlichkeit in Brasilien bekannt. Rechtsanwälte boten den Betroffenen bei den häufig komplizierten juristischen Fragen ihre Beratung und Hilfe an und haben so im Laufe der Zeit in vielen Fällen gesicherte Grundlagen für die Schadensersatzforderungen geschaffen. Die Gewerkschaft wandte sich auch direkt an den verantwortlichen Minister der brasilianischen Regierung, an die Gouverneure von Bahia und Pernambuco sowie an den Direktor der Elektrizitätsgesellschaft. Dieser sah sich schließlich im Dezember 1985 genötigt, in einem Telegramm an die Gewerkschaft zu versprechen: „Lieber lasse ich den Bau des Staudammes stoppen, als daß ich den Bewohnern (der Region) Schaden zufüge."

Wie wenig solche — auch schriftlich abgegebenen — Beteuerungen zu bedeuten haben, wurde den Gewerkschaften während der folgenden Monate immer klarer: Bis Mai 1986 mußten sie langwierige Verhandlungen mit der Elektrizitätsgesellschaft führen, bis sie erreicht hatten, daß die Auffüllung des Stausees um etwa ein Jahr (auf November 1987) verschoben wurde. Ein erster wichtiger Erfolg, doch bis zu einer Umsiedlung in ein fruchtbares Gebiet, das ein menschenwürdiges Leben für alle Betroffene ermöglicht, ist es noch ein schwerer Weg.

Das Hauptanliegen der 7.000 Landarbeiterfamilien ist es, für den Verlust ihrer fruchtbaren Felder am Ufer des Rio San Francisco gerecht entschädigt zu werden. Sie wollen gutes Land am Seeufer, das für den Bewässerungsfeldbau geeignet ist. Bislang nämlich hatte die Landwirtschaft der Region — dank der ausgeklügelten Bewässerungssysteme der Bauern — eine beachtliche Menge an Nahrungsmitteln produzieren können. Die Erträge an Zwiebeln, Knoblauch, Reis, Bohnen, Wasser- und Honigmelonen, Tomaten, Maniok sowie anderen Gemüse- und Obstsorten ermöglichten auch über den lokalen Markt hinaus, Märkte im Süden und Norden zu beliefern. Da die kleinen Betriebe zum großen Teil für die brasilianische Grundnahrungsmittelproduktion verantwortlich sind, bedeutet jeder Fall von Landvertreibung der Kleinbauern eine weitere Verschärfung der ohnehin gespannten Ernährungssituation. Bei den

Ausmaßen des Itaparica-Projekts muß daher eine dramatische Zunahme des Hungers befürchtet werden, wenn die Bauern kein bebaubares Land erhalten. Darüber hinaus fordern sie aber auch Ersatz für ihre bisherigen Häuser und sonstigen Einrichtungen sowie den Bau von Straßen, Schulen, Krankenstationen und die Sicherstellung von Wasser- und Stromversorgung in den neuen Ortschaften. Was auf den ersten Blick als selbstverständliche Schadensersatzforderung erscheint, bekommt vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit anderen Großprojekten in Brasilien eine besondere Bedeutung. So erhielt die überwältigende Mehrheit der Vertriebenen von Sobradinho keine neuen Häuser, geschweige denn Schulen und Krankenstationen. Diejenigen, die nicht wegzogen, mußten hart um ein Stück Land kämpfen. Die versprochene Wasser- und Stromversorgung blieb fast überall aus. Der Zugang zum lebensspendenden Wasser des Sobradinho-Sees wurde für die alteingesessenen Bewohner der Region größtenteils sogar durch Zäune versperrt. Wagt es heute jemand trotzdem, etwa sein Vieh zur Tränke zu führen, so zögern die Wächter der agro-industriellen Betriebe nicht, von ihren Waffen Gebrauch zu machen. Die Bevölkerung wird brutal eingeschüchert, und selbst Morde hat es schon gegeben. Die Energieproduktion des Wasserkraftwerkes von Sobradinho, das mit 1.050 Megawatt über eine enorme Leistungsfähigkeit verfügt, dient schließlich auch nicht den Menschen im Nordosten Brasiliens. Über Stromleitungen von mehreren Hundert Kilometern Länge werden vielmehr die mächtigen multinationalen petrochemischen Industriebetriebe an der brasilianischen Atlantikküste mit Energie versorgt.

Wäre es nach dem Willen des Direktors der CHESF gegangen, so wäre das Itaparica-Projekt „nach dem bewährten Muster von Sobradinho" durchgeführt worden. Daß dies nun nicht ganz so einfach sein wird, hat die Bevölkerung von Itaparica ihrem eigenen Widerstand zu verdanken. Es war ihnen gelungen, sich bei Präsident José Sarney Gehör zu verschaffen. José Sarney bewilligte im Dezember 1985 die Enteignung einer 379.000 ha großen Fläche für die Ansiedlung der 7.000 betroffenen Landarbeiterfamilien. Noch ist dieses Land nicht verteilt. In den nächsten Monaten wird sich endgültig entscheiden, ob die 120.000 Menschen ins Elend abwandern müssen oder ob sie ihre Verhandlungen erfolgreich abschließen können.



Itaparica, 1981: Dammbaustelle



Petrolandia bei Itaparica: Frauen demonstrieren vor dem Bürgermeisteramt

Solidarität mit dem Volk von Itaparica

Aufgrund dieser Situation in Itaparica richtete Dom José Rodriguez, Bischof von Juazeiro, dessen Arbeit mit den Vertriebenen vom Sobradinho-Staudamm bisher von deutschen Solidaritätsgruppen und Kirchengemeinden unterstützt wurde, an diese Gruppe den Aufruf, sich künftig für den Kampf der Bauern von Itaparica einzusetzen. Zum einen bittet er um Spenden für die Rechtsberatung und die Arbeit der in Petrolândia zusammengeschlossenen Landarbeitergewerkschaften und den kirchlichen Basisgemeinden. (Inzwischen wurden bereits über 50.000 DM nach Brasilien überwiesen.) Zum anderen werden die Gruppen aufgerufen, sich gegen die Beteiligung der Bundesregierung und der deutschen Firmen zu wenden. Es soll in den Staaten politischer Druck ausgeübt werden, wo die Firmen sitzen, die an solchen Projekten verdienen und wo die für die Durchführung der Großprojekte notwendigen Kredite vergeben werden. Sowohl beim Itaparica-Projekt wie auch bei der Durchführung des Itaparica-Staudammes ist die Bundesrepublik maßgeblich beteiligt. An diesem Punkt setzt auch die folgende Aktion von bundesdeutschen Gruppen an: Unterschriften wurden gesammelt und gebündelt an die verantwortlichen Minister und Gouverneure nach Brasilien geschickt. Gleichzeitig wurden sie auch der Bundesregierung überreicht. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), das für die sogenannte „Entwicklungshilfe" zuständig und damit für Sobradinho und Itaparica verantwortlich ist, wurde öffentlich unter Beschuß genommen. Es mußte sich gefallen lassen, als „unverblümt agierendes Exportministerium" bezeichnet zu werden, das mehr die Interessen der deutschen Industrie als das Recht auf Leben der Menschen in Brasilien im Auge hat. Dies hat seine Berechtigung, wie z.B. die Rolle, die das BMZ im Interministeriellen Ausschuß für Ausfuhrbürgschaften spielt, belegt. Es handelt sich dabei um jenes Gremium, das die Ex-

porte bundesdeutscher Unternehmen u.a. in risikoreiche Entwicklungsländer durch die Vergabe von Hermesbürgschaften absichert. Hier könnte das BMZ die Finanzierung von besonders fragwürdigen Projekten blockieren. Es hat zwar kein formelles Vetorecht in diesem Gremium, doch müssen Entscheidungen im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien getroffen werden. Um ihren Protest gegen diese Politik des „Entwicklungshilfeministeriums" zum Ausdruck zu bringen, ließen die Solidaritätsgruppen inzwischen 30.000 an den Bundesminister Jürgen Warnke (CSU) gerichtete Postkarten drucken und verteilten sie in der ganzen Bundesrepublik (siehe Kasten). Wiederholt erhielt der Deutsche Bundestag (Petitionsausschuß und Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit) Post der Einzelgruppen und ihrer Arbeitsgemeinschaft. Zur Zeit arbeitet er an der Beantwortung der dort gestellten Fragen (z.B. nach den finanziellen Beteiligung und Verwicklung der Bundesrepublik an Sobradinho und Itaparica).

Diese Aktionen verfehlten ihre Wirkung nicht. Wie in einem Gespräch im BMZ zu erfahren war, hat eine Delegation des Ministeriums bereits im Februar in der brasilianischen Hauptstadt auf die zunehmenden Proteste in der Bundesrepublik aufmerksam gemacht und in einem Memorandum darauf gedrungen, daß die Umsiedlungsmaßnahmen in Itaparica gerecht durchgeführt werden. Nicht nur in der deutschen, sondern auch in der brasilianischen Presse haben diese Aktionen inwzischen Niederschlag und Zustimmung gefunden. Und dennoch gilt auch hier das, was für den Widerstand in Brasilien gilt: Das bisher Erreichte ist viel, doch ist es keine Garantie dafür, daß die Umsiedlungen tatsächlich im Sinne der Betroffenen durchgeführt werden. Obwohl der Staudamm von Itaparica noch nicht fertiggestellt ist, wurde in Xingó, am Rio San Francisco, zwischen Piranhas und Canindé, im Juni dieses Jahres der Bau eines weiteren Staudamms in Angriff genommen. Wieder sind die Bundesregierung über Hermesbürgschaften und Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die deutsche Industrie über einige lukrative Aufträge direkt beteiligt.

Claudio Moser

C. Moser / S. Pater / G. Rübel
„Staudamm gegen das Volk" — Ein ‚Entwicklungs(hilfe)projekt' in Brasilien, 144 Seiten
Bezug: *Informationsstelle Lateinamerika (ila), Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 65 86 13.*

Sehr geehrter Herr Minister!

Mit großer Sorge verfolge ich die Entwicklung am Rio Sao Francisco in den brasilianischen Bundesstaaten Pernambucco und Bahia. Nachdem in den 70er Jahren ca. 100 000 Menschen dem unter starker bundesdeutscher Beteiligung (Entwicklungshilfegelder über die Weltbank) gebauten Sobradinho-Stausees weichen mußten, soll sich in naher Zukunft jene Katastrophe mit der Fertigstellung des Stausees von Itaparica wiederholen: 120 000 Menschen werden von ihrem Land vertrieben, neun Kreisstädte werden von der Umsiedlung betroffen sein! Wie im Fall Sobradinho werden auch in Itaparica die Menschen, welche sich früher selbst und die umliegenden Städte mit Nahrungsmitteln versorgt hatten, zu Flüchtlingen in ihrem eigenen Land. Viele von ihnen wird man unzureichend, andere überhaupt nicht entschädigen.

Da die Bundesregierung auch weiterhin Großprojekte dieser Art unterstützt und auch in Zukunft von bundesdeutschen Beteiligungen (bilaterial, multilateral, Exportkredite, Hermes-Bürgschaften, Förderungen von Privatinvestitionen) ausgegangen werden muß, tragen Sie, Herr Minister, und die Vertreter der Regierung einen Teil der Verantwortung für die Folgen dieses fragwürdigen Fortschritts, von dem nur die Industrie (Stromerzeugung) und die Nahrungsmittelexporteure profitieren — das Volk aber hungert! In volkswirtschaftlicher Hinsicht bringen diese Großprojekte eine weitere Verschuldung Brasiliens, in ökologischer Hinsicht ein großes Fischsterben, das Ausbleiben der natürlichen Überschwemmungen und Versalzungen der Böden mit sich.

Da die Überflutung der Gebiete von Itaparica bevorsteht, sehe ich die letzte Chance, den erneuten Tod zahlloser Unschuldiger zu verhindern, in dem Appell an Sie, sich für gerechte Umsiedlungsmaßnahmen im Tal des Rio Sao Francisco einzusetzen. Nach dem Motto „Land für Land am Ufer des Sees" sollen den betroffen 7000 Familien Besitztitel für das Land am Seerand übertragen werden. Zudem muß der Bau von neuen Siedlungen mit einer dementsprechenden Infrastruktur (Schulen, Gesundheitsposten, sanitäre Einrichtungen, Elektrifizierung, Straßen, Gemeinschaftsland für die Viehhaltung) gewährleistet sein. Darüberhinaus fordere ich die Bundesregierung auf, zukünftige Staudamm- und andere Großprojekte einer frühzeitigen und hinreichenden Prüfung zu unterziehen, damit neues Unheil verhindert wird. Machen Sie gegebenenfalls von dem Vetorecht Gebrauch, wodurch die Bevorzugung der Wirtschaftsinteressen dieser Republik zugunsten einer wahrhaften Entwicklungshilfe verhindert werden könnte. Die neuen Leitlinien der Entwicklungspolitik im BMZ lassen bei 348 weiteren für Brasilien geplanten Staudämmen Schlimmstes befürchten. Das Volk von Itaparica will leben, Herr Minister! Ich bitte um Ihre sofortige Initiative!

Mit freundlichen Grüßen

Die Autonomie der Kanaken läßt auf sich Warten



Hissen der franz. Trikolore in Neukaledonien 1853...

Nach den Unruhen im November 1984, bei denen auch Eloi Machoro, der Sicherheitsminister der FLNKS (Front de Libération National Kanak Socialiste) von französischen Polizisten getötet wurde, sollten nun „Gesetz und Ordnung" das Leben bestimmen. In jenem November haben sich die Melanesier gegen das französische Regime erhoben, um eine sozialistische Republik „Kanaky" auszurufen. Auslöser der Unruhen war der Wahlboykott der Nationalen Befreiungsfront sozialistischer Kanaken (FLNKS) zur Territorialversammlung. Edgar Pisani, ehemaliger Landwirtschaftsminister unter de Gaulle und EG-Kommissar, wurde daraufhin vom Elysée entsandt, um ein Unabhängigkeits-Bündnis gemeinsam mit Frankreich auszuhandeln. Dieses Bündnis sah im Falle des positiven Ausgangs einer Volksabstimmung die Schaffung eines unabhängigen Staates zum 1.1.1986 vor, der jedoch durch zahlreiche Verträge an Frankreich gebunden sein sollte. Französische Militärs, deren Budget im Jahre 1984 allein 42 Millionen $ für militärische Einrichtungen betrug, würden weiterhin die innere und äußere Sicherheit der Insel kontrollieren, einschließlich umfangreicher Sicherheitsgarantien für die europäischen Siedler. Die Kritik der Kanaken richtete sich nicht nur gegen die erzwungene Association, sondern auch gegen den vorgesehenen Wahlmodus bei der Abstimmung über diesen Plan von Pisanis. Die FLNKS möchte nur diejenigen Siedler an dem Referendum teilnehmen lassen, von denen mindestens ein Elternteil in Neukaledonien geboren ist. Zu werten ist dies als Antwort auf die französische Kolonialpolitik in den 60er und 70er Jahren, wo Einwanderern bedingungslos Zugang gewährt wurde. Die Kanaken stellen bislang mit 65.000 Menschen die größte Bevölkerungsgruppe, aber noch nicht die Mehrheit auf der Insel. Das Bündnis stieß aber auf mindestens ebensoviel Ablehnung bei den französischen Siedlern (caldoches) und Zugewanderten, die eine Infragestellung ihrer Privilegien befürchteten.



...Unabhängigkeitskampf 1985

Ein für Juli und August 1985 vorgesehenes Referendum verschob die französische Regierung auf einen Termin vor dem 31.12.1987, im Hinblick auf die im März 1986 stattfindenden französischen Parlamentswahlen, aus denen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der Gaullist Jacques Chirac die Wahl für sich entscheiden würde. So faßte man den Entschluß einer Zwischenlösung. Ende September 1985, diesmal mit Beteiligung der Befreiungsfront, ging Neukaledonien wiederum zu den Urnen, um die vier Regionalversammlungen und die Ratsmitglieder für den Territorialkongreß zu wählen. Anlaß dieser Wahl war die Aufteilung des Territoriums in vier weitgehend selbstverwaltete Regionen: in die weiße Region, die Südkaledonien mit Nouméa und Vororten (ca. 85.000 Einwohner) und die überwiegend von Melanesiern bewohnten Regionen (Nord-Mitte und Loyauté-Inseln mit ca. 60.000 Einwohnern).

In den drei überwiegend kanakischen Regionen gewann die FLNKS und die gemäßigte Libération Kanak Socialiste 32 % der Stimmen, die gaullistische „Rassemblement pour la Calédonie dans la Republique" (RPCR) und die rechtsextreme Nationale Front (FC) erhielten knapp 60 %. Somit stellen die Konservativen 29 der 46 Sitze, was eine solide Mehrheit im

Territorialkongreß bedeutete.

Terror von rechts

Die kaledonische Rechte und Extremrechte, RPCR und FC, die eine Zeitlang mit dem Gedanken gespielt hatten, ihrerseits die Regionalwahlen zu boykottieren, begann frühzeitig, durch Attentate und dem Aufbau bewaffneter, paramilitärischer Geheimorganisationen Einschüchterungsmaßnahmen einzuleiten. Gegenüber einem Journalisten der „El Moudjahid" faßte der RPCR-Führer Roger Laroque ihre Ziele folgendermaßen zusammen: „Wir werden französisch bleiben. Aber wir, (die caldoches, d. Verf.) werden es sein, die die Macht ergreifen, wenn die französische Regierung Neu-Kaledonien fallen läßt. Wir werden eine Gewalt vom Typ OAS (Organisation de l'armée sécrète pour la défense de la Nouvelle-Calédonie Francaise) entwickeln, wie in Algerien. Schon jetzt werden Eltern und Lehrer in Milizen organisiert."

Andere mehr oder weniger im Untergrund operierende bewaffnete Organisationen sind die FCL (Force calédoniennes libres), die ORC (Organisation de la Résistance Calédonienne), das Comité St Michel, das Comité de Crise oder der CAP (Comité d'actions Patriotiques). Der Sicherheitsdienst des RPCR scheint eine leitend koordinierende Rolle für all diese Organisationen und Verbände zu spielen, die für den Anti-Guerilla-Kampf und den Bürgerkrieg trainieren. Ziel dieser Aktionen ist es, eine Situation zu schaffen, die permanent Angst unter den Mitgliedern der FLNKS, der Verwaltung, den Gewerkschaften und der Polizei hervorruft. Mehrere Anschläge wurden bereits verübt, wie z.B. auf die Schule in Dokamo, den Sitz des FLNKS, auf ein kanakisches Kulturzentrum — die Liste könnte fortgeführt werden. J.J. Bourdinat, Präsident der dortigen Liga für Menschenrechte, charakterisiert die Situation folgendermaßen:

„Die Intoleranz der Caldoches, die sich immer weigerten, auf die Dialog-Angebote des kanakischen Volkes einzugehen, macht mich für die Zukunft pessimistisch. Das Fortleben dieser Haltung muß dazu führen, eine sowieso schon kompromittierende Situation noch zu erschweren, und wird sie schließlich in eine Katastrophe stürzen. Klage zu erheben ist solange sinnlos, wie die Haltung der französischen Regierung sich durch ein völliges Fehlen jeden politischen Willens auszeichnet, den Ausschreitungen ein Ende zu machen. Die Polizei anzuklagen ist viel zu einfach. Seit dem 10. Mai 1981, dem Regierungsantritt der Sozialistischen Partei Frankreichs, hätte die Regierung längst die Zeit gehabt, alle korrumpierten Elemente aus dem Dienst zu entfernen. Doch dazu müßte sie erst einmal den Willen haben. Aber da sie alle Seiten zufriedenstellen will, ist das einzige Ergebnis, daß die französische Regierung die Gräben zwischen den Kanaken und den anderen ethnischen Bevölkerungsteilen immer tiefer aufreißt.

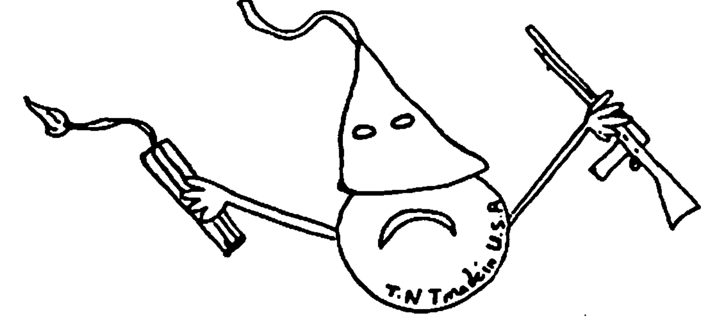
Derweil ging der FLNKS in seinen drei Regionen nach den September-Wahlen an den Aufbau der kanakischen Unabhängigkeit. Im Rahmen dieses Unabhängigkeitsstrebens legt die FLNKS besonderen Wert auf die Schaffung und Entwicklung wirtschftlicher Strukturen, die ihnen Eigenständigkeit garantiert. Hier sind in erster Linie Projekte im Bereich der Landwirtschaft und der Fischerei zu nennen.

In Bouloupari z.B., wo das Dorf Kouerga gemeinsam Land rodete, dessen Rückgabe durch die Kolonisten es kürzlich erkämpft hatte. Mit Hilfe des territorialen Institutes für agronomische Forschung wurden für die dortigen Boden- und Klimaverhältnisse besonders geeignete Kartoffelsorten ausgewählt und, ebenso wie Mais, für den Eigenverbrauch und als Saatgut angepflanzt. Geplant sind, etwa in Poum, regionale Zentren zum Verleih von Landwirtschaftsmaschinen. In Gatope und Oundjo haben sich Fischer zu einer GIE (Groupement d'intérrét économique) zusammengeschlossen, um über den Eigenverbrauch der beiden Gemeinden hinaus den Verkauf ihres Fisches in Nouméa zu organisieren, um von den dortigen Zwischenhändlern unabhängig zu werden. Die auf diese Weise abzusetzenden wöchentlichen Fischmengen (zw. 500 und 800 t) verteilen sie in der Weise unter sich, daß jeder nur an ein oder zwei Tagen wöchentlich fischt, so daß ihm die restliche Zeit für seine für den Lebensunterhalt unverzichtbare Landwirtschaft bleibt. Die ursprünglich vorhandenen Boote ohne Motor konnten inzwischen durch kleine Barkassen ersetzt, ein kleiner Lieferwagen gekauft und ein Haus mit Kühlraum gebaut werden.

In Kejeny (Insel Lifou) wurde eine Erzeuger-Verbrauchergenossenschaft aufgebaut, die für den Eigenbedarf des Dorfes und der Umgebung produziert. Die Gewinnspanne wurde mit 10 % angesetzt und der erwirtschaftete Gewinn unter die Genossenschaft (40 %), das comité de Lutte (40 %) und die EPK (20 %) aufgeteilt, die dortige Schule des kanakischen Volkes. Langfristig soll die Genossenschaft durch eine Einkaufszentrale ergänzt werden.

Weitere wichtige Projekte sind u.a.: Befestigung der Verbindungswege, um die Stämme und Dörfer im Busch aus der Isolation zu befreien, die Heranführung von Trinkwasser, und die Elektrifizierung kleinerer Inseln.

Grundlage fast aller landwirtschaftlichen Projekte ist der Kampf um den Rückerhalt des Landes, das die „Caldo-



Die Rechte ist bereit zum Dialog...



FLNKS-Führer J. M. Tyibaou bei einer Kundgebung

ches", die französischen Siedler, den meist in unfruchtbare Reservate zurückgedrängten Kanaken seit gut 130 Jahren vorenthalten. Die mit dem Fabius-Plan verbundene „Ordonnanz über Grund und Boden" schafft für den Erfolg dieses Kampfes gewisse, wenn auch beschränkte Voraussetzungen. Wichtig sind hier die Katasterämter, bei denen Dörfer und Stämme ihren Anspruch auf Rückerhalt ihres ehemaligen Landes geltend machen können. Verhilft das Katasteramt ihnen durch Ankauf des eingeforderten Landes nach langwierigen Prozessen zu ihrem Recht, ist die Auseiandersetzung damit noch nicht beendet. Fanatische „Caldoches" reagieren höchst ungehalten, machen das Land durch Verbrennen unbrauchbar, vernichten etwa angelegte Kulturen und schrecken selbst vor Mord bei Siedlern, die den Anspruch der Kanaken anerkennen, nicht zurück.

Erschwerend kommt hinzu, daß es auch auf Seiten der Kanaken zu Konflikten kommt. Der FLNKS wurde von verschiedenen, voneinander unabhängigen Parteien und Organisationen gebildet, die, jede für sich, eine mehr oder weniger klare Vorstellung von der kanakischen Gesellschaft in einem unabhängigen Kanakien haben. Für den FLNKS insgesamt kann sich ein solches „Projekt" nur aus gründlichen, durch konkrete Anlässe und Probleme immer neu herausgeforderte Diskussionen bilden, und das ist ein mühsamer Prozeß, der durch die Regionalisierung eher erschwert wird, da die einzelnen, ideologisch durchaus unterschiedlichen Komponenten des FLNKS in den Regionen sehr verschieden stark verwurzelt sind.

Während der Front Uni de Libération Kanak (FULK) zu den französischen Wahlen zur Nationalversammlung am 16. März 1986 einen Wahlboykott beschloß, empfahl die „Union Calédonienne" (UC) der FLNKS die Teilnahme an der Wahl. Die uralte kanakische Tradition, Streitpunkte durch lange Diskussionen auszutragen und nicht durch Mehrheitsbeschluß, sondern im Konsens Entscheidungen zu fällen, half der Konvention der FLNKS, am 15. Februar eine von allen getragene Lösung hinsichtlich der Parlamentswahlen zu finden: passiver (nicht wie 1984 aktiver) Wahlboykott.

Mit der neuen Rechtsregierung in Frankreich verschärft sich die Situation der Kanaken

Am 30. Mai 1986 legte dann Bernard Pons dem Territorialkongreß Neu-Kaledoniens den „Gesetzentwurf zur Rettung der Demokratie" vor. Er sieht die völlige Entmachtung und finanzielle Ausblutung der drei kanakischen Regionen vor, auch wenn sie in ihrer geographischen Aufteilung unverändert bleiben.

Die Ordonnanzen über Grund und Boden (die den Kanaken ein begrenztes Mittel zur Wiedergewinnung ihres Landes an die Hand gaben) und über Finanzen (die eine gewisse Umverteilung der steuerlichen Einnahmen vom reichen, weißen Nouméa auf die drei kanakischen Regionen vorsahen) werden abgeschafft, die Kataster- und regionalen Entwicklungsbehörden aufgelöst, der Hohe Kommissar wieder als letzte Instanz in Fragen von Grund und Boden eingesetzt.

Auch Geld wird zur Verfügung gestellt: ca. 130 Mio. DM, die aber für einen (den Caldoches und Zugewanderten zugute kommenden) Wirtschaftsaufschwung vorgesehen sind, auf Kosten der von den Kanaken in Angriff genommenen Projekte der Selbstversorgung in Landwirtschaft, Fischerei und Handwerk. Daneben sollen sogenannte „Opfer" entschädigt werden, womit nicht die kanakischen Opfer rechtsextremistischer Attentate gemeint sind, sondern die „Caldoches", die Teile „ihres" usurpierten Landes zurückgeben mußten...

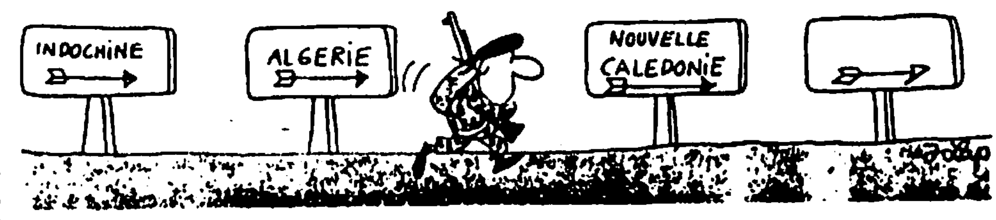
Um der „universellen Tragweite der französischen Zivilisation" (Originalton Pons vor dem Territorialkongreß am 30. 4. 86) auf die Dauer Geltung zu verschaffen, soll dann eine grundlegende Regionalreform folgen, die nicht „eine Minderheit (die Kanaken, d. Verf.) ermutigt, ihren Willen der Mehrheit (Caldoches und Zuwanderer, d. Verf.) aufzudrücken". Nach Ausarbeitung dieses Statuts steht dann ca. ein Jahr später ein Referendum auf dem Programm, bei dem der kolonialistischen Mehrheit alle Chancen zum umfassenden Sieg auf silbernem Tablett serviert werden sollen.

Auf die Forderungen der FLNKS wird wohl mit mehr Repressionen reagiert werden. Passenderweise am 1. Mai, bei einer Blitztour durch den „Busch", d.h. zum kanakischen Volk, verkündete Pons, daß „Unruhestifter mit großer Strenge bestraft" werden sollten, die „Ordnungskräfte" daher mit allen etwa notwendigen Mitteln ausgestattet werden würden.

Daß RPCR und Front Calédonien diesem in Gesetzesform gegossenen Abklatsch ihrer Wünsche und Herrschaftsansprüche begeistert applaudieren würden, wen wunderts. Der FLNKS dagegen sieht daß dieses Gesetz die geringe politische Autonomie in den drei FLNKS-Regionen in Nichts auflöst, daß es eine Provokation für das kanakische Volk darstellt. Jean-Marie Tyibaou faßt das so zusammen: „All das bestätigt, was die Algerier gesagt haben: Traue niemals den Franzosen, sie sind Lügner! ... Wir treten in eine neue Periode à la Foccart (de Gaulles berühmt-berüchtigter Drahtzieher der Afrika-Politik, d. Verf.) ein, mit ihren allüberall ausgelegten Fallen, ihren bestochenen Männern für's Grobe, ja sogar dem vollkommen unerklärlichen Verschwinden von Menschen..."

Schulen des kanakischen Volkes

Ein Anfang Februar 1985 entstandenes Projekt ist aufgrund der schwierigen poli-



Folgen sie den Pfeilen

tischen Situation von großer Bedeutung. Die EPK, „Ecoles Populaires Kanakes" (Schulen des kanakischen Volkes). Zwei Grundgedanken haben auf dem Kongreß von Nakéty zum Boykott der privaten und öffentlichen Schulen, zur Gründung der EPK geführt:

— Ist ihnen auch juristisch der Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen nicht mehr verwehrt, so werden sie doch faktisch durch Abverlangen zahlreicher Zeugnisse und Bescheinigungen, die ihnen kein Europäer ausstellen möchte, an der Weiterbildung gehindert. Erst 1962 legte der erste Kanake das Abitur ab.
— Sprache (Französisch) und Inhalte orientieren sich nicht an den Traditionen und Bedürfnissen des kanakischen Volkes.

Eltern und potentielle Lehrpersonen gründeten daraufhin unter prekärsten materiellen Bedingungen (Fehlen von Räumen, pädagogischen Materials, Büchern, Geld zur Bezahlung des Lehrpersonals) die ersten EPKs. Nach einem Bericht vom Juli 1985 gab es damals EPKs in sechs Orten (Canala, Ouvea, Lifou, Neaoua, Conception, Ponerihouen), die an die 1500 Kinder und Jugendlichen betreuten. Bis zum Februar 1986 hatte sich die Zahl noch deutlich erhöht.

In den EPK soll theoretisches und praktisches Lernen miteinander verbunden werden. Sowohl Phasen vorwiegenden Unterrichts als auch (Mit-)arbeit in der Landwirtschaft und Fischerei gehören zum Lehrstoff. Unterrichtet werden soll in der, beziehungsweise den Muttersprachen, was sich als Problem erweist, da die kanakische Bevölkerung zahlreiche, sehr unterschiedliche Sprachen spricht. Die einzige gemeinsame Sprache ist das Französische, das als erste Fremdsprache gelehrt werden soll. Es gibt allerdings auch Vorstellungen, als erste Fremdsprache Englisch zu lehren, um intensiver mit der südpazifischen Umwelt, die vorwiegend anglophon ist, zusammen arbeiten zu können. An Lehrmethoden und -material für Französisch und Englisch als erster oder zweiter Fremdsprache herrscht daher größtes Interesse. Die EPK sehen sich vor folgenden Hauptproblemen:

— finanzielle Schwierigkeiten als Grundproblem, wobei die lokalen „Comités de lutte" und die Kommunen die ihnen mögliche Unterstützung leisten,
— Ausbildung des lehrenden Personals,
— Erstellung von den Bedürfnissen entsprechenden Lehrplänen,
— Entwicklung geeigneter Lehr- und Lernmethoden, mit dem Ziel, praktischen und theoretischen Unterricht miteinander zu verbinden.

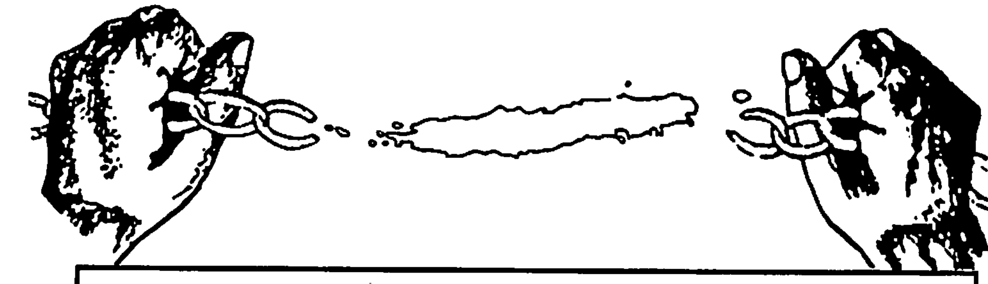
Ein Bildungs- und Ausbildungswesen wäre nicht sehr effizient, wenn es nach der Primar- und Sekundarstufe abgebrochen werden müßte. Aus diesem Grund wird erwogen, für das Hochschulniveau auf Fernkurse der südpazifischen Staaten Papua-Neuguinea oder Fidji zurückzugreifen.

Intensive Diskussionen mit Vanuatu und der dortigen „Université de Pacifique Sud" führten dazu, daß entsprechend eines Beschlusses vom Dezember, Lehrer der EPK und ein Delegierter des FLNKS im Februar dort ein kurzes Fortbildungsseminar absolvieren konnten, das insbesondere einen englischen Intensivkurs umfaßte. Weitere, umfassendere und ausgedehntere Kurse sind geplant, die insbesondere eine gemeinsame Reflexion über Ziele und Organisation der EPK in einem unabhängigen Kanakien zum Gegenstand haben sollen.

Daneben laufen Bemühungen um die rechtliche Legalisierung der EPK und die Übernahme von Material etc. aus kolonialen Schulen aufgrund Artikel 22 der „Ordonnanz über das Ausbildungswesen". Aber die Chancen dafür werden gering eingeschätzt. Denn „wer zahlt, kontrolliert ... und auch ein den Sozialisten nahestehender Beamter der Schulverwaltung hat die Verantwortung, die Französischsprachigkeit und die Interessen des nationalen Ausbildungswesens zu verteidigen. Er ist hier, weil es Kinder, Kolonisierte oder Ausgebeutete gibt, die unter seiner Verantwortung stehen. ... Die EPK ist ein Stein des Anstoßes, weil sie ihm 2000 Kinder, 80 Lehrer und fast 100 Posten für Personal entzieht und gleichzeitig Zuständigkeiten und Macht der Schulinspektoren aushöhlt ..." (Simon Naaoutchoue, Schulminister der provisorischen kanakischen Regierung).

Kontakte hat die „nationale Koordination" und haben einzelne EPK inzwischen geknüpft mit der „Ecole Emancipée" in Frankreich und der „Association des lycées autogérés" in Paris. Lokale Partnerschaften zwischen einzelnen EPK und Unterstützergruppen in Frankreich sind im Entstehen. Die EPK haben daher im Februar 1986 die Anti-Kolonialisten überall in der Welt zu Solidarität und materieller Unterstützung aufgerufen (siehe Kasten).

Red. / Dorothee Piermont



Aufruf zur Solidarität und Zusammenarbeit mit den Schulen des kanakischen Volkes (EPK)

Wir rufen Mitglieder des FLNKS dazu auf, durch ihren Beitrag dieses Ergebnis unseres gemeinsamen Kampfes zu konsolidieren. Wir appellieren auch an die engagierten Anti-Kolonialisten in Frankreich und in der Welt, damit wir gemeinsam unter günstigen Bedingungen Ausbilding und Erziehung der uns anvertrauten Kinder realisieren können.

Wir benötigen:
Werkzeug: (Schraubenschlüssel, Schraubenzieher, Scheren etc. ...) für Schreiner, Tischler, Fischfang, Landwirtschaft, Malen, Pinsel etc. ...
Unterrichtsmittel: Lineale , Hefte, Kompaß, Aktenordner, Radiergummis etc. ...
Büromaterial, Sportausrüstung, Bücher, Fibeln, Schulbücher, Zeitungen und Zeitschriften,
Möbel wie Tische, Stühle, Tafeln, Schränke etc. ...

Sachspenden für die EPK können geschickt werden an: Comité Exécutif National des EPK
10, rue Gambetta
lère valeé du tir
Nouméa, Neu-Kaledonien

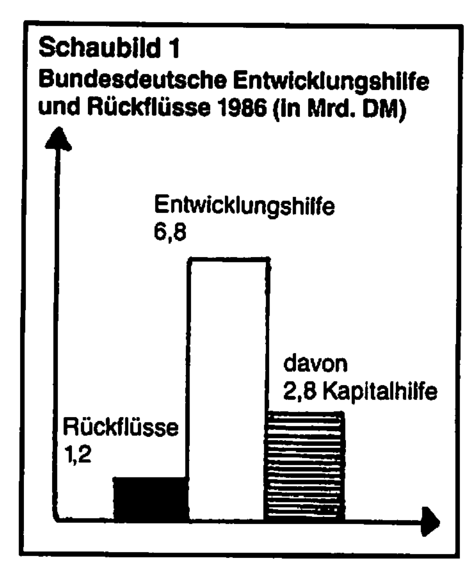
Geld-Spenden für die EPK können überwiesen werden an:
Blandine Dufor/Alain Piermont
Stichwort: EPK
Kto.: 220 020 67, Spartkasse Bonn
BLZ.: 380 500 00

Entwicklungsländer sanieren den Bundeshaushalt

Zur aktuellen Diskussion über die Rückflüsse aus der bundesdeutschen Kapitalhilfe

Ein bedeutender Teil der Bundesdeutschen Entwicklungshilfe wird in Form rückzahlbarer Darlehen gewährt. Diese Mittel der sog. bilateralen Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) – auch Kapitalhilfe genannt – umfassen etwa 40 % der gesamten Haushaltssumme des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ): 1986 insgesamt 6,8 Mrd. DM, davon 2,8 Mrd. für die FZ (siehe Schaubild 1). Die Bedingungen dieser Kredite (Zinsniveau, Rückzahlungsfristen und Freijahre, in denen keine Tilgungen geleistet werden müssen) richten sich nach der Wirtschaftskraft des Empfängerlandes. Für die Gruppe der ärmsten Länder (sog. LLDC) gibt es die FZ-Mittel inzwischen als verlorene Zuschüsse, d.h. ohne jede Rückzahlungsverpflichtung. Die Gruppe der „most seriously affecteed countries (MSAC)" erhält die günstigsten Kreditbedingungen: 0,75 % Zinsen, 50 Jahre Laufzeit, davon 10 tilgungsfreie Jahre. Einige relativ finanzkräftige Entwicklungsländer müssen deutlich höhere Rückzahlungslasten tragen: 4,5 % Zinsen, 20 Jahre Laufzeit, davon 5 Freijahre. Für die verbleibenden Länder gelten die sog. Standard-Konditionen: 2 % Zinsen, 30 Jahre Laufzeit, davon die ersten 10 Jahre tilgungsfrei.

Sicherlich sind die Mittel aus der bundesdeutschen FZ erheblich billiger als Kredite von internationalen Geschäftsbanken oder von multilateralen Finanzinstitutionen wie Weltbank und Internationalem Währungsfonds. Nachdem jetzt aber für immer mehr Empfängerländer die Freijahre der Entwicklungshilfe-Kredite aus den 60er Jahren ablaufen, steigen die Rückzahlungen (Zinsen und Tilgungen) an die Bundesregierung stark an. Nach dem Bundesbankgewinn und der Abführung der Bundespost bilden diese Rückflüsse 1986 mit ca. 1,2 Mrd. DM den drittgrößten Einnahmeposten des Bundeshaushalts (neben den Steuereinnahmen). Der Sanierungskurs von Finanzminister Stoltenberg stützt sich also zu einem nicht unerheblichen Teil auf die Devisenzahlungen der in vielen Fällen überschuldeten Entwicklungsländer. Dies ist eine folgenreiche Umkehrung der Finanzströme, die inzwischen für den gesamten Kapitaltransfer in die Entwicklungsländer gilt. Besonders ärgerlich ist für einige Schuldnerländer, daß auch Rückzahlungen für Entwicklungshilfe-Projekte anfallen, die schon längst gescheitert und nicht mehr existent sind.



Die Rückflüsse

Wie aus den aktuellen Zahlen hervorgeht (siehe Kasten), werden 45 % der gesamten Kapitalhilfe aus Rückflüssen gespeist. Da bei immer mehr Krediten die tilgungsfreie Frist ausläuft, werden die Rückzahlungen in der nächsten Zeit massiv nach oben gehen. Wenn dieser Mechanismus nicht durchbrochen wird, steigen die Rückflüsse bis Ende des Jahrzehnts auf das Niveau der Kapitalhilfe. Aus dem Bundeshaushalt muß dann für dieses Instrument im Endeffekt kein Pfennig mehr in Anspruch genommen werden. Die Zinsen und Tilgungen aus den Entwicklungsländern an die Bundeskasse werden einfach für die aktuell fälligen Auszahlungen aus der FZ umgeleitet.

Für eine steigende Zahl von Entwicklungsländern wirkt sich dieser Trend so aus, daß sie gegenüber der Bundesregierung zu Netto-Zahlern in der Kapitalhilfe werden. Einige Länder müssen bereits heute mehr Devisen für Zinsen und Tilgungen an den Bundeshaushalt aufwenden, als sie an bundesdeutschen Entwicklungshilfe-Krediten erhalten. Die Türkei, Indonesien und Israel führen die Liste an (siehe Tabelle 2), aber auch ärmere Länder wie Marokko und Paraguay gehören zur Gruppe der Netto-Zahler. Für Indien und andere Länder wird dies in Kürze zutreffen.

Für das BMZ ist dieser Trend alles andere als erfreulich. In den Entwicklungsländern regt sich inzwischen einiger Widerstand gegen das schnelle Schrumpfen der Netto-Leistungen. International sorgt sich das Ministerium um eine weitere Schädigung seines Ansehens. Nach der verdeckten Ausweitung der Lieferbindung in der Kapitalhilfe (Stichwort: Mischfinanzierung)[2] bringen die steigenden Rückflüsse die bundesdeutsche Entwicklungshilfe erneut ins Gerede. Auch statistisch ergibt sich ein peinliches Bild, denn die Tilgungszahlungen müssen bei der Ermittlung der öffentlichen Hilfe abgezogen werden und drücken somit zunehmend auf das Niveau der internationalen Vergleichszahlen.

Die Diskussion über Lösungsansätze

Kein Wunder also, daß selbst in den Reihen von Bundesregierung und Koalitionsfraktionen ein heftiges Nachdenken über dieses Problem eingesetzt hat. Dabei darf vermutet werden, daß ihnen weniger ein Abbau der Schuldenlasten für die Entwicklungsländer am Herzen liegt, sondern daß sie sich um einen weiteren Prestige-Verlust für ihre Entwicklungspolitik sorgen. Im Bundestag wurde zum erstenmal im Herbst 1985 anläßlich der Haushaltsberatungen für 1986 in den zuständigen Ausschüssen (Haushaltsausschuß und Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit) heftig über das Thema gestritten. Deutlich wurde dabei, daß auch CDU/CSU die Brisanz der Entwicklung erkannt haben und auf zügige Abhilfe drängen.

Im Vordergrund der Lösungsdiskussion stehen bisher 3 Denkmodelle:
a) Aufstockung der Entwicklungshilfe um den Betrag der Rückflüsse;
b) Verwendung der Rückflüsse für einen Sonderfonds bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (verantwortlich für die Abwicklung der FZ);
c) Einspeisung der Rückflüsse in einheimischer Währung in Fonds in den Entwicklungsländern selbst.

Die beiden ersten Modelle gehen klar von einer Aufrechterhaltung der vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Bundesregierung *in Devisen* aus, während das dritte Modell eine qualifizierte Form der Schuldenstreichung anstrebt. Im ersten Modell würde die Entwicklungshilfe einfach um den Betrag der Rückflüsse erhöht, ansonsten bliebe alles beim alten. Im zweiten Modell würde die Kreditanstalt für Wiederaufbau als Durchführungsorganisation des BMZ einen erheblichen Machtzuwachs erfahren. Diese Institution könnte dann — sicherlich in enger Abstimmung mit dem BMZ — die Wiederverwendung der Rückflüsse für zusätzliche Kapitalhilfe direkt organisieren. Haushaltsrechtlich ist dieser Vorschlag aber sehr umstritten, weil damit die Kontrolle des Parlaments ausgeschaltet wäre und eine Art Schattenhaushalt aufgebaut würde.

Im Gegensatz zu den beiden ersten Modellen beseitigt das dritte Modell den Zwang zur Devisenbewirtschaftung auf Seiten der Schuldner. Die Rückflüsse sollen nicht mehr in DM in die Bundesrepublik transferiert werden, sondern in einheimischer Währung (also z.B. Pesos, Cruzeiros) an Entwicklungsfonds im eigenen Land fließen. In den Aufsichtsgremien dieser Fonds könnten dann auch bundesdeutsche Institutionen (z.B. die Kreditanstalt) oder das BMZ vertreten sein. Problematisch wäre bei diesem Modell, daß in einigen Fällen finanziell gut gestellten Ländern die Rückzahlung erlassen wird, während diese Mittel in den beiden ersten Modellen von relativ wohlhabenden auf die ärmsten Entwicklungsländer umverteilt werden könnten. In Anlehnung an das dritte Modell hat die türkische Regierung der Bundesregierung schon einen Vorschlag gemacht. Aus den Rückzahlungen soll ein Industrialisierungsfonds in der Türkei geschaffen werden, mit dem Investitionen deutsch-türkischer Unternehmen durch Kredite gefördert werden sollen.

Positionen in der Bundesrepublik

In der bundesdeutschen Diskussion über die Rückflüsse gibt es inzwischen zahlreiche Stellungnahmen und Konzepte, die sich in unterschiedlicher Ausprägung auf die drei Modelle beziehen.

Angeblich soll sich Entwicklungshilfe-Minister Warnke persönlich gegenüber Finanzminister Stoltenberg für eine entwicklungspolitische Wiederverwendung der Rückflüsse eingesetzt haben. Angesichts der zunehmenden Haushaltsprobleme (Ausgabensperre im Juni 1986 und geplanter Anstieg der Neuverschulding für 1987) zeichnet sich aber bisher keinerlei Entgegenkommen des obersten Sparkommissars der Nation ab.

Auf Antrag der SPD wurde die Bundesregierung vom Bundestag aufgefordert, bis Mitte 1986 Lösungsvorschläge für die weitere parlamentarische Beratung vorzulegen. Nachdem das BMZ zunächst diesem Anliegen zugestimmt hatte, deutet sich nun an, daß es von dieser Seite keinerlei konkrete Vorschläge geben wird — jedenfalls nicht vor der nächsten Bundestagswahl im Januar 1987.

Der SPD-Politiker Erhard Eppler hat kürzlich dafür plädiert, daß 1987 ein Drittel, ab 1988 zwei Drittel und spätestens ab 1990 die gesamten Rückflüsse in nationale Entwicklungsfonds der Entwicklungsländer eingezahlt werden sollen[3]. Offen bleibt, wer über diese Fonds verfügen soll.

Die Grünen im Bundestag hatten schon im April 1985 einen Antrag im Bundestag eingebracht, in dem exemplarisch für die Länder Afrikas südlich der Sahara die Streichung aller Schulden aus der bundesdeutschen Entwicklungshilfe gefordert wird. Die Rückflüsse sollen dann in Landeswährung in selbsthilfe- und binnenmarktorientierte Entwicklungsfonds gelenkt werden, die von Basisorganisationen kontrolliert werden (z.B. Bauernverbände, Frauenorganisationen, Stadtteilgruppen, Gewerkschaften).

Der FDP-Entwicklungspolitiker Wolfgang Rumpf hat von Stoltenberg die Bildung eines Fonds schon für 1987 verlangt, der die Rückflüsse als neue Entwicklungshilfe von der Bundesrepublik aus vergeben würde[4]. Auch die Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsländer der bundesdeutschen Spitzenverbände der Wirtschaft hat sich für eine in der Bundesrepublik angesiedelte Fondslösung ausgesprochen und schlägt vor, die Rückflüsse ausschließlich zur Finanzierung von Pfle-

Die Rückflüsse

Tabelle 1 zeigt die Rückflüsse aus der bundesdeutschen Kapitalhilfe für die Jahre 1981 bis 1987.[1] Wenn die Ist-Werte für 1985 unberücksichtigt bleiben (vgl die Anmerkung c in der Tabelle), schwanken die Werte im Zeitraum 1981 bis 1985 zwischen 350 und 400 Mio. DM, während Tilgungsbeträge zwischen etwa 450 und 500 Mio. verzeichnet wurden. Von 1981 bis 1985 hat der Bundesfinanzministr also jährliche Rückflüsse zwischen 800 und 900 Mio. DM einstreichen können. Als Gesamtsumme der Ist-Werte für diesen Zeitraum ergibt sich immerhin ein Betrag von knapp 5 Mrd. DM — alles andere als nur ein Taschengeld.

Für 1986 springen die Werte sowohl für die Zinsen (477 Mio.) als auch für die Tilgungen (701 Mio.) deutlich in die Höhe. Die Summe der Rückflüsse übersteigt mit knapp 1,2 Mrd. DM deutlich die Milliardengrenze und liegt um fast 50 % höher als die Soll-Werte des Vorjahres. Die Zahlen für 1987 bestätigen den steilen Aufwärtstrend (Zinsen 510 Mio., Tilgungen 790 Mio., insgesamt 1,3 Mrd. DM).

Tabelle 1

Rückflüsse aus der bundesdeutschen Kapitalhilfe[a,b] in Mio. DM
(1981-85 Ist-Werte, 1985 (in Klammern) und 1986-87 Soll-Werte)

	1987	1986	1985[c]	1984	1983	1982	1981
Zinsen	510	477	572 (350)	355	388	333	381
Tilgungen	790	701	841 (475)	441	489	505	503
Summe	1300	1178	1413 (825)	796	877	838	884

Quelle: Verschiedene Bundeshaushlstspläne
a Überweisungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau an die Bundeskasse. die tatsächlichen Zahlungen der Entwicklungsländer liegen um einiges höher. Vgl. Fußnote 1.
b Einschließlich der Erträge bzw. Rückflüsse aus Treuhandbeteiligungen der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (DEG) in Entwicklungsländern.
c Wegen der Umstellung des Überweisungsverfahrens für die Zahlungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau an die Bundeskasse umfassen die Ist-Werte einen 18-monatigen Zeitraum. Die Soll-Zahlen (in Klammern) sind dagegen mit den entsprechenden Zahlen der übrigen Jahre vergleichbar.

Tabelle 2

Zahlungsströme bei der bundesdeutschen Kapitalhilfe 1986 (in Mio. DM)

Land	Rückflüsse	Kapitalhilfe (Zusagen)	Netto-Zahlung
Türkei	203	130	73
Israel	207	140	67
Indonesien	105	100	5

ge und Wartung bei industriellen Entwicklungshilfe-Projekten einzusetzen[5]. Selbstverständlich sollen die Aufträge dann bundesdeutschen Firmen zugute kommen.

Für die Evangelische Kirche hat der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst, Günter Linnenbrink, die Position vertreten, daß die Entwicklungshilfe um den Betrag der Rückflüsse aufgestockt werden sollte. Auch der Zusammenschluß der bundesdeutschen Nichtregierungs-Organisationen, der Bensheimer Kreis, hat sich bei seiner Frühjahrssitzung 1986 für eine solche Lösung ausgesprochen.

Was kann die Dritte-Welt-Bewegung machen?

Die entwicklungspolitische Debatte in der Bundesrepublik über die Rückflüsse aus der Kapitalhilfe wird in der nächsten Zeit an Intensität zunehmen — vermutlich schon anläßlich der für den Herbst 1986 anstehenden Haushaltsberatungen im Bundestag. Wichtig ist dabeei m.E., daß die Auseinandersetzung nicht ausschließlich von den politischen Parteien geführt wird, sondern daß sich die Dritte-Welt-Bewegung und andere gesellschaftliche Gruppen offensiv einmischen.

Gerade angesichts der kontroversen Debatte bei uns über Sinn und Unsinn der staatlichen Entwicklungshilfe kann es nicht in erster Linie um mehr Hilfe, sondern um eine wirksame Entschuldung gehen.

Die Forderungen der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik sollten sich m.E. an drei Zielen ausrichten:

1. umfassende Streichung aller ausstehenden Schulden aus der bundesdeutschen Entwicklungshilfe
2. in geeigneten Fällen Einzahlung eines Teils der Rückflüsse in einheimischer Währung in selbsthilfeorientierte Entwicklungsfonds unter der Kontrolle von Basisorganisationen,
3. künftige Vergabe von Entwicklungshilfe ausschließlich in Form von verlorenen Zuschüssen.

Die Doppelstrategie beim Entschuldungsansatz — also Streichung der Zins- und Tilgungszahlen an das Ausland und die Finanzierung von Entwicklungsfonds in einheimischer Währung (Gegenwertmittelfonds) — geht von einer zweifachen Verantwortung für die Verschuldung aus. Auf der einen Seite tragen Regierungen, Exportunternehmen und Banken der westlichen Länder eine wesentliche Mitverantwortung für die Schulden, weil sie den Entwicklungsländern aus Eigeninteresse ihre Produkte, Investitionen und Kredite aufgedrängt haben. Deshalb muß die Verpflichtung zur Bedienung dieser Auslandsschulden in Devisen zulasten der ausländischen Gläubiger aufgehoben werden.

Auf der anderen Seite haben Teile der Eliten in vielen Entwicklungsländern von den Wirtschafts- und Finanzverflechtungen mit dem Ausland profitiert und ihr zusammengerafftes Vermögen in sichere Orte außerhalb der Landesgrenzen geschafft (Kapitalflucht). Es sollte deshalb auch bei uns darüber diskutiert werden, wie die Mitschuld der nationalen Eliten an der Überschuldung und den verfehlten Entwicklungsstrategien berücksichtig werden kann. Ein möglicher Ansatz besteht darin, die Zahlungsverpflichtungen der Schuldner in einheimischer Währung aufrecht zu erhalten. Das Land wird dann aus dem Exportzwang entlassen, da keine Devisen für Zins- und Tilgungsleistungen an das Ausland erwirtschaftet werden müssen. Ein Teil des Schuldendienstes muß aber weiterhin in der Landeswährung bezahlt werden und kann dann für bessere Zwecke eingesetzt werden.

Im Fall der Schulden aus der Kapitalhilfe könnte dies bedeuten, daß ein Teil der öffentlichen Mittel an einen Entwicklungsfonds weitergeleitet wird und dort als Finanzierungsquelle außerhalb des regulären Staatshaushaltes zur Verfügung steht. Die Schaffung eines solchen Neben-Haushaltes macht aber m.E. nur dann Sinn, wenn emanzipatorische gesellschaftliche Kräfte Zugang zu Finanzmitteln erhalten, deren Interessen bei der Verteilung der öffentlichen Mittel nur unzureichend berücksichtigt werden. Bei diesen Gruppen könnte es sich z.B. um Kleinbauernorganisationen, Gewerkschaften, Frauengruppen, Kleinhandwerkerverbänden und Ökologiegruppen handeln.

Dies allerdings setzt voraus, daß die herrschenden Gruppierungen überhaupt den Machtzugewinn für gesellschaftliche Basisgruppen tolerieren wollen. Bei repressiven Regimen kann dieses Entgegenkommen nicht vorausgesetzt werden, auch wenn die ausländischen Schuldner auf der Einrichtung eines Fonds beharren sollten. Durch finanztechnokratische Konstruktionen von außen kann das existierende Machtverhältnis nicht aufgebrochen werden.

Nur in relativ pluralistischen Gesellschaften, die eine weit entwickelte Struktur von authentischen Basisorganisationen aufweisen, könnte die Verknüpfung von Schuldenerlaß und Fondsbildung Impulse für neue binnenmarktorientierte Entwicklungsansätze schaffen. Die Vergabe der Mittel aus den Rückflüssen sollte in diesen Fällen durch die Basisorganisationen kontrolliert werden und ausschließlich für die Förderung von selbsthilfeorientierten Projekten erfolgen. Von bundesdeutscher Seite aus sollte allerdings auf jede direkte Mitwirkung an den Fonds verzichtet werden.

Das Schwergewicht der politischen Arbeit der Dritte-Welt-Gruppen hier sollte auf jeden Fall auf die Forderung nach völliger Streichung der Schulden aus der Kapitalhilfe gelegt werden. Die mögliche Verwendung der Rückflüsse im Entwicklungsland ist dagegen nur eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Die Forderung nach einem öffentlichen Schuldenerlaß sollte als Einstieg in ein umfassendes internationales Entschuldungsprogramm gesehen werden, das private und öffentliche Kredite gleichermaßen einschließt.

Thomas Fues

Anmerkungen

1. Tabelle 1 gibt die Zahlen der Bundeshaushaltspläne wider. Die Zahlungen der Entwicklungsländer gehen aber zunächst an die Kreditanstalt für Wiederaufbau. Ein Teil der Zinsen wird dann als Vergütung von der Kreditanstalt enbehalten. Der Rest der Zinsen und die Tilgungen werden (inzwischen halbjährlich) an die Bundeskasse überwiesen werden. Rätselhaft bleibt, warum die Angaben der Kreditanstalt über die Tilgungen aus der FZ nicht mit den Werten in den Bundeshaushaltsplänen übereinstimmen. Die Zahlen der Kreditanstalt liegen teilweise erheblich höher als die Summen in Tabelle 1. Im Geschäftsbericht für 1985 nennt die Kreditanstalt als erhaltene Tilgungen: 1981: 760 Mio., 1982: 554 Mio., 1983: 515 Mio., 1984: 633 Mio., 1985: 588 Mio.. Die Grünen im Bundestag haben jetzt in einer Kleinen Anfrage die Bundesregierung um Aufklärung dieser Angelegenheit gebeten.
2. Siehe auch „blätter des iz3w", Nr. 133, (Mai) 1986, S. 43-48
3. Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt v. 13.4.1986
4. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. 6. 86
5. Handelsblatt, 3. 7. 86
6. epd-Entwicklungspolitik, 9/10:1986 (Mai) 1986, S. 64

Staatliches oder privates Kino?

Filmpolitik in einem Land der Dritten Welt: das Beispiel Tunesien

Anfang November des vergangenen Jahres entschied sich die tunesische Regierung dafür, seine in staatlichem Besitz befindlichen Kinosäle an private Käufer zu veräußern, sowie seine gesamten Aktivitäten im Bereich des kommerziellen Verleihs einzustellen. Diese neue Politik der SATPEC (Société Anonyme Tunisienne de Production et d'Expansion Cinématographique), die bislang das Monopol beziehungsweise die Oberaufsicht in den Bereichen Produktion, Vertrieb und Verleih besaß, setzt neue Zeichen für eine Kino-Entwicklung in Ländern Afrikas, für die das Beispiel Tunesien während der letzten 20 Jahre als nachahmenswert galt. Tunesien, das mit den „Journées Cinémathographiques de Carthage" zu den wichtigsten Heimstätten eines afrikanischen Kinos geworden ist, unternahm schon 1964 den Versuch einer Verstaatlichung der Kino-Industrie. Den Anspruch, „eigene Filme auf eigenen Leinwänden" zu sehen, bezahlte Tunesien mit einem totalen Boykott der euro-amerikanischen Gesellschaften, die ihre Filme vom tunesischen Martk zurückzogen — allerdings nur kurz: schon bald überschwemmten die amerikanischen Action-Filme, die Karate-Filme aus Hong-Kong, indische Melodramen oder „Sex"-Komödien aus italienischen oder französischen Produktionsstätten wieder tunesische Kinos.

Die Verstaatlichung war jedoch nie vollständig. Das Modell eines fruchtbaren Nebeneinander von privater und staatlicher beziehungsweise staatlich unterstützter Filmindustrie machte in ganz Afrika Schule: Senegal, Mali und Burkina Faso (das frühere Obervolta) eiferten mit Erfolg dem tunesischen Modell nach. Aus der Einsicht heraus, daß „derjenige, der den Import der Filme kontrolliert, auch das Kino kontrolliert", wurde der Sektor Import als einziger Bereich vollständig in staatliche tunesische Regie übernommen. Diese zwischen 1969 und 1981 gut funktionierende Bewirtschaftung des nationalen Filmmarktes mit einem gemischten Programm aus internationalen und nationalen Produktionen in zum Teil eigenen staatlich betriebenen Kinosälen war mit Anlaß dazu, daß in Ouagadougou (Burkina Faso) 1979 ein gemeinsamer afrikanischer Kinomarkt ins Leben gerufen wurde, dem allein 14 frankophone afrikanische Staaten beitraten (CIDC = Consortium interafricain de distribution cinématographique). So konnte in einigen afrikanischen Staaten ein Ausgleich zwischen einem „kommerziellen" und „kulturellen" Kino geschaffen werden — und die Zuschauerzahlen sprachen für dieses Experiment: nicht selten standen afrikanische Filme auf den Hitlisten der Metropolen in Afrika. Hinter diesen für die gesamte Kinoindustrie der Länder der sogenannten Dritten Welt interessanten tunesischen Erfahrungen stand die Idee, daß der Film als ein wichtiges Kulturgut zu betrachten sei, der dem internationalen Druck jedoch nicht ohne staatliche Hilfe gewachsen ist. Der Aufbau nationaler Kinematographien fällt in die Zeit einer Aufbruchphase der sechziger Jahre, als die meisten der afrikanischen Staaten ihre Unabhängigkeit erkämpften. Für die sich selbst suchenden und definierenden Kulturnationen spielte der Aufbau einer eigenen Filmproduktion eine wichtige Rolle — sie war Ausdruck eines neuen kulturellen Selbstbewußtseins, das einem euro-amerikanischen Kino etwas entgegen zu setzen versucht.



Kinoplakat in Tunis

1981 wurden durch den damaligen tunesi-

schen Minister für kulturelle Angelegenheiten Bechir Ben Slama die staatlichen Maßnahmen zum Schutz einer tunesischen Kinematographie auch auf die Filmproduktionen ausgeweitet. Durch steuerliche Befreiung aller importierten Rohmaterialien (Film, technische Materialien wie Kameras und Projektoren) und Aufbau eines Produktionsfonds, der sich vollständig aus der Besteuerung der Kinokartenverkäufe speiste, finanzierte sich zum ersten Mal in Tunesien Kino aus eigenen Mitteln. Profitieren konnten davon einige junge tunesische Filmmacher(innen), die teilweise mit ausländischen Koproduktionen in Belgien, Frankreich, aber auch mit dem ZDF sowohl inhaltlich als auch ästhetisch Interessantes schufen: SCHATTEN DER ERDE von Taieb Louhichi, DIE SPUR von Nejia Ben Mabrouk, ÜBERSCHREITUNGEN von Mahmoud oder BEGRENZUNGEN DER WÜSTE von Nacer Khemir — alles Filme, die auf internationalen Festivals Anerkennung fanden.

Durch die jetzige Zurücknahme staatlicher Verleih- und Vertriebsgarantien und des Quotensystems, demzufolge in den Kinos neben internationalen auch tunesische Filme vorzuführen sind, werden die tunesischen Filme nur wenig oder überhaupt nicht mehr auf tunesischen Leinwänden zu sehen sein. Der Verkauf der staatlich betriebenen Kinosäle in Tunis wird diesen Prozeß weiter beschleunigen. Der Film ÜBERSCHREITUNGEN zum Beispiel ist ein Opfer dieser Politik: obwohl schon vor drei Jahren von einem privaten Verleiher aufgekauft, wartet er noch immer auf seine tunesische Kinoauswertung.

Die Gründe, die diese Maßnahmen heraufbeschworen, sind sehr vielschichtg: die aktuelle ökonomische Krise, die das Land durchlebt und die ein verhältnismäßig armes Land noch stärker trifft, zwingt die SATPEC zu sparen. Trotz des guten Rufes der SATPEC-Labors nicht nur in Afrika — selbst Roman Polanski, der seinen neuesten Film DIE PIRATEN in Tunesien drehte, ließ seinen Film in Tunis weiter verarbeiten — bleiben die Laboranlagen nur schlecht ausgenutzt und somit ein Zuschußgeschäft. Daneben dürfte der aufsteigende Stern am tunesischen Produzentenhimmel Tahar Ben Ammar, ein Verwandter der Präsidenten-Gattin, ausschlaggebend für die Öffnung hin zur Privatisierung des Filmsektors gewesen sein, zumal dem Staat aus jeglichen ökonomischen Aktivitäten wieder Steuern zufließen. Daß damit dem tunesischen Kino der Garaus gemacht wird, scheint heute in einer politischen Diskussion nicht mehr von Belang zu sein. Auch die Proteste der Vereinigungen der professionellen und Amateur-Filmemacher beim tunesischen Ministerpräsidenten scheinen diese Tendenz des Vertrauens auf private Initiative in allen ökonomischen Bereichen nicht aufhalten zu können. Wie letztlich die Entscheidung auch ausfällt, eines scheint jetzt schon so gut wie sicher zu sein: tunesische Filme werden, sofern es sie unter diesen Umständen überhaupt noch geben wird, wieder eher in Paris, London oder Berlin in den Kinos oder in den europäischen Fernsehen zu sehen sein, als auf tunesischen Leinwänden. Den nicht gerade stabilen afrikanischen Kinomärkten wird dieses Beispiel alles andere als nützen.

Werner Kobe



Szene aus „Überschreitungen" von Mahmoud Ben Mahmoud

Südkorea und Taiwan — Vorbild für die Dritte Welt?

Der kürzliche Besuch des südkoreanischen Präsidenten Chun Doo Hwan bot der hiesigen Presse einen Anlaß, sich neuerlich mit dessen Herkunftsland zu befassen. In den konservativen Gazetten überwogen die Lobhudeleien: Südkorea als erfolgreiches Schwellenland, als Paradebeispiel für die Erfolgsaussichten marktwirtschaftlicher Politik in der Dritten Welt. Dagegen waren die Urteile in „linken" Blättern mehr oder weniger vernichtend: Eine schuldenfinanzierte, labile Entwicklung, die einhergeht mit miserablen Arbeits- und einer Verschlechterung der Lebensbedingungen — so der Tenor der Berichterstattung. Umso mehr muß es überraschen, wenn ein Autor aus dem Umfeld der „linken" Dissoziationsschule Senghaas'scher Prägung zu einer positiven Einschätzung des südkoreanischen (und des ähnlichen taiwanesischen) Entwicklungswegs kommt:

Ulrich Menzel: In der Nachfolge Europas. Autozentrierte Entwicklung in den ostasiatischen Schwellenländern Südkorea und Taiwan. München: Verlag Simon & Maghiera, 1985.

Das Buch ist vor allem unter entwicklungstheoretischem Blickwinkel geschrieben. Es schließt an die Ausführungen Dieter Senghaas' „Von Europa lernen" an (vgl. die Rezension in den „blättern" Nr. 111, August 1983), in dem sich ein Kapitel unter dem Titel „In der Nachfolge Europas? Über ostasiatische Entwicklungswege" findet. Senghaas kommt dort zu einer eher pessimistischen Einschätzung insbesondere der südkoreanischen Entwicklung. Anders Menzel: Für ihn sind die beiden Flächenstaaten unter den ostasiatischen „vier kleinen Tigern" Beispiele erfolgreicher nachholender „autozentrierter" Entwicklung; soll heißen: In beiden Ländern findet sich heute eine entfaltete Industriestruktur mit den für entwickelte Länder typischen Kopplungen und Verflechtungen (und nicht etwa die erst kürzlich von Fröbel/Heinrichs/Kreye analysierte „weltmarktorientierte (Teil-)Industrialisierung"; Fröbel/Heinrichs/Kreye: Umbruch in der Weltwirtschaft, RoRoRo aktuell, 1986). Daß dieses Ergebnis eine „Herausforderung für die entwicklungstheoretische Diskussion" darstellt, ist eine These, die zwar nicht falsch ist, jedoch nicht zu voreiligen Schlüssen verleiten sollte.

Ohne Frage sind die Entwicklungserfolge beider Länder beachtlich. Beispiel Südkorea: 1960 stand das Land auf einem Entwicklungsniveau, das demjenigen des heutigen Bangladesh entspricht — geringe Landesfläche, hohe Bevölkerungsdichte, niedriges Volkseinkommen, starke Abhängigkeit von externen Zuwendungen. Bedenkt man die allgemeine Ratlosigkeit hinsichtlich einer akzeptablen Entwicklungsstrategie für Bangladesh — im besten Fall folgen auf eine solche Frage Hinweise auf vielversprechende „grassroots"-Bewegungen, die zumindest Hoffnungen auf ein Erreichen des Subsistenzniveaus wekken —, kann man über den Entwicklungserfolg Südkoreas nur staunen. Wer kann sich schon ernstlich vorstellen, daß Bangladesh in zwanzig Jahren so dasteht wie Südkorea heute?

Dabei waren die Entwicklungsvoraussetzungen in Südkorea wie in Taiwan zwar günstig, jedoch durchaus nicht einmalig. Fraglos hatte die japanische Kolonialherrschaft ökonomisch eine andere Qualität als diejenige der europäischen Staaten; eine Modernisierung der Landwirtschaft und Anfänge einer Industrialisierung bildeten günstige Voraussetzungen für die spätere Entwicklung. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen spezielle Faktoren hinzu: In Taiwan die Machtübernahme durch die Guomindang, die nicht nur die kompletten chinesischen Goldreserven auf die Insel rettete, sondern vor allem (als Lehre aus ihren vorherigen Fehlern) als erstes eine gründliche Landreform durchführte. In Südkorea waren es die USA, die eine solche Maßnahme gegen den Willen der (von ihnen eingesetzten) südkoreanischen Regierung durchsetzten. Beide Länder profitierten überdies von der massiven Unterstützung durch die USA, die neben umfangreicher Militär- und Nahrungsmittelhilfe vor allem reichlich Kapital und zivile Berater zur Verfügung stellten; ohne dies wäre zumindest Südkorea in den fünfziger Jahren der Weg in den Bankrott nicht erspart geblieben. Somit zogen beide Länder Nutzen aus ihrer exponierten Stellung im Ost-West-Konflikt, der überdies auch ihre eigenen Anstrengungen prägte: Beide standen kommunistischen Staaten gleicher Nation gegenüber. Im direkten Vergleich mit ihnen konnte die Legitimität der eigenen Gesellschaftsordnung nur durch effizienteres Wirtschaften gesichert werden. Hier hat Menzel sicherlich einen wichtigen Faktor für die Nachhaltigen Erfolge erkannt, die der staatlichen Entwicklungspolitik beschieden waren. Tatsächlich hat nämlich in beiden Ländern der Staat — aller marktwirtschaftlichen Rhetorik zum Trotz — die zentrale Rolle bei der Formulierung und Umsetzung der Industrialisierungspolitik (in Taiwan seit Mitte der fünfziger, in Südkorea seit der ersten Hälfte der sechziger Jahre) gespielt: Durch die staatlihen Unternehmen, die Lenkung der Kredite und die Reglementierung des Außenhandels wurden die privaten Unternehmen in die jeweils gewünschte Richtung gelenkt. Dabei profitierten sie natürlich von der nachgerade dramatischen Ausweitung des Welthandels, die mit der anhaltenden Prosperität in den entwickelten Industriestaaten un der fortschreitenden Liberalisierung deren Außenhandels einherging. Auf der wirtschaftlichen Seite beeindruckt vor allem der Strukturwandel, d.h. die Entwicklung vom Agrar- zum Industriestaat. Dies findet seinen Ausdruck darin, daß

- der Beitrag des Primärsektors zum Bruttosozialprodukt heute in Südkorea 18 % und in Taiwan nur noch 8,7 % beträgt,
- nur noch 30,7 % bzw. 18,9 % der Arbeitnehmer im Primärsektor beschäftigt sind,
- der Anteil von Rohstoffen und Nahrungsmitteln an den Exporten lediglich 9,2 % bzw. 7,7 % beträgt.

Und dies, obwohl das jährliche Wachstum der Landwirtschaft im Durchschnitt der Jahre 1962-82 bei real 4,04 % bzw. 3,77 % lag. Aber auch in der Industrie selber fand ein erstaunlicher Strukturwandel statt, der dazu führte, daß der Anteil der Schwerindustrie an der verarbeitenden Industrie in Südkorea 52,7 % und in Taiwan sogar 64,5 % beträgt und auch bei den Exporten nicht mehr Textilien und Schuhe, sondern Maschinen, Fahrzeuge und Elektroerzeugnisse vorherrschen. Bemerkenswert ist, daß ausländische Direktinvestitionen dabei eine vergleichsweise geringe Rolle spielen. So betrugen z.B. 1977 die ausländischen Nettodirektinvestitionen in Taiwan lediglich 42 Mio. US-Dollar und in Südkorea 73 Mio. US-Dollar, während sie sich für die Philippinen auf 213, für Singapur auf 343 und für Malaysia gar auf 481 Mio. US-Dollar beliefen. Dieses niedrige Niveau ausländischer Direktinvestitionen hat zur Folge, daß der Anteil der verarbeiteten Güter an den Exporten, der von ausländischen Firmen kontrolliert wird, lediglich bei 15-20 % liegt, während er sich in Singapur auf 70 % beläuft.

Zudem räumt Menzel in seiner sehr gründlichen Untersuchung der ökonomischen Entwicklungsgeschichte mit der irrigen Vorstellung von einem rein exportorientierten Entwicklungsmodell auf: In beiden Ländern ist eine enge Verknüpfung von Importsubstitution und Exportorientierung zu beobachten. Nur dauer-

ten die reinen Importsubstitutionsphasen jeweils nur kurze Zeit an, weil sehr schnell international konkurrenzfähige Industriezweige auf die Beine gestellt werden konnten. Dies ändert jedoch nichts daran, daß in beiden Ländern die industrielle Entwicklung zu einem erheblichen Teil auf dem Binnenmarkt fußte, der durch eine Vielzahl von Maßnahmen gegen Importe abgeschottet wurde. Überdies spielten die vielzitierten Exportproduktionszonen in beiden Ländern nicht die Rolle, die ihnen meist zugewiesen wird: Erstens ist ihr Anteil an der gesamten Industrieproduktion äußerst niedrig, und zweitens weisen sie einen überdurchschnittlichen Grad an Verflechtungen mit der übrigen Industrie auf, sind also keineswegs moderne Inseln im Meer des Elends. Weil außerdem — wiederum gängigen Klischees zuwider — ausländische Investitionen in beiden Ländern nur in vergleichsweise geringem Umfang zugelassen wurden, ging der Aufbau der industriellen Potentiale mit einer Ausweitung des inländischen Kapitals einher.

Hier ist allerdings einer der Punkte, an denen Menzel seine Vorgehensweise zum Verhängnis wird, nur en passant die — von anderen Autoren ins Zentrum der Analyse gestellten — beträchtlichen Unterschiede zwischen beiden Ländern anzusprechen. Tatsächlich nämlich gibt es — bei allen Parallelen — signifikante Unterschiede zwischen den Entwicklungswegen und -erfolgen beider Länder. Fußte die südkoreanische Industrialisierung überwiegend auf staatlich priviligierten Unternehmenskonglomeraten, so wurde sie in Taiwan von Klein- und Mittelbetrieben getragen; beruhte sie in Südkorea auf einer exzessiven Kreditaufnahme im Ausland, die das Land zur drittgrößten Schuldnernation der Dritten Welt hat werden lassen, so stützte sie sich in Taiwan weit stärker auf interne Akkumulation; ging die Entwicklung der Industrie in Südkorea mit einer Vernachlässigung, wenn nicht Ausbeutung der Landwirtschaft einher, so war sie in Taiwan einigermaßen ausgewogen; führte sie in Südkorea zu einer zunehmend ungleichen Einkommensverteilung, so brachte sie in Taiwan eine breite Steigerung des materiellen Wohlstands mit sich.

Mithin ist Südkorea nch wie vor Schwellenland, während Taiwan die Schwelle längst übersprungen hat und als junges Industrieland anzusehen ist. Ursache dafür sind einige historische Vorteile Teiwans — das z.B. nicht in einem verheerenden Krieg weitgehend zerstört wurde — sowie eine in bestimmten Phasen und Bereichen intelligentere Entwicklungspolitik, jedoch nicht irgendwelche externen Abhängigkeiten. Jedoch bleibt Menzel letztlich eine schlüssige Begründung für die divergierenden Entwicklungserfolge schuldig — die von ihm betonten Erfolgsfaktoren (starker Staat, US-Hilfe, Stellung im Ost-West-Konflikt) gelten schließlich für beide Länder.

Trotzdem, und in dieser Hinsicht ist ihm trotz der gebotenen Differenzierungen zuzustimmen, sind beide Länder Fälle erfolgreicher nachholender Entwicklung; Menzel bezeichnet sie völlig zu Recht als „Dependenzparadoxien": Ohne nennenswerte natürliche Ressourcen und Bodenschätze, trotz beachtlicher Zuwendungen aus dem Ausland (v.a. den USA), trotz ausländischer Investitionen, trotz externer Verschuldung und trotz hoher Weltmarktabhängigkeit haben beide Länder einen erfolgreichen Industrialisierungsprozeß vollzogen. Dies läßt es als ratsam erscheinen, einige liebgewonnene entwicklungstheoretische Wahrheiten in Frage zu stellen. Gleichwohl: Wenn die von Menzel formulierte Kritik auch zuvorderst auf den entwicklungstheoretischen Kern der Dependenzansätze und eine Neueinschätzung früher geäußerter entwicklungsstrategischer Empfehlungen („Plädoyer für Dissoziation") zielt, geräte sie nicht nur implizit zu einer neuen Entwicklungsstrategie. Genauer: keine neue, sondern im Grunde eine alte, nämlich eine historisch-empirisch untermauerte Modernisierungstheorie, die nicht mehr pauschal das (falsch verstandene) Entwicklungsmodell der USA auf den Rest der Welt übertragen will, sondern stattdessen aus den konkreten Erfahrungen bestimmter anderer Länder Empfehlungen für die Dritte Welt ableitet. Deutlich wird dies z.B. bei der Empfehlung, die Menzel für die Stimulierung der weiteren Entwicklung Südkoreas abgibt und die genausogut von der Weltbank, wenn nicht vom berüchtigten Institut für Weltwirtschaft in Kiel stammen könnte: Bitte weniger staatliche Lenkung und dafür einer freiere Entfaltung der Marktkräfte. Aufgrund seiner eigenen Ausführungen und angesichts aktueller Debatten über Sinn und Möglichkeiten von Industrie- bzw. Strukturpolitiken in fortgeschrittenen Industrieländern ist eher die gegenteilige Empfehlung logisch: Südkorea und Taiwan wären gut beraten, die doch offensichtlich erfolgreiche staatliche Lenkung des Wirtschaftsprozesses fortzusetzen. Insofern ließe sich — anders, als Menzel dies tut — immerhin eine vernünftige entwicklungpolitische Empfehlung aus diesen beiden Fällen ableiten: Eine Warnung

vor den Versuchen konservativer Ideologen, Unterentwicklung durch freie Entfaltung der Marktkräfte zu überwinden. Das Gegenteil war die Grundlage erfolgreicher Insustrialisierung in Ostasien.

Darüberhinausgehende Versuche einer Übertragung der Entwicklungsstrategien Südkoreas und Taiwans sind wenig verheißungsvoll. Nicht nur hat die Schuldenkrise dieses Modell in Mißkredit gebracht (der nicht unbedingt berechtigt ist: Länder ohne nennenswerten internen Surplus haben, außer der Stagnation, gar keine Alternative zur Außenverschuldung, die zudem — wie der Fall Südkoreas, vor allem aber Taiwans zeigt — nicht notwendig in der Schuldenfalle enden muß). Vor allem aber fehlt die zentrale Voraussetzung für den Entwicklungserfolg: Der expandierende Weltmarkt, der etliche Länder mit hohen Exportüberschüssen verkraftet, ist — vorerst — eine Erscheinung, an die nur wehmütig zurückgedacht werden kann. Bekanntlich kann es nicht nur Exportüberschußländer geben — angesichts eines verschärften weltweiten Verteilungskampfs ein Tatbestand, der heute exportorientierte Entwicklungswege erschwert, wenn nicht unmöglich macht. Daher sollten die Entwicklungserfolge Südkoreas und Taiwans ruhig zu einer Überprüfung liebgewonnener Abhängigkeitsplatitüden führen, nicht jedoch die alte entwicklungspolitische Orthodoxie wiederbeleben. Dieser Versuchung hat Menzel weitgehend widerstanden. Liest man sein Buch folglich als historisch angelegte Analyse, ist es sehr erhellend. Die gegenwärtige allgemeine entwicklungspolitische Ratlosigkeit kann und will es jedoch nicht auflösen.

Jörg Meyer-Stamer

„Afrika wird totgefüttert"

Randolph Braumann, Plädoyer für eine neue Entwicklungspolitik; natur Buch; DM 19,80.

In der Zeitschrift Natur Nr. 2/1985 befand sich ein Artikel zu der damaligen Aktion „Ein Tag für Afrika". In diesem vierseitigen Artikel kritisierte Randolph Braumann die Nahrungsmittelhilfe. Ein Jahr später wurde daraus ein Buch mit 150 Seiten. Handelt es sich also um ein ‚Untermauern' der Kritikpunkte?

Betrachten wir diesen Zuwachs an bedrucktem Papier etwas genauer:

Da ist zunächst das Vorwort von Manfred Bissinger. Mit dem Afrika-Tag als Aufhänger liefert er einen spöttischen Kommentar zu unserem Umgang mit dem „Hunger in Afrika". Schade nur, daß er genau die gleichen Zitate verwendet wie Randolph Braumann im Hauptteil seines Buches.

Genau wie in seinem Artikel in *natur* 2/85 bringt Braumann zunächst einen kurzen Abriß über die Geschichte und Ursachen der Nahrungsmittelhilfe — und über deren Folgen: Veränderung der Ernährungsgewohnheiten, unlautere Konkurrenz zum einheimischen Anbau, Schaffung neuer Abhängigkeiten, Erziehung zum passiven Almosen-Empfängertum...

Die Stärke des Artikels liegt in der Verwendung von zahlreichen Beispielen, durch die diese Phänomene anschaulich beschrieben werden.

In einem längeren Abschnitt wird dann die Hunger-Problematik in Äthiopien und deren verzerrte Darstellung in unseren Medien abgehandelt. Im weiteren Verlauf folgt eine Beschreibung der Entwicklung der afrikanischen Landwirtschaft unter dem Einfluß der Entwicklungshilfe, wobei die generelle Fragwürdigkeit und Kontraproduktivität der von europäischen „Experten" geleiteten Projekte wiederum an Beispielen verdeutlicht wird.

Als Musterfall für eine positive Entwicklung der Landwirtschaft dient Swasiland. Die hierbei im Mittelpunkt stehende ausführliche Darstellung des Fruchtbarkeits-Kultes könnte auch in einer Reisebeschreibung Verwendung finden.

Zum Schluß seines Aufsatzes faßt Braumann zusammen, um was es ihm geht: „Das scheint mir die einzige große Zukunftsaufgabe in der Entwicklungspolitik zu sein: Umstellung von der unsagbar erfolglosen, ja schädlichen „Experten"- und Nahrungsmittelhilfe auf Kapitalhilfe. Afrika braucht Geld — und keinen Weizen" (S. 107).

Den letzten Teil des Buches bildet eine kleine Fallstudie von Volker Janssen. Am Beispiel der Serer (Senegal) werden die Veränderungen beschrieben, die während der letzten 20 Jahre in der traditionellen afrikanischen Landwirtschaft eingetreten sind. Die Serer betrieben in der Vergangenheit eine Mischung aus Viehzucht und Ackerbau, in deren Mittelpunkt eine besondere Akazien-Art stand. Das System erlaubte eine Landnutzung und Selbstversorgung der Bevölkerung, ohne das ökologische Gleichgewicht zu stören. Volker Janssen zeigt auf, welche Einflüsse für die immer fortschreitende Veränderung dieses Gleichgewichts verantwortlich sind.

Knapp ein Drittel der 150 Seiten des Buches werden durch doppelseitige Schwarz-Weiß-Fotos ausgefüllt, die jeweils mit einigen wenigen Sätzen kommentiert werden.

Fazit: Diejenigen, die sich schon etwas ausführlicher mit der Hungersnotpolitik befaßt haben, wird dieses Buch nicht viel Neues bringen. Leider fehlen im Hauptteil von Randolph Braumann jegliche Literaturhinweise — auch die Quellenangaben zu den Werken, aus denen zitiert wird. Eine kleine Liste weiterführender Literatur wäre für den interessierten Leser sicher hilfreich, wie auch ein Hinweis auf die aktuellen Reformbestrebungen und Kampagnen europäischer Aktionsgruppen zur Nahrungsmittelhilfe.

Da das Buch überwiegend mit Beispielen arbeitet und der Textteil recht kurz ist, fehlen auch etliche grundlegende Fakten und Informationen zur Nahrungsmittelhilfe. (Detail am Rande: Einer der zahlreichen Abschnitte, die aus dem *natur*-Artikel übernommen wurden, enthält Zahlenangaben zu den Nahrungsmittel-Lieferungen verschiedener Geberländer. Die einzige Veränderung bei der ansonsten wortwörtlichen Übernahme besteht darin, daß die Jahresangabe „1983" aus dem natur-Artikel im Buch zu „1984" aktualisiert wurde!).

Die Schwächen des Buches lassen es aber für eine andere Zielgruppe interessant werden: für diejenigen, die sich noch kaum mit den Ursachen des Hungers und der Problematik der Entwicklungshilfe beschäftigt haben und die von Fachbüchern eher abgeschreckt werden. Kurze Texte, viele begleitende Fotos und Beispiele erleichtern diesem Personenkreis den Einstieg in die Thematik.

br

Leserbriefe

„Wer hat uns verraten,..."

Zu „Sozialdemokratie und Nicaragua", blätter Nr. 134

Nichts eignet sich immer wieder so hervorragend zum Entlarven und Enttarnen, wie die Sozialdemokratie. Aber der Artikel „Sozialdemokratie und Nicaragua" liegt deutlich unterhalb des gewohnten Niveaus der „blätter" — dies hat wohl auch der Verfasser gemerkt und schlauerweise darauf verzichtet, Namen oder Kürzel anzugeben.

Ärgerlich an diesem Artikel finde ich nicht, daß die SPD kritisiert wird; dazu gibt es genügend Anlässe. Wenn allerdings so souverän, wie in diesem Fall, ignoriert wird, daß innerhalb der SPD sehr unterschiedliche Positionen zur Lage in Zentralamerika existieren und die daraus resultierenden Konflikte mehr sind, als ein besonders geschicktes Desorientierungsmanöver der sozialdemokratischen Führung, so führt dies zu einem Feindbild SPD, das zwar die eigene politische Unschuld bewahren hilft, jedoch weder der Situation gerecht wird noch den Menschen in Nicaragua hilft.

Damit keine Mißverständnisse entstehen:

- ich teile die geübte Kritik an Tendenzen in der SPD, aus Wahlgründen größeren Konflikten mit den USA aus dem Weg zu gehen und die US-Regierung und die Sandinisten gleichermaßen zu mahnen statt die Politik der USA als hauptverantwortlich für die Krise in Zentralamerika eindeutig zu verurteilen,
- ich teile die Skepsis, daß eine von Johannes Rau geführte Bundesregierung ab Januar 1987 mehr für Nicaragua tun wird, als die gesperrte Entwicklungshilfe wiederaufzunehmen, statt, wie die Jusos z.B. fordern, mindestens 500 Millionen DM Unterstützung als Soforthilfe zu leisten.
- und schließlich bin ich ebenfalls der Meinung, daß die von führenden Sozialdemokraten erhobene Forderung nach einem nationalem Dialog in der vorliegenden Form, ohne daß deutlich wird, wer eigentlich der Dialogpartner sein soll, unakzeptabel ist. Es muß ausgeschlossen werden, daß damit die Contra gemeint sein kann.

Daneben stehen jedoch Positionen, die nicht nur falsch, sondern auch denunziatorisch sind.

Die SPD rücke ab von der Verurteilung der auf Zerstörung des neuen Nicaragua ausgerichteten US-Politik, ja, sie habe eigentlich nichts dagegen („Nicht das Ziel der USA, ... die Zerstörung langfristiger Veränderungen der zentralamerikanischen Gesellschaften; wird von der SPD kritisert, ..."). Willy Brandt am 24. März 1986 in einer Presseerklärung (also lange nach dem Klose-Bericht): „Eine Nicaragua-Politik der Destabilisierung, der Wirtschaftsblockade und der militärischen Angriffe, die auf dem Weg zu einem Interventionskrieg liegen, fordert nicht nur unsere Kritik heraus, sondern findet unsere eindeutige Ablehnung". Oder ich erinnere an die deutlichen Angriffe von Hans-Jürgen Wischnewski als Reaktion auf die 100-Millionen-Dollar-Hilfe an die Contraterroristen.

Der Klose-Bericht stelle nicht nur eine Distanzierung der SPD von Nicaragua dar, sondern sei „trickreich..., zeitgleich und in Einklang mit der Menschenrechtskampagne der CDU an die Öffentlichkeit lanciert worden" (Nicht ungeschickt übrigens, wie durch die Verwendung von „lancieren" eine einfache Presseerklärung in eine dubiose Veröffentlichung verwandelt wird).

Auch dem Schreiber hätte nicht verborgen bleiben müssen, daß die ersten und schärfsten Kritiken am Klose-Bericht aus den Reihen von Jusos und SPD kamen, so z.B. eine ausführliche Bestätigung der SPD — Solidarität durch Peter von Oertzen im „Vorwärts". Nach heftigen, fast von der gesamten SPD-Bundestagsfraktion getragenen Vorwürfen wegen der Einseitigkeit des Berichtes und der Verkürzung des Menschenrechtsbegriffes wurde einige Zeit später von Klose ein ausführlicher und wesentlich differenzierterer Bericht veröffentlicht. Die Behauptung, der Bericht sei mit Geißler abgestimmt, ist infam und böswillig. Es wird wohl das Geheimnis des Schreibers bleiben, aus welcher Logik die SPD seine Kampagne unterstützt, deren hervorragende innenpolitische Zielscheibe sie selbst darstellt.

Ein letzter Punkt: Städtepartnerschaften mit Gemeinden in Nicaragua sind nur mit Hilfe der SPD erfolgreich umzusetzen, da die Grünen nur selten allein auf 51 %ige Mehrheiten kommen. Da aber nicht sein kann, was nicht sein darf, gibt es erfolgreiche Partnerschaften nur da, wo die SPD von den Grünen oder außerparlamentarischen Gruppen gedrängt wird — so die feste Überzeugung des Autors. Ich lebe in Gießen, dort besteht eine beschlossene Partnerschaft mit San Juan del Sur. Die Initiative zur Gründung einer Initiative ging von vier Jungsozialisten aus, die im Sommer 1984 mit einer Juso-Arbeitsbrigde für zwei Monate in Masaya gelebt und gearbeitet haben. Ein großer Teil der mehr als 120 Mitglieder des Gießener Städtepartnerschaftsvereins sind SPD-Mitglieder. Solche Dinge mögen in Schwarz-Weiß Weltbilder nicht hineinpassen, aber in zahlreichen Gruppen und Initiativen verteidigen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das sandinistische Nicaragua und bekämpfen die staatsterroristische Politik der US-Regierung.

Zu den oben angesprochenen Auseinandersetzungen haben die Jungsozialisten übrigens eine Broschüre unter dem Titel „Revolution und Menschenrechte in Zentralamerika" hergestellt. Wer sich intensiv über Positionen und Konflikte in der SPD informieren möchte, kann dieses Heft für 2,- DM bei den Jusos in der Ollenhauerstr. 1 in 5300 Bonn anfordern."

Hans Seus, Mitglied im Bundesvorstand der Jungsozialisten.

Kurz belichtet

Netzwerk zum „Menschenrecht auf Nahrung" gegründet

- br - Ziel dieses Netzwerkes (Food First Information and Action Network [FIAN]) ist es, zur Durchsetzung des durch die „Internationale Charta der Menschenrechte" garantierten Rechts auf Nahrung beizutragen, sowie über die Strukturen und Mechanismen zu informieren, die der Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung entgegenstehen.

FIAN arbeitet bereits seit drei Jahren als informeller Zusammenschluß verschiedener Gruppen und Einzelpersonen. Am 7. Juni wurde nun in Rotenfels ein internationaler Dachverband in der Form eines eingetragenen Vereins gegründet, um u.a. einen leichteren Zugang zu externen Finanzquellen sowie eine bessere Koordination der Menschenrechtsarbeit zu gewährleisten. Auf der Gründungsversammlung waren Vertreter von FIAN-Gruppen aus Norwegen, Schweden, Belgien, Österreich und der Bundesrepublik Deutschland anwesend.

Einen Schwerpunkt der FIAN-Arbeit bildeten bisher Eilaktionen, bei denen auf Bitte der Betroffenen hin Briefe an die Verantwortlichen für die Menschenrechtsverletzungen geschrieben werden.

Jüngstes Beispiel ist die Unterstützung der 10.000 landlosen Bauern, die in Ronda Alta (Bundesstaat Rio Grande do Sul, Brasilien) unbebautes Land einer Fazenda besetzt haben und eine gerechte Landverteilung fordern. Die Durchführung einer Landreform ist in Brasilien Voraussetzung dafür, daß die landlosen Bauern und ihre Familien das Recht auf Nahrung, d. h. die Möglichkeit sich selbst zu ernähren, erhalten.

Nach Möglichkeit sollen in Eilaktionen aufgegriffene Fälle langfristig durch Gruppen weiterverfolgt werden (wie z. B. die geplante Vertreibung von Quiche-Indianern in Ecuador, vgl. blätter des iz3w Nr. 125, S. 29ff).

Darüberhinaus ist FIAN an der europaweiten Kampagne „Für das Recht der Völker sich selbst zu ernähren" beteiligt, die eine grundlegende Reform der Nahrungsmittelhilfe zum Ziel hat (vgl. blätter des iz3w Nr. 116, 123 und 133).

Kontaktadresse: *FIAN-Koordination, Postfach 1302, 6906 Leimen*

✫ ✫ ✫ ✫ ✫

Das Bekleidungswerk „Adler" in Südkorea

mm— Die Firma Adler AG CO KG Haibach ist in vielen Orten durch ihre Bekleidungsmärkte am Stadtrand bekannt geworden, und damit sie nicht in Vergessenheit gerät, versorgt „Adler" regelmäßig die Haushalte mit doppelseitiger Reklame und preist sich als den „größten Mode-Discounter Europas" an. Seit 1978 betreibt Adler eine Tochterfirma in Südkorea, und 1983 gründeten sie in Sri Lanka ein Zweigwerk, um so möglichst kostengünstig produzieren zu können.



„Textilarbeiterinnen" Holzschnitt der Künstlergruppe TURONG

Die firmeneigene Zeitschrift von Adler lobt in einem Bericht über ihre Tochter „Flair Fashion" in Iri/Südkorea die „1.300 dunkeläugigen, jungen, fleißigen und außerordentlich geschickten Mädchen, die pro Jahr 1,6 Millionen Mäntel, Kleider, Blusen, Anzüge, Hosen und Röcke für die Adler-Modezentren nähen". Glaubt man/frau der Firmenzeitung, dann arbeiten die Mädchen nicht nur gerne, viel und lang, sondern nehmen „besonders aktiv an allen Firmenveranstaltungen" teil. Der „Zahltag am 10." wird als der „schönste Tag im Monat für die Mädchen" dargestellt, womit suggeriert werden soll, daß „Adler" die Arbeiterinnen gut bezahle.

Die Wirklichkeit hat jedoch wenig mit dieser Schönfärberei zu tun. Arbeiterinnen von „Flair Fashion" sind mit der Bitte, folgende Fakten über die Arbeitsbedingungen in der Tochterfirma zu veröffentlichen, an die Koreanische Frauengruppe in Deutschland herangetreten:

- Die Löhne liegen weit unter 170.000 Won (ca. 450,- DM), die als Mindestlohn vom (regierungstreuen) Bund der koreanischen Gewerkschaften gefordert werden.
- Nach drei-monatiger Probezeit, in der ca. 150,- DM monatlich bezahlt wird, finden Intelligenz- und Eignungsprüfungen statt.
- Täglich werden im Durchschnitt 1-2 Überstunden erzwungen. (Es ist, nach Empfehlungen des Wirtschaftsberaters der Übersee Rundschau für Unternehmer selbstverständlich, die Überstunden nie zu berechnen.)

– Bei guter Auftragslage wird in der Anzugherstellung auch öfter die Mittagspause gestrichen.
– Gesetzlich zustehende freie Tage werden unter Vorwänden immer wieder vorenthalten.
– Die Verantwortung bei Unfällen wird auf die einzelnen koreanischen Arbeiterinnen abgewälzt.
– Jeder Abteilung steht ein deutscher Leiter vor, der seine Stellung rücksichtslos ausnützt. Vorarbeiterin können die Arbeiterinnen nur durch sexuelle Beziehungen zu den Deutschen werden. Wenn sie sich den Wünschen der deutschen Leiter widersetzen, müssen sie mit Versetzung oder mit Entlassung rechnen.

Nachdem sich einige Arbeiterinnen entschossen hatten für die Gewerkschaftswahlen zu kandidieren, um sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen können, wurde ihre Liste von der Geschäftsleitung nicht zugelassen und die Belegschaftsvollversammlung auf unbestimmte Zeit verschoben.

☆ ☆ ☆ ☆ ☆

Korea-Olympia-Kampagne '88

mm – Die südkoreanische Regierung nutzt fleißig die vorolympische Zeit, um die Öffentlichkeit mit aufwendigen Hochglanzbroschüren über Land und Leute zu informieren. Abgebildet sind riesige Stadien und saftig-grüne Rasen, bunte Vergnügungsstätten und alte Kulturbauten. Das Regime von Seoul muß dringend sein ramponiertes internationales Ansehen aufwerten. Dafür eignen sich die Olympischen Sommerspiele 1988 hervorragend. Gleichzeitig erhofft es sich einen weiteren Impuls für die Wirtschaft, der wahrscheinlich genauso wenig wie bei der Fußballweltmeisterschaft in Mexiko zu spüren sein wird.

Das diktatorische Regime etablierte sich erst vor wenigen Jahren durch ein grausames Massaker (Kwangju) und verletzt bis heute permanent die Menschenrechte. Sein wirtschaftlicher Aufschwung ging zu Lasten extremer sozialer Ungleichheiten. Um über diese koreanische Wirklichkeit zu informieren, während alle Welt auf Korea schaut, haben sich verschiedene Gruppen für eine gemeinsame Informationskampagne entschieden. Sie wollen es nicht der gegenwärtigen Regierung überlassen, mit den Olympischen Spielen ihre Politik zu propagieren und die bestehenden Verhältnisse zu beschönigen. Bisher wird die Kampagne unterstützt von ASK, aej, BUKO, Deutsch-Koreanische-Freundschaftsgesellschaft, ESG, Juso, Die Grünen, Korea-Komitee, terre des hommes und Koreanische Arbeitsgemeinschaft. Die Kampagne zielt nicht auf einen Boykott der Spiele ab, sondern will über die Probleme des Landes, über die sozialen und politischen Ungerechtigkeiten informieren und die demokratischen Oppositionsbewegungen in ihren Forderungen unterstützen. Ein Schwerpunkt der Arbeit wird die Politik Südkoreas für die deutsche Wirtschaft sein. Die Kampagne soll auch eine kritische Auseinandersetzung mit den Funktionen und Erscheinungsformen des Sports in der Dritten Welt ermöglichen.

Wenn durch Verhandlungen mit dem IOC und den beiden koreanischen Staaten auch Wettkämpfe in Nordkorea stattfinden werden, muß die Kampagne auch die Politik Nordkoreas unter die Lupe nehmen.

Kontakt:

Arbeitsstelle Ostasien der ESG
Michael Dennis
Guilottstr. 64
6000 Frankfurt

Zeitschriftenschau

Peripherie Nr. 22/23, Mai 86
Schwerpunkt: Forsismus, Landwirtschaft, Modernisierung. Entwicklungstherorie und Fordismus, Agrarentwicklung und Agrarkultur in Brasilien, Elfenbeinküste, Mexico, Internationale Arbeitsteilung und Frauenarbeit, Diskussion: H. Elsenhans.
Bezur: Peripherie, c/o FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, Einzelheft DM 9,-, Doppelheft DM 16,-

DED-Brief Nr. 2/86
Schwerpunkt: Rückkehrer und das Aktionsfeld Bundesrepublik
Bezug: DED, Pf 220 035, 1000 Berlin 22

Erklärung von Bern, Dokumentation
Thema: Die Kolonialherren aus der Schweiz
Die Dokumentation portraitierte die Schweizer Handelsgesellschaften in Geschichte und Gegenwart. Um ihre Tätigkeit besser zu verstehen, werden auch Handel und Spekulation auf einfache Art und Weise erklärt.
Bezug: Erklärung von Bern, Quellenstr. 25, CH-8005 Zürich

Wochenschau-Länderheft China
Schwerpunkt: China zwischen Tradition und Revolution. Zeitgeschichte, ökonomische Entwicklung, Bervölkerungspolitik
Bezug: Wochenschau-Verlag, 6231 Schwalbach
Einzelheft DM 5,20

Lateinamerika-Nachrichten 150, Juli 1986
Schwerpunkt Verschuldung:
Ausblick vom Schuldenberg: Einführende Daten zum Thema Verschuldung / Vom „Geiste der Einheit" / Wirtschaftskrise und Entwicklungsperpektiven: die Wirtschaftskrise Lateinamerikas darf nicht auf die Verschuldungskrise reduziert werden — Chancen für längst überfällige Veränderungen des Wirtschaftsmodells
Außerdem in dieser Nummer: BRD — Nicaragua: Opfer als Täter.
Chile: Angriff auf das Solidaritäts-Viktariat / Anleitung zum Streik — in Chile kursiert eine sogenannte Streikfibel, die mit Zeichnungen, einfachen Sätzen und Fragen zur Streikvorbereitung dient
Brasilien: Tödliche Hilfe für Kleinbauern von der GTZ?
Haiti: Drei Monate nach Duvalier, etc.
Bezug, FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, Einzelheft DM 4,50

epd-entwicklungspolitik 13/14/86
Militarismus: Bundesrepublik bei GrOßwaffenexporten an sechster Stelle. — Infos: Hearing der Grünen über Verschuldung — Diakonisches Werk und Banken — Angriffe auf kirchliche Einrichtungen in El Salvador — Dossier: Berichte aus der Arbeit der Fachstellen entwicklungsbezogener Bildung und Publizistik der Evangelischen Kirche in Deutschland zu den Themenbereichen Tourismus, Landwirtschaft, Gesundheitswesen, Wirtschaft und Journalistenprogramme — „Verteidigung eines eigenständigen Weges" (Portrait des Informationsbüros Nicaragua in Wuppertal) — Hat die Wende auf den Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) der Evangelischen Kirche angefärbt? (Interview mit dem ABP-Vorsitzenden Janowski) — Ergeben sich wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten aus der Schöpfungsordnung Gottes? (Interview mit BMZ-Minister Warnke)
Bezug: epd, Vertrieb, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt/M. 17, Einzelpreis DM 3,00, Doppelheft DM 4,50

ila-Info Nr. 97, Juli/August 1986
Schwerpunktthema: Karibik — Nicht nur Strände: Rechtzeitig zur Urlaubszeit ein Heft zur Karibik mit Analysen und Berichten zu Jamaica, Kuba und der Dominikanischen Republik. Weitere Beiträge: Multis und Umweltzerstörung in Peru, Der Kampf der Mütter von der Plaza de Mayo, Nicolas Gullien und der Afro-Kubanismus, zur Itaparica-Kampagne, zum Fernsehworkshop Entwicklungspolitik, Zur Geiselnahme in Nicaragua und zwei Diskussionsbeiträge zum Buko in Bremen.
Bezug: Ila-info, Römerstraße 88, 5300 Bonn
Einzelheft DM 3,50

Solidarische Welt Nr. 114, Juni 1986
Schwerkpunkt: Indien mit Beiträgen über die Regierungspolitik R. Ghandis, Kinderarbeit, Landwirtschaft und sozialen Aktionsgruppen.
Bezug: Aktionsgemainschaft Solidarische Welt e.V., Friedrichstr. 236, 1000 Berlin 61

Tagungshinweise

„Internationale Verschuldungskrise", Einführungsseminar, 29.-31. 7. 86, Schwäbische Alb in Burladingen-Gauselfingen, Anmelsung: schriftlich beim AKE im BdkJ, c/o Paul Sandner, Holzhausenstr. 31, 7000 Stuttgart 80

„Agrarreform in Nicaragua", 19. 9.-21. 9. 86, Radevormwald, Anmeldung: Informationsbüro Nicaragua e.V., Postfach 101 320, 5600 Wuppertal 1 / oder: Forum Eltern und Schule, Postf. 120406, 4600 Dortmund 12

„Projekt Frieden und Ökumene", 9. 8.-7. 12. 86, 2071 Ammersbek, Anmeldung: Projekt „Frieden und Ökumene" im Kirchenkreis Stormann, Rokkenhof 1, 2000 Hamburg 67

„Einladung zum dritten Friedenscamp der Aktion Lebensqualität", 4. 8.-10. 8. 86, Gut Haushalt/über 8267 Neumarkt-St. Veit, Anmeldung: An die Aktion Lebensqualität e.V., Heßstr. 72 Rgb., 8000 München 40

„Keine Chance zur Wiedervereinigung?"; Auch eine geteiltes Land: Zypern, 2.-4. 10. 86

„Der Islam", Gesellschaft — Politik — Kultur — Erziehung, 10.-12. 9. 86;

„Ägypten", Probleme und Aussichten eines geplagten und faszinierenden Landes, 10.-12. 10. 86;
Anmeldung der 3 Tagungen: Jugendhof Vlotho, Oeynhausener Str. 1, 4973 Vlotho

„Sommerschule 86, Selber Machen — Selbstbestimmen", für Studentinnen und Studenten aus der Dritten Welt, 15. 9. - 4. 10. 86, Anmeldung: STUBE, c/o Evangelische Akademikerschaft, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1

„Die letzte industrielle Revolution?"; Anhörung zur Gentechnik in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion, 5. 9. 86, Bonn, Bundeshaus

„Dritte Welt"im Hohen Haus; Bilanz und Perspektiven grüner Parlamentsarbeit, 14. 9. 86, Anmeldung: Die Grünen im Bundestag, Bürger- und Basisbüro, Forststr. 93, 7000 Stuttgart 1

„Handelspolitik und Entwicklungsländer — Versuch einer Bilanz", 21. 10. 86, Anmeldung: Institut für Lateinamerikaforschung und Entwicklungszusammenarbeit (ILE), Varnbühlstr. 14, 9000 St. Gallen

Veranstaltungen des thomas-dehler-instituts für die Monate Juli-Dezember; Themen: Sicherheits-, Entwicklungs-, Wirtschafts-, Gesundheits-, Energiepolitik, Gentechnologie, u. a., Thomas-Dehler-Institut, Agnesstr. 47, 8000 München 40

„Kein Geld für die Rüstung", 18.-21. 9. 86, Tübingen, Anmeldung: Ohne Rüstung Leben, Kornbergstr. 32, 7000 Stuttgart 1

Neuerscheinungen

Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1984, Daten und erste Analysen, Klaus Jürgen Gautzel/Jörg Meyer-Stamer, Weltforum Verlag Köln, 335 S., DM 45,-

Österreichische Entwicklungshilfe 1970-1983; Kritische Analyse und internationaler Vergleich, Otmar Höll, Verlag Braumüller, Wien 1986, 187 S., DM 26,30, zzgl. Versandspesen, Bezug: IWP, Schlossplatz 13, A-2361 Luxemburg

Entwicklungspolitik (Hintergründe Bd. 10), Grundlagen — Probleme — Aufgaben, Martin Kaiser / Norbert Wagner, Physica-Verlag, Heidelberg-Wien, ISBN 3-7908-0349-9, 392 S.

Umbruch in der Weltwirtschaft; Die globale Strategie: Verbilligung der Arbeitskraft / Flexibilisierung der Arbeit / Neue Technologien, Fröbel / Heinrichs / Kreye, rororo aktuell, Reinbek bei Hamburg, Februar 1986, 586 S., DM 19,80

Entwicklungspolitik nach der Wende, Sigfried Pater/ Torsten Stirpke, Pad-Verlag, Pf 120143, 46 Dortmund 12, 224 S., DM 19,80

Zu viele Menschen?; — Die Bevölkerungskatastrophe ist vermeidbar —, Ansgar Skriver, Serie Piper, München, Juni 1986, ISBN 3-492-00803-8, 208 S., DM 12,80

Die sandinistische Landreform, Jaime Wheelock, isp-Verlag, Pf 11 10 17, 6 Frankfurt/M., 127 S., DM 14,80

Himmel und Erde, ein Südostasien-Lesebuch, 18 Erzählungen aus 6 Ländern, Michael Hase / Hilke Schlaeger, Express Edition GmbH, ISBN 3-88548-377-7, 221 S., DM 29,80

Kleinindustrie in einem philippinischen Regionalzentrum; Frankfurter Wirtschafts- und Sozialgeographische Schriften, Helmut Schneider, Heft 50, 1986, 536 S., DM 34,50, Bezug: Institut für Wirtschafts- und Sozialgeographie, Postfach 111932, 6000 Frankfurt 11

Landbesetzungen in Honduras, Hrsg.: Honduras-Komitee Hamburg + Münster / Zentralamerikakomitee West Berlin, Juni 1986, DIN A 4, 26 S., DM 4,50, Bezug: Zentralamerika West-Berlin, Crellestr. 22, 1 Berlin 62

Kirchen in Südafrika, Stefan Rothe, EPK-Drucksache Nr. 3, Hamburg 1986, ISBN 3-923785-02-X, 174 S., DM 9,-, Bezug: EPK, Pf 2846, 2000 Hamburg 20

Der Schmerz, der nicht aufhört, bis Gerechtigkeit geschieht; Aufgaben der Menschenrechtsarbeit in den Philippinen heute, 67 S., Hrsg.: Brot für die Welt, DÜ, EMW, et Pax, Missio, HEKS

BRD und „Dritte Welt", No. 21, **Helden, Mythen und die Linke** — Bd. 1, Michael Schornsheimer, Hrsg.: Reinhard Pohl, Magazin-Verlag, Kiel, 46 S., DM 4,- (im Abo 2,80)

s. o., No. 22, 48 S., Bd. 2, DM 4,-

Forschungsstelle Sozialökonomik der Arbeit/FU Berlin,
— **Beteiligungszugänge und Produktionserweiterungen deutscher Unternehmen im Ausland**,
— **Forschungsprojekt**: Unternehmensbezogene Daten zur Internationalisierung der deutschen Industrie,
— **3. Auswertungsbericht** der deutschen Maschen- und Bekleidungsindustrie (1980-1984);
alle drei herausgegeben von der Forschungsstelle Sozialökonomik der Arbeit (FSA), Projektbereich Außenwirtschaft, Albrechtstr. 36 a, 1 Berlin 41

Entwicklungspolitischer Kongress vom 17. bis 19. Oktober 1986 in Düsseldorf

Veranstalter: Jungsozialisten
Programm:
Der Freitagabend beginnt mit einem Referat von Jaime Wheelock, dem Agrarminister Nicaraguas. Anschließend folgt eine Podiumsdiskussion zur Verschuldungskrise und der Rolle des internationalen Währungsfond mit Christa Randzio-Plath, Elmar Altvater, Rainer Tetzlaff, Alexander Schubert und Hans Seus. Am Samstag, dem 18. 10. finden insgesamt 19 Arbeitsgruppen statt zu unterschiedlichen Länder- und Themenschwerpunkten; zu jeder Arbeitsgruppe sind mehrere Referenten eingeladen.
Am Sonntag wird Willy Brandt eine Rede halten mit anschließender Podiumsdiskussion zum Thema: Ansätze einer neuen Entwicklungspolitik.
Teilnehmen werden u. a. Dieter Senghaas, Uwe Holtz und Jürgen Warnke.
Programm und Anmeldung: *Jusos, Postfach 2280, 5300 Bonn 1.*

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg